Donnerstag, den 6. Oktober 1921 — Einzelnummer 30 Pf. — 32. Jahrgang — Nr. 234

Volkswacht

für Schlesien

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 1.10 Mk., auswärts 1.35 Mk. Anzeigen unter Text 2.20 Mk., auswärts 2.60 Mk. Stellenangebote, Familienanzeigen 0.45 Mk., Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 0.45 Mk. Kleine Anzeigen pro Wort 0.50 Mk., das fette Wort 1.00 Mk. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141. Postscheck-Konto: Postscheck-Amt Breslau Nr. 5852.

Bezugspreis: Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Flurstraße 4/6, durch die Buchhandlung der „Volkswacht", Neue Graupenstraße Nr. 5, und durch alle Austräger zu beziehen. Wöchentlich 1.50 Mk., monatlich 6.50 Mk., vierteljährlich 19.50 Mk. (einschließlich Bestellgebühr), durch die Post bezogen vierteljährlich 18.80 Mk.

Industriekapital und Valuta.

Nach der Antwort der bürgerliche Koalitionsparteien

(Drahtbericht unseres Berliner Büros.)

Der „Vorwärts" veröffentlicht die Antwort der Reichstagsfraktion des Zentrums auf die sozialdemokratische Anfrage, betreffend eine Koalitionsbildung mit der USPD. In dem Antwortschreiben heißt es, daß eine Antwort der Zentrumsfraktion erst dann gegeben werden könne, wenn vorher feststehe, ob die Unabhängige Sozialdemokratische Partei auch einer solchen Erweiterung der Koalition nach rechts zustimmt und ob sie bereit ist, auch ihrerseits die nötigen Voraussetzungen dazu zu schaffen.

Das Zentralorgan der Unabhängigen, die Berliner „Freiheit" nimmt in der heutigen Morgenausgabe zu der Antwort der Koalitionsparteien auf die Anfrage der Sozialdemokratischen Partei kurz Stellung und schreibt u. a.: „Die Antworten sollen offenbar eine Nachahmung der unseren sein, aber sie muten uns an, wie die schlechte Kopie eines guten Originals. Vor allem sind sie ein Ausweichen, sie geben keine Auskunft über die von uns gestellten Fragen, sie sagen insbesondere nichts über unsere Mindestforderungen. Sie lassen sehr deutlich erkennen, daß es den bürgerlichen Parteien darauf ankommt, mit der „Deutschen Volkspartei" zusammenzukommen. Da die Deutsche Volkspartei jedes Zusammengehen mit der unabhängigen Sozialdemokratie ablehnt, so stellt sich die schon an sich nicht ernste Frage, ob wir mit dieser Partei zusammengehen würden, als eine Abschiebung der Verantwortung und damit als rein taktisches Manöver hin. Dabei ist dieses Manöver so durchsichtig, daß es wirklich niemanden täuschen kann; der klare Tatbestand ist, daß es den bürgerlichen Koalitionsparteien um die Verbreiterung nach rechts zu tun ist."

An anderer Stelle sagt das Blatt, nachdem es u. a. eine Aeußerung des Volksparteilers Prof. Kahl, der die Koalition unter dem Reichskanzler Wirth als unhaltbar und auf das tiefste erschüttert hinstellt: „Ob sie (die Volkspartei) die geeignete Koalitionsgenossin für die Arbeiterpartei ist, das müssen jetzt die Rechtssozialisten entscheiden."

Die „Freiheit" hat in ihrer Kritik an den Antworten der bürgerlichen Parteien im wesentlichen recht. Nur Verlegenheit und der Gedanke an die Volkspartei, die sowohl dem Zentrum wie den Demokraten lieber ist, konnte die bürgerliche Forderung nach „Aufklärung" zustandebringen.

Auch der „Vorwärts" erkennt an, daß die Antwortschreiben der Koalitionsparteien nicht von ehrlichem Inhalt erfüllt sind, sondern in „höflicher Form so recht bestätigen, daß wohl die Verbreiterung nach rechts gewünscht werde, nicht die nach links." Unter diesen Umständen ist nicht abzusehen — so schreibt der „Vorwärts" — wie zwischen der Sozialdemokratie und den bürgerlichen Parteien eine Entscheidung über die Verbreiterung der Koalition erzielt werden soll.

* * *

Die Anfrage unserer Partei an die Unabhängigen und deren Antwort, hat die ganze Koalitionsfrage schon jetzt bei aller Unerfreulichkeit der Verzögerung doch sehr weitgehend geklärt. Nicht nur die Sozialdemokraten, sondern auch die Unabhängigen haben in ihren Koalitionsbedingungen reinsachliche Forderungen aufgestellt, ohne irgend eine Parteiwegen ihrer Vergangenheit von vornherein für unfähig zu erklären, diese Forderungen zu erfüllen. Anders die bürgerlichen Parteien! Die Volkspartei hat die Bedingungen der beiden sozialdemokratischen Parteien mit keinem Worte sachlich zurückgewiesen und doch schon das Zusammengehen mit der unabhängigen Partei abgelehnt. Sie war also viel vorurteilsvoller und engherziger und viel mehr von rein parteitaktischen Erwägungen erfüllt, als die Unabhängigen, die doch ihrerseits rein stimmungsmäßig viel Verständnis bei ihren Wählern gefunden hätten, wenn sie in ihren Bedingungen eine Koalition mit der Volkspartei ebenfalls abgelehnt hätten und die das doch nicht taten. Die beiden bürgerlichen Koalitionsparteien zeigen jetzt leider ebenfalls Interesse zunächst nicht für die sachlichen Programmforderungen, sondern nur für die parteitaktische Konstellation, die sie nach rechts schieben möchten. Wenn in dieser Situation die Kommunisten schon heute so tun, als ob die Volkspartei mit uns in die Koalition käme, so werden sie wohl in ihren Versammlungen auf die entsprechenden Telegramme aus Berlin erst noch warten müssen. Da die Kommunisten die sachlichen Bedingungen der beiden sozialdemokratischen Parteien für den Regierungseintritt wohl ebenso wenig kritisieren können,

Die Bedingungen der Landtagsfraktion für Regierungseintritt.

Die sozialdemokratische Fraktion des preußischen Landtages beschloß für die interfraktionellen Beratungen über die Regierungsbildung, die am Dienstag morgen stattfinden, folgende Forderungen zu stellen:

1. Anerkennung und Verteidigung der Republik,
2. Sicherung des demokratischen Selbstbestimmungsrechts der Bevölkerung in Staat und Gemeinde,
3. Demokratisierung der Verwaltung und Republikanisierung der Schutzpolizei,
4. Sicherung und Ausbau der sozialen Gesetzgebung,
5. Förderung einer grundlegenden Justizreform,
6. Schaffung eines zeitgemäßen Disziplinarrechts,
7. Scharfe Heranziehung des Besitzes zum Ausgleich des Staatshaushalts.

Die Fraktion hält es für selbstverständlich, daß die Unterhändler die einzelnen Punkte in geeigneter Weise erläutern, damit nicht eine Zustimmung nach dem Grundsatz: „Wie ich sie auffasse" erfolgen kann, sondern die Durchführung dieser Forderungen in ehrlicher Weise gesichert wird.

England und das Abkommen Rathenau-Loucheur.

Wie Reuter erfährt, wird das von Rathenau und Loucheur geschlossene Uebereinkommen von den englischen Finanzsachverständigen geprüft. Aus politischen Gründen kann England gegen das Uebereinkommen keinen Einwand erheben. Jeder Plan, der Frankreich bei dem Wiederaufbau seiner verwüsteten Gebiete unterstützt, sollte so wenig wie möglich Widerstand finden. Bis jedoch eine eingehende Prüfung des Abkommens stattgefunden habe, ist es unmöglich festzustellen, wie weit das Abkommen die Verteilung der Reparationen unter die Alliierten in Mitleidenschaft zieht, und ob es mit dem Reparationseinkommen in Einklang zu bringen ist. Bis hierüber Klarheit geschaffen ist, könne man in seinem Urteil nur sehr zurückhaltend sein. Obgleich Loucheur und Rathenau erneut zusammentreffen, um das Abkommen zu unterzeichnen, wird es dennoch erst in Kraft treten, wenn es die Billigung der Reparationskommission gefunden hat.

Die rasende Notenpresse.

Die Entwertung des deutschen Geldes, die sich im Tiefstand der deutschen Valuta am Auslandsmarkt und in den steigenden Preisen im Inlande neuerdings wieder schärfer bemerkbar macht, hat auch auf den Umlauf an Papiergeld zurückgewirkt. In der letzten Septemberwoche wurden 4,2 Milliarden Mark neue Banknoten in den Verkehr gegeben. Da außerdem noch für 7,6 Milliarden Darlehnskassenscheine im Umlauf sind, beziffert sich der Betrag des deutschen Papiergeldes auf insgesamt rund 94 Milliarden Mark. Wenn auch an den Quartalsterminen und insbesondere um den ersten Oktober regelmäßig ein Anwachsen des Notenumlaufes zu beobachten ist, war er doch in diesem Jahre besonders stark und die diesmal erreichten Ziffern stellen Rekordziffern dar. Sie erklären sich zu einem guten Teil daraus, daß noch immer keine neuen Steuern dem steigenden Defizit des Reiches gegenüberstehen, und aus den Reparationsverpflichtungen. Eine schärfere Heranziehung des Besitzes zu den Steuern ist die erste Voraussetzung für eine wirklich durchgreifende Abhilfe, die mit der Stillegung der jetzt überangestrengt arbeitenden Notenpresse beginnen muß. Die zweite, die Abänderung des Friedensvertrages.

Eine aufsehenerregende Verhaftung.

Wie wir zuverlässig erfahren, ist der frühere Landrat von Trebnitz und demokratische Vertreter im schlesischen Provinziallandtage, jetzige Regierungsrat in Schleswig, Dr. Menzel, dort, und zwar auf Anordnung der Strafkammer Oels, verhaftet worden. Die Verhaftung liegt bereits acht Tage zurück. Trotzdem ist der Oeffentlichkeit bisher nicht bekannt, unter welchem Verdacht die Verhaftung erfolgt ist. Dr. Menzel hat sich wegen seiner energischen Tätigkeit in der Entwaffnung und in der Kleinsiedlung mächtige politische Gegner geschaffen, an deren Wirken gegen ihn man unwillkürlich denken muß, wenn man Näheres über diese Aufsehen erregende Verhaftung nicht hört, die übrigens gewissen Stellen schon im Voraus bekannt gewesen sein muß.

Erst freilassen — dann Steckbrief schreiben.

Der Fall Ruge.

Der Oberstaatsanwalt Breslau veröffentlicht einen Steckbrief gegen den deutschvölkischen früheren Privatdozenten Dr. Ruge aus Heidelberg, der als Geheimrat Berger in Schlesien rechtsputschistische Geheimorganisationen leitete. Der Steckbrief erfolgt wegen Verdacht der Geheimbündelei des unbefugten Waffenbesitzes, der Amtsanmaßung, Urkundenfälschung und des versuchten Mordes. Die angeblich so haltlosen Nachrichten der sozialdemokratischen Presse über die Wirksamkeit dieser Organisation, die mit Münchener Stellen in engster Verbindung arbeitete, fin-

Devisenhilfe und Steuern.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Die Steuerkonferenz der Parteiführer, die am Montag beim Reichskanzler stattfand, ist ziemlich resultatlos auseinandergegangen, weil über die Frage der sogenannten Devisenhilfe keine Klarheit herrschte und insbesondere auch nicht über die Frage, wie diese Devisenhilfe mit den neuen Steuern in Verbindung zu bringen sei. In den nächsten Tagen will der Reichskanzler mit Vertretern der Industrie, des Handels und der Landwirtschaft eine Sitzung abhalten, in der die Frage geklärt werden soll, auf welche Weise und in welcher Höhe und zu welchem Termin die Vertreter des Großkapitals und des Großgrundbesitzes dem Reich ausländische Zahlungsmittel zur Erfüllung seiner Zahlungsverpflichtungen zur Verfügung stellen können und wollen. Erst danach, etwa in der Mitte der nächsten Woche, soll eine neue Parteiführerkonferenz beim Reichskanzler entscheidende Beschlüsse fassen.

Daß der Gedanke der Devisenhilfe überhaupt auftauchte, ist eine Folge des vom Reichswirtschaftsminister, Genossen Robert Schmidt, verfolgten Planes der sogen. Heranziehung der Goldwerte zu den Verpflichtungen des Reiches. Die Unternehmer fühlten sich durch diesen Plan stark beunruhigt und glaubten in dem Angebot einer freiwilligen Devisenhilfe das Mittel gefunden zu haben, um seine Ausführung zu verhindern. Der starke Bedarf des Reiches an auswärtigen Zahlungsmitteln muß, wenn nicht die unerwünschtesten Folgen auf dem Gebiet der auswärtigen Politik entstehen sollen, auf dem kürzesten Weg befriedigt werden. Ein solcher Weg würde sich, wenigstens für den Anfang, bieten, wenn der Plan der freiwilligen Devisenhilfe in weitgehendem Maße zur Verwirklichung gelangen würde. Es ist daher begreiflich, daß dieser Plan etwas Verlockendes hat auch für diejenigen, die weit davon entfernt sind, sein privategoistisches Ziel, die Erleichterung der Großunternehmer von drohenden Steuerlasten, in irgend einer Weise fördern zu wollen.

Eines muß aber von vornherein feststehen, nämlich, daß das Reich auf keinen Fall für ein ihm gespendetes Geschenk auf die Rechte verzichten kann, die aus seiner Steuerhoheit erwachsen. Das muß auf alle Fälle verhindert werden, daß der Großbesitz auf bloße Versprechungen hin oder für einen verhältnismäßig nicht ins Gewicht fallenden Betrag von seinen Steuerpflichten gegenüber dem Reiche irgendwie entlastet wird.

Aus dieser Betrachtungsweise könnte man zu dem Ergebnis kommen, daß es überhaupt falsch sei, Steuern und Devisenhilfe miteinander zu verquicken. Und doch besteht zwischen den beiden eine notwendige Verbindung gerade auch für denjenigen, der die Devisenhilfe auf keinen Fall als ein Mittel zur Erleichterung der Steuerlasten betrachten will. Das Reich will ja von den Großbesitzern kein Geschenk haben und darf keines von ihnen annehmen. Was der Großbesitz hingibt, das gibt er hin in Erfüllung seiner Pflichten gegenüber dem Reich, allenfalls als Vorleistung auf diejenigen Leistungen, die aus seiner Steuerverpflichtung erwachsen. Daraus ergibt sich: Es besteht wohl eine Verbindung zwischen Devisenhilfe und Steuern, freilich nicht in dem Sinne, daß sich das Reich für Gefälligkeiten, die man ihm auf dem Gebiete der Devisenhilfe erweist, auf dem Gebiete der Steuern erkenntlich zeigen müßte. Sie besteht nur in dem Sinne, daß die Devisenhilfe irgendwie auf die Steuerleistungen des Großbesitzes in Anrechnung gebracht werden muß.

Die Schwierigkeit der Situation besteht darin, daß das Reich schnell Geld, das heißt ausländische Zahlungsmittel, haben muß, und daß der Weg der Freiwilligkeit ein wesentlich kürzerer ist als der über die Gesetzgebung, die Finanzämter, den Steuereinnehmer. Das Reich kann, wenn es notwendig ist und wenn er sich gangbar erweist, diesen kürzeren Weg gehen, aber die Verrechnung auf dem umständlicheren Wege wird dabei immer notwendig bleiben. Man kann, um einen Vergleichsfall heranzuziehen, daran erinnern, daß unter der Zwangswirtschaft

großbesitz zur raschen Zahlung eines Teils seiner Steuern in ausländischen Geldsorten zu veranlassen, so wird man sich damit abfinden können. Auf entschiedenen Widerspruch müßte aber der Versuch stoßen, dem Großbesitz für seine vorzeitigen Leistungen noch besondere Privilegien zuzubilligen.

In der allernächsten Zeit muß sich herausstellen, ob vom Großbesitz überhaupt vorzeitige Leistungen in solcher Höhe zu erwarten sind, daß das Reich bei der Erfüllung seiner Reparationspflichten erheblichen Vorteil haben könnte. Es sind sehr verschiedene Beträge genannt worden, zum Teil sehr hohe, zum Teil auch so niedrige, daß es sich überhaupt nicht verlohnen würde, dem Gedanken weiter nachzugehen. Es muß also noch klare Antwort geschaffen werden auf die Fragen, was, wann, wie und wieviel. Erst dann wird man weiter reden können. —r.

Handwerkertöchter, Kartoffelpreise und Lehrlingsarbeit im Landtag.

Wer vieles bringt, wird jedem etwas bringen. — Nach diesem Gesichtspunkt waren offenbar die Redner der heutigen Landtagsdebatte orientiert. Man glaubt gar nicht, worüber sich bei so einer Haushaltsdebatte alles reden läßt. Da versichert der würdige Herr Esser mit dem wallenden Zentrumsbart, daß er auch schon davon gehört habe, die Handwerkertöchter heirateten neuerdings lieber Beamte, als junge Handwerkersöhne. Man denke auch schon daran, hiergegen etwas zu tun. Die armen Handwerkertöchter! Minister Fischbeck bot dann in einer ellenlangen Rede erst recht ein Leipziger Allerlei und leistete sich dabei vielfach recht veraltete Ansichten, über die sich auch mancher seiner Parteifreunde etwas wundern dürfte. Der deutschnationale Janssen, eine erheiternde Erscheinung, von stellenweise recht unfreiwilliger Komik, wollte seinen Parteifreund v. d. Osten, dessen klassischen Ausspruch, daß ein höherer Kartoffelpreis als 25 Mark offenbarer Wucher sei, sich die Linke gut gemerkt hat, gern heraushauen. Er flotierte aber vornehmlich dabei und erzielte lediglich einen Heiterkeitserfolg. Einig waren sich alle Redner in der Verurteilung der landesverräterischen Devisenspekulation, aber mit platonischem Bedauern ist da nichts getan, wenn man sich nicht entschließen kann, diesen Burschen mit energischen Maßnahmen ihr unsauberes Handwerk zu legen.

Eine Verschärfung der Börsenbesteuerung.

Die Reichstagsfraktion der USPD. brachte laut „Freiheit“ einen Gesetzentwurf ein, nach dem aller Handel an der Börse der Umsatzsteuer unterworfen werden soll. Der Entwurf unterscheidet drei Steuerklassen: Besteuerung von Händlergeschäften, wobei sämtliche Vertragsteilnehmer Händler sind, Besteuerung von Kundengeschäften, wenn nur der eine Vertragsteil inländischer Händler ist, und Besteuerung von Privatgeschäften. Händlergeschäfte sind am niedrigsten, Kundengeschäfte höher und Privatgeschäfte am höchsten zu besteuern. Die Steuer ist von beiden vertragschließenden Teilen je zur Hälfte zu tragen. Auch der finanzpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates wird sich in der nächsten Zeit mit derselben Frage befassen, und zwar insbesondere mit Maßnahmen, die geeignet sind, durch eine Kontrolle des Devisenverkehrs und der Umsätze in ausländischen Zahlungsmitteln die Spekulation einzudämmen.

Der Schutz der Uniform.

In den jetzt vom Reichskanzler erlassenen Ausführungsbestimmungen zur Verordnung des Reichspräsidenten betreffend das Verbot des Tragens der Militäruniform vom 30. August wird bestimmt, daß die zum Tragen der Militäruniform berechtigten ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Macht dieses Recht in folgenden Fällen ausüben dürfen: A) Bei Kirchgängen und hohen kirchlichen und geistlichen Feiertagen. B) Bei wichtigen Familienfeierlichkeiten und Dienstjubiläen. C) Bei Leichenbegängnissen von Kameraden. D) Bei Teilnahme an Festlichkeiten und kameradschaftlichen Zusammenkünften von Reichswehrangehörigen. E) Bei solchen feierlichen Veranstaltungen unpolitischer Vereine, hinsichtlich deren der zuständige Wehrkreiskommandeur (Marine-Stations-Chef) die Teilnahme von Reichswehrangehörigen ausdrücklich genehmigt hat. Die Uniform muß mit den für ehemalige Heeres- und Marineangehörigen vorgeschriebenen Abzeichen versehen sein. Verboten ist das Tragen von Bändern, Armbinden, Vereinsabzeichen u. dergl., deren Tragen zur Militäruniform nicht ausdrücklich genehmigt ist. Die Bekleidungsbestimmungen, die für die im Dienst der Friedenskommissionen stehende inaktive Offiziere gegeben sind, werden hierdurch nicht berührt. Das bisherige Recht der Generalfeldmarschälle zum Tragen der Uniform bleibt unberührt.

U. S.-Parteitag.

Das Zentralkomitee der USPD. hat, laut „Freiheit“, beschlossen, den nächsten Parteitag zum 8. Januar 1922 nach Leipzig einzuberufen.

Auf der Tagesordnung steht u. a. auch: „Bericht der Programmkommission“.

Ein unpolitischer Beschluß der Pazifisten.

Heute hielt die deutsche Friedensgesellschaft als Auftakt zum pazifistischen Kongreß in Essen ihre Hauptversammlung ab. Professor Quidde äußerte sich über die verschiedenen Strömungen des Pazifismus. Anstelle des erkrankten Abgeordneten Ströbel sprach Hans Schwann aus Berlin über Pazifismus und Bürgerkrieg. Die Regierung müsse sich auf eine militärische Macht stützen, wenn sie sich behaupten wolle. Die Gefahren nationalistischer Burschen seien zwar vorhanden, aber nicht groß. Die deutsche Friedensgesellschaft fordert von der Reichsregierung, daß sie die besitzenden Klassen in erster Linie zur Steuer heranziehe. Ein Vertreter der Berliner Ortsgruppe brachte einen Antrag ein auf Abschaffung der Reichswehr, die ein Herd der Reaktion sei, und die Arbeiterschaft provoziere, überflüssig sei und große Geldopfer erfordere. Herr von Gerlach trat energisch gegen den Berliner Antrag auf. Jede Regierung müsse sich auf eine bewaffnete Macht stützen können, weil sonst die Gefahr reaktionärer und revolutionärer Burschen uns zwingen würde, die Schutzpolizei noch mehr als bisher zu militarisieren. Bei der Abstimmung über den Antrag ergaben sich 134 Stimmen für den Antrag und 42 dagegen. Professor Quidde erklärte hierauf, daß er nicht mehr in der Lage sei, nach Annahme des Berliner Antrages die Geschäfte weiter zu führen. Ihm schloß sich mit der gleichen Erklärung Herr von Gerlach an. Unter großer Unruhe endete die Versammlung. —

Ein sozialdemokratisches Finanzprogramm für Oesterreich.

Aus Wien wird uns geschrieben:

Man glaubt in Deutschland die Katastrophe, der Oesterreich zueilt — ja mitten in der Oesterreich bereits steht — zu verstehen, wenn man sich unser Elend als eine Vervielfachung des deutschen Elends vorstellt. Die deutsche Mark sinkt, die österreichische Krone sinkt noch stärker. Deutschland wird infolgedessen allmählich von dem Kapital der Siegerländer aufgekauft, zu einem Kolonialland des Ententeimperialismus. Oesterreich desgleichen oder noch etwas mehr. Der Unterschied ist nur graduell, ist in Ziffern und Prozenten zu erfassen. Wenn aber irgendwo, so schlägt hier die Quantität in die Qualität um. Wenn in Zürich am 2. Oktober die Mark 4,75 Centimes notierte, die österreichische Krone aber nur ein Viertel eines Centimes (genau 0,26), wenn die österreichische Krone also nicht weit von Null entfernt ist, muß man doch den qualitativen Unterschied zwischen dem deutschen und dem österreichischen Elend erkennen. Noch genauer vielleicht, wenn wir die Verschiebungen der Kurse der ausländischen Valuten in Oesterreich im Verlauf weniger Monate zusammenstellen. Es kostete in Wien:

	Mitte Mai		25. September	
ein Dollar (im Frieden gleich 5 Kronen)	347	Kronen	2557	Kronen
ein Pfund Sterling (= 24 Kronen)	3015	"	9600	"
ein schweizer Franc (= 95 Heller)	[illegible]	"	[illegible]	"
ein französischer Franc (= 95 Heller)	46.40	"	182.50	"
eine Mark (= 1 Krone 20 Heller)	9.24	"	20.58	"
eine tschechische Krone	8.07	"	25.95	"

Im Verlaufe von viereinhalb Monaten ist also die Krone auf ein Drittel bis ein Fünftel ihres Wertes gesunken, der damals bereits als der tiefste angesehen wurde und noch ist ein Ende nicht abzusehen. Dabei ist der Anfangstermin, Mitte Mai, nicht willkürlich gewählt, sondern es ist gerade jener Zeitpunkt, da die Entente mit der Sanierung Oesterreichs Ernst zu machen erklärte, da die Delegierten des Völkerbundes in Wien ihre Studien beendet hatten und ihr Rettungsprogramm veröffentlichten.

Mag man immerhin aus diesen Ziffern schließen wollen, daß, wenn die Mark 20 österreichischen Kronen entspricht, das Elend Oesterreichs eben zwanzigmal so groß, wie das Deutschlands, also noch mit diesem vergleichbar ist, so wird man dieses Messen aber aufgeben, wenn man die Gründe des beiderseitigen Elends betrachtet. Gewiß entspringt das Elend beider deutscher Staaten aus dem Friedensdiktat der Sieger. Nur mit dem Unterschied, daß der Friedensvertrag von Versailles dieses Elend hervorgerufen hat, indem er Deutschland unerträgliche Lasten auferlegte, während das Verbrechen des Vertrags von St. Germain nicht nur in den unerträglichen Lasten liegt, die es Oesterreich auferlegte, sondern darin, daß er Oesterreich von vornherein als einen lebensunfähigen Staat einrichtete, als einen Staat, der weder Getreide, noch Kohle, noch Rohstoffe in nennenswerter Menge erzeugt, dessen Einfuhr also rund fünfmal so groß ist, als seine Ausfuhr, dessen Valuta also infolgedessen ständig sinken muß.

Nun wäre es allerdings möglich, das Defizit der Handelsbilanz durch die Steigerung des Exportes hochwertiger Industrieerzeugnisse allmählich herabzudrücken, indem ausländische Kapitalisten uns die Rohstoffe liefern, die wir dann verarbeitet wieder exportieren würden, sodaß also der Staat in der Form eines Lohnarbeiters des ausländischen Kapitals notdürftig existieren könnte. Bis aber dieses System der Lohnknechtschaft eingerichtet ist, müßte ihm das Leben durch ausreichende Kredite nicht nur zur Deckung des staatlichen Defizits sondern auch zum Einkauf der Lebensmittel und der Rohstoffe ermöglicht werden. Das ist der Sinn der Kreditaktion, die die Entente mit so großem Tamtam eingeleitet hat, die aber bisher über Versprechungen nicht hinausgekommen ist. Zuerst wurden Kredite versprochen, die uns über zwei Jahre hinweghelfen sollten, innerhalb welcher wir zugleich durch innere Maßnahmen den Staatshaushalt in Ordnung bringen sollten. Während man anfangs einen Kredit von fünf Millionen Pfund in Aussicht stellte — der für den angeführten Zweck viel zu gering ist — hat man dann, als man sah, daß man auch diese fünf Millionen nicht aufzubringen vermochte, uns mit der Hoffnung auf Vorschüsse hingehalten und diese Vorschüsse dem Finanzminister, als er nach Paris, London und Genf fuhr, mit zwei Millionen in Aussicht gestellt. Aus diesem Vorschuß wurde allmählich ein „Vorschuß auf den Vorschuß“ im Betrage von 500 000 Pfund. Aber selbst dieser blieb ein Versprechen und nicht besser wurde es mit dem „zwischenweiligen“ Vorschuß von 200 000 Pfund, bei dem man zuletzt angelangt ist und den man als unmittelbar bevorstehend verspricht.

Unter solchen Umständen ist es nicht zu verwundern, daß die Krone auf jenem katastrophalen Tiefstand angelangt ist, der kaum mehr eine Verschleierung des Bankerotts darstellt. In demselben Maße, in dem die Krone sinkt, steigen die Preise aller Lebensmittel und das Ergebnis sind Lohnkämpfe der Arbeiter und Angestellten und Beamten, ist auch eine wilde Valutaspekulation, da jeder Mensch, der halbwegs kann, die wertlose Krone in fremden Valuten umtauscht. Das wirkt natürlich wieder auf die Krone zurück und bringt den ganzen Staatshaushalt in noch größere Unordnung.

In diesem Augenblick, da die Regierung sich außerstande zeigt, den katastrophalen Sturz in den Abgrund zu verhindern und die Entente mit der Erfüllung ihrer Versprechungen zögert, ist die Sozialdemokratische Partei gemeinsam mit den Gewerkschaften und Genossenschaften mit einem Finanzprogramm an die Oeffentlichkeit getreten, um aus der heimischen Volkswirtschaft und namentlich aus dem heimischen Kapital alles hervorzuholen, was den Zusammenbruch noch im letzten Augenblick verhindern kann.

Dieses Finanzprogramm fußt im wesentlichen auf folgende Prinzipien:

An die Spitze wird eine vollständige Reorganisation des eingerosteten und nicht mehr leistungsfähigen Apparates der Steuerbehörden gestellt: die Reorganisation soll einem mit besonderen Vollmachten ausgestatteten, dem Nationalrat unmittelbar verantwortlichen Beamten übertragen werden; worin die bürgerliche Presse mit Recht ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung erblickt. Unmittelbar daran schließt sich die Forderung nach einer Novellierung des Gesetzes über die Vermögensabgabe im Sinne der seinerzeit abgelehnten sozialdemokratischen Anträge. Diese gingen damals auf das, was man in Deutschland die Erfassung der Sachwerte nennt: auf Gratisaktien von den Aktiengesellschaften und Hypotheken vom Grundbesitz. Das Gesetz über die Vermögens-

100%

Roman eines Patrioten.

Von Upton Sinclair.

Amerikanisches Copyright by Malik-Verlag, Berlin-Halensee.

5] (Nachdruck verboten.)

IX.

Peter entdeckte, daß er im Spital etwas wie eine Persönlichkeit sei. Er war der „Zeugenstar“ im sensationellen Fall Goober, über den die ganze Stadt, ja das ganze Land sprach. Es war bekannt, daß er „Staatszeuge“ geworden, wieviel er jedoch wußte und was er verraten habe, blieb ein dunkles Geheimnis, und Peter „hielt das Maul“, blickte gewichtig drein und freute sich seiner Berühmtheit.

Doch lag kein Grund vor, weshalb er nicht den Reden der anderen lauschen, kein Grund, weshalb er sich nicht über den ganzen Fall informieren sollte, auf daß er hinfortan für sich selbst sorgen könne. Er hörte an, was der „Alte“ Lookman zu sagen hatte, was Jan Christen, der schwedische Wärter, dazu meinte, und was Gerald Leslie, des Kohlenteufels, Ansichten waren. Alle diese Leute und auch noch andere Insassen des Spitals hatten bezahlte Freunde, die etwas „Genaues“ wußten. Die einen berichteten das eine, die anderen das gerade Gegenteil; Peter verglich sorgsam die Reden, benutzte seinen scharfen Verstand und glaubte bald, nun wisse er die Wahrheit über den Fall.

Jim Goober war ein bekannter Arbeiterführer. Er hatte die Angestellten des Eisenbahntrusts organisiert, hatte einen gewaltigen Streik proklamiert und durchgeführt. Er hatte auch Bauarbeiterstreiks organisiert, einige Leute behaupteten, er habe an hartnäckigen Gebäuden Dynamit ausprobiert; dies hielten sie für einen gelungenen Witz. Jedenfalls wollten die Geschäftsleute der Stadt ihn irgendwo unterbringen, wo er sie nicht mehr belästigen könnte, und [illegible]

nis, und die Zeitungen der Stadt betrieben eifrige Propaganda, um das Publikum auf die Hinrichtung aller fünf vorzubereiten.

All dies war natürlich ganz in Ordnung: Jim Goober war bloß ein Name für Peter, weit weniger wichtig, als eine einzige von Peters Mahlzeiten. Peter begriff Guffeys Vorgehen, nahm ihm bloß übel, daß er ihm nicht gleich die Geschichte erzählt und ihm so die Schmerzen erspart habe. Wahrscheinlich aber, dachte Peter, wollte Guffey ihm eine Lektion geben, um sich seiner zu vergewissern. Peter hatte die Lektion gelernt, nun galt es Guffey und Dockman dies zu beweisen.

„Halten Sie das Maul“, hatte Guffey gesagt, und Peter sprach kein Wort über den Fall Goober. Aber er redete selbstverständlich über andere Dinge. Man konnte doch nicht den ganzen Tag über stumm wie eine Mumie umhergehen; außerdem gehörte es zu Peters Schwächen, daß er gerne von seinen Leistungen sprach, von den geschickten Kniffen, vermittels welcher er den letzten „Alten“ überlistet hatte. So kam es, daß er Gerald Leslie, dem Kohlenteufel, die Geschichte von Pericles Priam erzählte; berichtete, wie er geholfen hatte, dem Publikum viele tausend Dollars zu entlocken und wie er und Pericles zweimal wegen Betrugs verhaftet worden waren. Auch sprach er vom Tempel des Jinjarabo und von den schönen und unglaublichen Dingen, die sich dort zugetragen hatten. [illegible] el Kalender, der sich den Hauptvertreter des ekstatischen Exorismus nannte, behauptete seinen Anhängern gegenüber, achtzig Jahre zu zählen, tatsächlich aber war er noch unter dreißig. Er gab sich als persischer Prinz aus, doch war er in einer kleinen Stadt Indianas geboren und hatte seine Laufbahn als Austräger in einem Kolonialwarengeschäft begonnen. Es wurde erzählt, er lebe bloß von einer Handvoll Früchte, aber Peter mußte jeden Tag helfen, ein großes Beefsteak oder ein gebratenes Huhn zuzubereiten. Dies seien Opferspeisen, erklärte der Prophet seinen Jüngern; Peter erhielt die Ueberreste der Opferspeisen und verschlang sie andächtig hinter der Tür des Dinerzimmers. Dies war ein Teil seiner Priesterschulung gewesen, die ihm gewährt ward, weil er vor dem Propheten die Diebstähle des Majordomus [illegible] verheimlichte.

ihren Automobilen zum Tempel gefahren kamen. Zum Tempel hatte auch eine Schule gehört, in der Kinder in die Geheimnisse des Kultus eingeweiht wurden. Der Prophet führte diese Kinder auch in seine Privatgemächer und schreckliche Gerüchte entstanden — die schließlich dazu führten, daß die Polizei auf den Tempel eine Razzia veranstaltete, der Prophet floh, mit ihm der Majordomus und auch Peter Gudge, Küchenjunge und Helfershelfer.

Es belustigte Peter, Gerald Leslie seine Abenteuer aus der „Apostolischen Kirche“ zu erzählen, in deren Kirchengemeinschaft er zufällig geraten war, als er nach einer Beschäftigung suchte. Peter hatte sich der Sekte angeschlossen, hatte die Kunst: „in Zungen zu reden“ erlernt, verstand gar bald, in verkrampfter Verzückung über die himmlische Glorie von seinem Stuhl zu fallen. Es gelang ihm, das Vertrauen des hochwürdigen Gamaliel Lunk zu erwerben, der ihn im Geheimen dazu verwendete, Propaganda für seine Gehaltserhöhung zu treiben. Doch erfuhr Peter gewisse Dinge, die ihn veranlaßten, zu der Partei des Schusters Smither überzugehen, der der Gemeinde einzureden versuchte, er vermöge krampfhafter und stärker zu „rollen“, als der hochwürdige Gamaliel. Peter hatte seinen Posten erst wenige Tage innegehabt, als man ihn hinauswarf wegen eines Pfannkuchens, den er gestohlen hatte.

X.

All dieses und noch anderes berichtete Peter in dem Glauben, er sei jetzt, unter dem Schutze der Behörden, völlig sicher. Nach zwei im Spital verbrachten Monaten jedoch wurde er eines Tages ins Büro gerufen, wo Guffey stand und ihn voll schwarzer Wut anstarrte. „Sie verdammter Esel!“ waren Guffeys erste Worte.

Peters Knie knickten ein, seine Zähne schlugen gegeneinander.

„Wie?“ rief er.

„Sagte ich Ihnen denn nicht, Sie sollten das Maul halten?“ Guffey sah drein, als wolle er abermals Peters Gelenk umdrehen.

„Herr Guffey, ich habe keiner Menschenseele ein Wort gesagt, habe über den Fall Goober kei neinziges Wort gesprochen.“

Sturzflutartig kamen Peters Proteste, aber Guffey fiel ihm ins Wort:

„Halten Sie das Maul, Sie Narr. Vielleicht haben Sie nicht

abgabe hatte aber noch einen weiteren entscheidenden Fehler darin, daß es als Stichtag für den Stand des Vermögens den 30. Juni vorigen Jahres festsetzte, an welchem Tage die Krone einen relativ besonders hohen Kurs von vier Schweizer Centime hatte. Da sie jetzt auf ein Sechzehntel dieses Wertes gesunken ist und die Abstallungsfristen sehr lang bemessen wurden, verlangt der Finanzplan neben der Verkürzung der Fristen einen der Geldentwertung entsprechenden Zuschlag, der auf einmal, und zwar in barem, von Aktiengesellschaften auf Verlangen in Gratisaktien, von Grundbesitzern in Hypotheken zu zahlen ist. Im Anschluß hieran ist auch eine ausgiebige Heranziehung des Grundbesitzes zu den Lasten des Staates vorgesehen, da die Grundsteuer bloß das Dreifache des Friedensbetrages beträgt, während das Einkommen der Bauern auf das Dreihundertfache gestiegen ist. Es wird also zunächst eine Erhöhung der Grundsteuer auf das Hundertfache und die Vorbereitung der Schaffung einer progressiven Gutsertragssteuer verlangt. Ganz neu ist die Art der Besteuerung der Industrie, wobei sich das Programm an die von dem bürgerlichen Nationalökonomen Dr. Stolper propagierten Ideen hält, durch die die Arbeit der Steuerbehörden nahezu vollständig ausgeschlossen wird. Die einzelnen Industriezweige werden in Industrieverbänden organisiert, die von einem aus Unternehmern, Arbeitern und Konsumenten paritätisch zusammengesetzten Verwaltungsausschuß geleitet werden. Der Staat legt der gesamten Industrie eine Gesamtsteuer auf, die von ihr auf die einzelnen Industrieverbände, von diesen auf die einzelnen Unternehmungen aufgeteilt wird — wobei auf die Exportfähigkeit und die Verhältnisse jeder Industrie leicht Rücksicht genommen werden kann. Die bestehenden Bundesbetriebe (Bahnen, Post, Telegraph, Telephon, Forste, Domänen und Monopole) sind in gemeinwirtschaftliche Anstalten mit kaufmännischer Leitung und Buchführung umzuwandeln. Ebenso sind auch die neuen Monopole — es werden solche für den Großhandel mit Spiritus und Petroleum, sowie für die Zündhölzererzeugung vorgeschlagen — als gemeinwirtschaftliche Anstalten, in besonderen Fällen, wo eine Beteiligung ausländischen Kapitals nützlich ist, als gemischtwirtschaftliche Anstalten, einzurichten.

Um die ausländischen Valuten und Devisen zu erfassen, ist eine Zwangsanleihe in der Form einer Anforderung von Valuten, Devisen und ausländischen Effekten auszuschreiben, wofür die Eigentümer Staatsschuldverschreibungen erhalten, die innerhalb zehn Jahren ausgelost und in der abgelieferten Valuta zurückgezahlt werden, während die Zinsen in Kronen nach dem Kurs der betreffenden Valuta gezahlt werden. Durch Auslandskredite soll ein großes Investitionsprogramm, das vor allem den Wohnungsbau berücksichtigt, ermöglicht werden.

Es ist klar, daß dieses Programm allein Oesterreich noch nicht lebensfähig macht; es soll aber den weiteren Sturz unserer Volkswirtschaft, und damit den drohenden Zusammenbruch, verhindern. Man wird ja sehen, wie sich die Regierung und wie sich die bürgerlichen Parteien zu diesem Programm verhalten werden. Sollten die bürgerlichen Klassen zu dem Opfer, das ihnen da zugemutet wird, nicht bereit sein, ist der Zusammenbruch unvermeidlich, der ihnen noch weit größere Opfer auferlegen wird.

G. P.

Vom Völkerbund.

Die Völkerbundsversammlung hat verschiedene Kommissionsanträge über die neue Fassung des Artikels 16 angenommen. Danach steht dem Rate das Recht zu, ein Gutachten darüber abzugeben, ob der Bruch des Paktes vorliegt oder nicht, wobei die des Paktbruches angeklagten Völkerbundsmitglieder und die Mitglieder, gegen die sich die kriegerische Aktion richtet, nicht mitstimmen dürfen. Der Rat hat die Zwangsmaßnahmen mitzuteilen, kann jedoch gewissen Mitgliedern eine Verschiebung der Maßnahmen gestatten, falls damit der Zweck besser erreicht wird. Schließlich wurde ein Kommissionsantrag angenommen, in dem der Abbruch der Beziehungen nicht mit den Staatsangehörigen des paktbrüchigen Landes überhaupt, gleichviel in welchem Lande sie leben, sondern nur mit den Bewohnern des betreffenden Staates gefordert wird, entgegen dem Antrage des französischen Delegierten Regnault. Vor der Abstimmung wies besonders eindringlich der schweizerische Delegierte Motta auf die Unmöglichkeit, dem französischen Antrag Folge zu leisten, hin. Bei der Abstimmung enthielt sich die französische Delegation der Stimme. Nach der neuen Fassung sind die Beschlüsse der Versammlung nach spätestens innerhalb 22 Monaten vorzunehmender Ratifikation giltig. Bis dahin sollen die wirtschaftlichen Sanktionen im Geiste der heutigen Beschlüsse gehandhabt werden.

In der Sitzung nahm die Völkerbundsversammlung nach Erledigung des Blockadeartikels einen Antrag der ersten Kommission (Rechts- und Verfassungsfragen) an, der die Beratung des argentinischen Antrages auf Abänderung des Artikels 1 des Paktes auf das nächste Jahr verschiebt. Im Zusammenhang mit dem Fernbleiben Argentiniens berührten die Delegierten der südamerikanischen Staaten auch die Frage des Beitritts der Vereinigten Staaten, der, gleichviel in welcher Form, ein erstrebenswertes Ideal sei. In der ersten Kommission (Rechts- und Verfassungsfragen) setzte sich der französische Delegierte Noblemaire für die Beibehaltung der gegenwärtigen Mitgliederzahl und der gegenwärtigen Mitglieder des Völkerbundsrates ein, das sei schon aus Rücksicht auf die oberschlesische Frage empfehlenswert, denn die Lösung dieses Problems müßte von der Autorität des Völkerbundsrates getragen sein. Er kam im übrigen noch einmal auf seine große Rede vom Sonnabend zurück und erklärte, wie schon früher, daß Frankreich grundsätzlich der Aufnahme Deutschlands nicht feindlich gegenüberstehe, daß Frankreich aber nicht auf Artikel 1 des Paktes verzichten könne, der die Einhaltung der übernommenen Verpflichtungen fordert.

Urteil im Tiszaprozeß.

Die „Vossische Zeitung“ meldet aus Budapest: Nach fünfmonatigem Verfahren wurde das Urteil im Tisza-Prozeß gefällt. Paul Keri wurde wegen Anstiftung zur Ermordung Tiszas zum Tode, Marcel Gärtner wegen Mitschuld an der Ermordung zu 14 Jahren Zuchthaus verurteilt; die übrigen wurden freigesprochen. [illegible]

Gewerkschaftsbewegung.

Der Kampf gegen das Trinkgeld.

Die Reichshauptstadt steht augenblicklich im Zeichen eines Streikes, der weit über ihre Grenzen hinaus Bedeutung hat. Es handelt sich bei ihm nicht so sehr um Lohnerhöhung oder Arbeitszeitverkürzung, das eigentliche Streikobjekt ist von grundsätzlicher Bedeutung, denn es handelt sich um die Abschaffung des Trinkgeldunwesens im Gastwirtsgewerbe.

Unmittelbar nach der Revolution gelang es, den Gastwirtsgehilfen in vielen Städten, das Trinkgeld zu beseitigen. Diese Art der Entlöhnung wurde von der Gehilfenschaft als unwürdig empfunden und man forderte daher feste Löhne, die die Existenz der Kellner und andere im Gastwirts- und Hotelgewerbe beschäftigter Personen unabhängig macht von der Güte oder dem Geldbeutel des Gastes. Den Unternehmern war das Trinkgeldwesen natürlich sehr bequem, weil sie dadurch für das Personal keine besonderen Aufwendungen zu machen hatten und weil die Kellner und übrigen Angestellten dadurch geradezu gezwungen waren, bis an die äußerste Grenze ihrer Leistungsfähigkeit zu schaffen. Das Trinkgeldwesen ist und bleibt einer der gefährlichsten Gegner des Achtstundentages.

Im Laufe der Zeit gelang es den Unternehmern, die Trinkgelder wieder einzuführen und somit die Bezahlung ihres Personals den Gästen zur Last zu legen. In diesem Sommer war es das erste Mal, daß verschiedene Unternehmerverbände, besonders die der Badeorte, mit ihrem Personal Abmachungen trafen, in denen ausdrücklich betont wurde, daß man keinen Garantielohn zahle, sondern daß das Personal ganz auf Trinkgelder angewiesen sei. Die guten Erfolge, die die Unternehmer damit offenbar gehabt haben, haben nun auch die Berliner bestimmt, den Kampf mit ihrem Personal aufzunehmen. Um von vornherein die Front der Arbeitnehmer zu teilen, wurde dem Küchenpersonal der Lohn bedeutend erhöht. Den Kellnern aber machte man keine Zugeständnisse, man bestand darauf, daß sie von der Zeche ihrer Gäste 10 Prozent als Bedienungsgeld abziehen sollten. Da eine Einigung nicht zu erzielen war, wurde der Schlichtungsausschuß angerufen, der einen Schiedsspruch fällte, wonach ein bestimmter Lohn und 3 Prozent des Umsatzes dem Personal zusteht. Die Arbeitnehmer nahmen, weil in dieser Situation ein günstigeres Ergebnis nicht zu erzielen war, den Schiedsspruch an, aber die Arbeitgeber, die sich vorher kartelliert hatten, lehnten den Schiedsspruch ab. Daraufhin wurde am Sonnabend der letzten Woche der Streik erklärt und seitdem ruht in Berlin fast der Betrieb aller großen Hotels, Kaffeehäuser und Bierlokale.

Die Gründe, die die Unternehmer veranlassen, so hartnäckig am Trinkgeldsystem festzuhalten, sind bekannt. Es nimmt auch nicht Wunder, daß die Kellner der Luxuslokale mit dem Trinkgeldwesen ganz zufrieden sind, da ihre Einnahmen nicht unbeträchtlich sein dürften. Die organisierte Arbeiterschaft aber hat an diesem Entlohnungssystem kein Interesse und alle Veranlassung, die Gastwirtsgehilfen im ganzen Reiche in diesem Kampf zu unterstützen. Wie der Arbeiter in der Fabrik, der Angestellte oder Beamte im Kontor, so leistet auch der Gastwirtsgehilfe Arbeit für seinen Arbeitgeber und dieser hat natürlich die Verpflichtung, ihn auch seiner Leistung entsprechend zu bezahlen. Es ist noch keinem Unternehmer in der Industrie oder sonstwo eingefallen, seine Arbeiter anzuweisen auf das Trinkgeld, das der Käufer einer Maschine oder sonst eines Gegenstandes zahlen müßte. Wie in Industrie und Handel feste Löhne gezahlt werden, so muß auch im Gastwirtsgewerbe endlich dieses System der Lohnzahlung eingeführt werden.

Das liegt nicht nur im Interesse der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft. Das ist eine dringende soziale Forderung, die auch dem Kellner eine gesicherte Existenz und vor allen Dingen eine Bezahlung bringen soll, die eines freien Arbeiters würdig ist.

* * *

Zum Streik im Gastwirtsgewerbe wird mitgeteilt, daß die Arbeitgeber Verhandlungen mit den Angestellten weiterhin ablehnen, solange die Terrorakte der Ausstä[illegible] gestern abgehaltene Funktionärversammlung der Gastwirtsangestellten hat beschlossen, die Durchführung der Notstandsarbeiten, sowie die Bedienung der Mitglieder der Ententekommissionen durch die Streikenden selbst zu übernehmen, sodaß ein Eingreifen der technischen Nothilfe sich erübrigen würde.

Zum Streik der Bäcker im Breslauer Konsum-Verein.

Die Vereinigung Breslauer Arbeitgeberverbände berichtet in der Mittwochnummer der „Breslauer Morgenzeitung“ über den Streik, und stellt dabei unwahre Behauptungen auf.

Sie sagt unter anderem: Der Schlichtungsausschuß Breslau habe unter dem 30. September den Standpunkt der Direktion gutgeheißen oder anerkannt.

Dieses trifft keineswegs zu. Der Schlichtungsausschuß Breslau hat in dieser Streitsache überhaupt keine Beschlüsse gefaßt und auch seine Stellungnahme keineswegs präzisiert.

Der Schlichtungsausschuß hat sich lediglich unter dem Vorsitz des Herrn Dr. Thiede die größte Mühe gegeben, einen Vergleich herbeizuführen, der aber an der Hartnäckigkeit der Direktion des Breslauer Konsumvereins und ferner an der Stellungnahme des Vertreters der Arbeitgeberverbände, Herrn Krüger, scheiterte.

Ferner muß richtig gestellt werden, daß nicht die Arbeitnehmer Tarifbruch begangen haben, sondern die Direktion des Breslauer Konsumvereins. Im bestehenden Tarif sind die 8stündige tägliche Arbeitszeit und die Wochenlöhne festgelegt, und diese Regelung sollte durch die willkürliche Verkürzung der Arbeitszeit von 8 Stunden auf 5½ Stunden beseitigt werden.

Also nicht die Arbeitnehmer haben den Tarif gebrochen, sondern die Arbeitgeber. Wir überlassen somit der Bevölkerung Breslaus das Urteil.

Landarbeiterversammlung in Klettendorf.

In einer sehr gut besuchten Landarbeiterversammlung sprach am Dienstag, den 4. Oktober, der Gauleiter Bienst aus Liegnitz über das Thema „Die Landarbeiter einst und jetzt“.

Zeigte schon der zahlreiche Besuch, daß die Landproletarier erwacht sind, so kam dies während des Vortrages noch mehr zum Ausdruck. Der Redner wurde oftmals durch lebhaften Beifall unterbrochen. Er beleuchtete die rechtliche und wirtschaftliche Lage der Landarbeiter. Ausgehend von der Gesindeordnung zeigte er den Zuhörern, mit welcher Gewalt sie niedergehalten durch die Willkür der Junker wurden, und ging dann zur Gesetzgebung der Neuzeit über. Eingehend besprach der Vortragende die wirtschaftliche Lage der Land- und Forstarbeiter, Guts-Handwerker und Schweizer. Standelos sind die Zustände an den Orten, wo Kapital und Junkertum die von der Arbeiterschaft erzeugten Güter und Reichtümer verprassen. Eine Lohnzulage für die Landarbeiter soll bei der schlechten Ernte nicht möglich sein, zumal der Staat auch mit Steuerforderungen an den Besitz herantritt. [illegible]

Breslau (Land)-Neumarkt.

Rosenthal. Aus der Partei. Am Sonnabend, den 1. Oktober cr., fand beim Gastwirt Genossen Müller die Generalversammlung der Ortsgruppe statt. Den Geschäftsbericht erstattete Genosse Giersch. Hervorzuheben ist, daß die Ortsgruppe über 200 Genossinnen und Genossen mustern kann. So groß auch die Zahl der Mitglieder ist, muß leider festgestellt werden, daß es noch eine ganze Anzahl Gleichgesinnter gibt, die den Weg zur Partei noch nicht gefunden haben. Bei der letzten Wahl hatten wir über 700 Stimmen aufgebracht. Aufgabe für die nächste Zeit muß es sein, diese Wähler auch für die Partei als Mitglieder zu gewinnen. Es gilt, die Schläfrigen aufzurütteln und ihnen klar zu machen, daß zum Schutz der Republik und der Verfassung, zur Verwirklichung unserer Ideale, noch viele Streiter notwendig sind.

Die Vorstandswahl zeitigte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Genosse Zander, Stellvertreter Genosse Giersch, Hauptkassierer Genosse Schmidt, Schriftführer die Genossen Dybek und Huhn, Hauptkassierer Genosse Hanuska, Revisoren die Genossen Hein und Makiol, Berichterstatter Genosse Kottusch

Unter Verschiedenem wurde u. a. auch der Streik bei Gebr. Huber besproch. Den im Streik Befindlichen wurde die Sympathie ausgesprochen. Stark verurteilt wurde die Besetzung des Betriebes durch Landjäger.

Da in der nächsten Vorstandssitzung unser Delegierter zum Parteitag Bericht erstatten wird, empfiehlt es sich, die nächste Monatsversammlung bestimmt zu besuchen, um sich mit den Görlitzer Beschlüssen bekannt zu machen.

Aus der Provinz Schlesien.

Kreiskonferenz der sozialdemokratischen Vereine des Kreises Schweidnitz.

Allen Vorständen zur Kenntnis, daß am Sonntag, den 16. Oktober, vormittags 8½ Uhr, in Schweidnitz, im Gasthof zum Rosenthal eine Kreiskonferenz stattfindet.

Jeder Ortsverein muß durch ein Vorstandsmitglied vertreten sein. Besondere Einladungen ergehen nicht.

Tagesordnung: 1. Berichterstattung vom Görlitzer Parteitag vom Genossen Daubenthaler-Striegau. 2. Berichterstattung der Kreistagsmitglieder. 3. Verschiedenes.

Die Vorstands- und Kreistagsmitglieder werden ersucht, bestimmt zu erscheinen.

Die Kreisleitung.

Arbeiter-Wohnungsbau in O.-S.

Aus dem Reichsarbeitsministerium erhalten wir eine Zuschrift, die wir gern wiedergeben, wenn wir auch gewünscht hätten, sie schon vor einem Jahre veröffentlichen zu können. Sie lautet:

„Auf Anregung oberschlesischer Kreise fanden am 29. September im Reichsarbeitsministerium in Gegenwart des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns und des Preußischen Ministerpräsidenten Stegerwald und im Preußischen Landwirtschaftsministerium Verhandlungen über die Förderung der Siedlung und die Verbesserung der Wohnungsverhältnisse in Oberschlesien statt.

Bei der Besprechung im Reichsarbeitsministerium führte der Reichsarbeitsminister zur Frage der Schaffung von Bergmannssiedlungen aus, es werde für den Fall einer für Deutschland günstigen Entscheidung über das Schicksal Oberschlesiens mit der Begründung von Bergmannsheimstätten alsbald begonnen werden können, da von den später aus der Kohlenabgabe zurückzuzahlenden Vorschüssen des Reiches für den Bergarbeiterwohnungsbau 160 Millionen Mark zugunsten Oberschlesiens zurückbehalten worden seien. Ein gleicher Betrag werde jährlich aus den Erträgnissen der Kohlenabgabe für denselben Zweck gewonnen werden. Für den Landarbeiterwohnungsbau seien aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge für den besetzten Teil Oberschlesiens 10 Millionen Mark bereitgestellt worden. Ministerpräsident Stegerwald teilte u. a. mit, daß auch aus den Landesbaudarlehen Beihilfemittel für den Wohnungsbau in Oberschlesien verfügbar gehalten würden. Es wurde allseitig als notwendig angesehen, zur Durchführung obiger Aufgaben und der Aufgaben auf dem Gebiete des ländlichen Siedlungswesens ein einheitliches besonderes gemeinnütziges Siedlungsunternehmen für Oberschlesien ins Leben zu rufen.“

Versorgungsamt oder Bezirkskommando?

Aus Wohlau schreibt man uns:

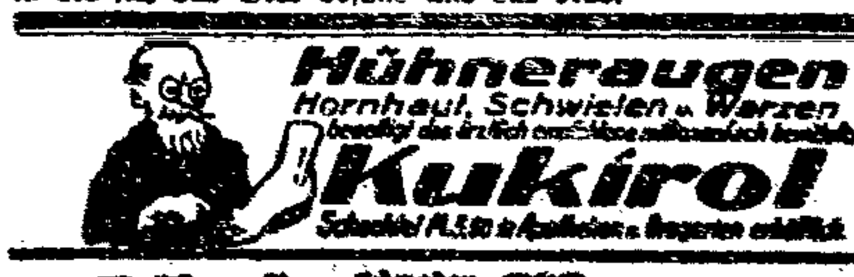
Seit dem 1. November 1919 sind, soviel bekannt, [illegible] maligen Bezirkskommandos in Versorgungsämter um[illegible] und Zivilbehörden geworden.

Daß dies beim Bezirkskommando Wohlau geschehen ist, kann man noch nicht recht erkennen, denn immer noch prangt in alter Frische und Schönheit die eingemeißelte Inschrift: „Bezirkskommando“ an der Straßenfront des Gebäudes. Die täglich aus- und eingehenden Kriegsbeschädigten müssen sich beim ersten Anblick des Gebäudes unwillkürlich an vergangene schöne Zeiten der Musterung und Einziehung erinnern. Wie mag ihnen wohl zu Mute sein? Auch im Innern des Gebäudes kann man ohne ein gewisses Widerstreben einen Hauch an die Militärzeit nicht los werden, denn es gibt dort noch ein Hauptmeldeamt und ein Kommandeurzimmer. Selbst die Klosettüren weisen durch ihre Anschrift: „Offiziere, Unteroffiziere, Mannschaften“ darauf hin, daß eine Entmilitarisierung noch nicht voll und ganz stattgefunden hat.

Nach nahezu zwei Jahren wäre es wohl am Platze, die nötigen Schritte wegen restloser Durchführung der Entmilitarisierung zu unternehmen! Oder will man sich vielleicht in Wohlau die evtl. Neueinrichtung eines Bezirkskommandos ersparen?

Pleß. Das Kriegerdenkmal in die Luft gesprengt. Dienstag, früh gegen 5½ Uhr, wurde das Kriegerdenkmal am Ring von Unbekannten in die Luft gesprengt. Der durch die Explosion angerichtete Sachschaden an den umliegenden Häusern ist erheblich.

Beuthen. 22 000 Mark Lohngelder geraubt. Der Bauführer eines hiesigen Baugeschäftes erhielt Sonnabend nachmittag den Auftrag, Lohngelder in Höhe von 22 000 Mark für die auf der Blei-Charleygrube beschäftigten Arbeiter herbeizuschaffen. In der Nähe des Zollhauses traten ihm vier Wegelagerer in den Weg, rissen ihn vom Rade und raubten die Aktentasche, in der sich das Geld befand und das Rad.



Mitteilungen der Direktionen:

Vereinigte Theater. Am Donnerstag wiederholt das Lobe-Theater Bruno Franks „Weib auf dem Tiere", das Thalia-Theater den musikalischen Schwank „Der Mann ohne Vergangenheit". Die Gesangsposse „Er und seine Schwester", die am Freitag ihre Erstaufführung erlebt, ist besetzt mit den Damen Knaack, Meller, Nordheim, den Herren Bar, Frech, Habel, Honna, Leopold, Meyn, Rothe, Schyki Thieck.

Der Vorverkauf für sämtliche Vorstellungen des Lobe- und Thalia-Theaters findet von jetzt ab außer an den beiden Theaterkassen und dem Verkehrsbüro Barasch, Ring, noch im Zigarren-Spezialhaus Herrmann, Schweidnitzer Straße 7, und Neue Schweidnitzer Straße 19, statt.

Vom Luna-Park-Kabarett. Das gegenwärtig im Sternensaal auftretende Tanz-Trio Diwa Lu Margo Paridusulef — frühere ragende Leistungen auf dem Gebiete der Tanzakrobatik, wie sie nicht oft zu sehen sind. Ein reizender Sketsch „Die Badepuppen von Zoppot", womit eine allerliebste Entkleidungsszene verknüpft ist, zeigt die mit Anmut und Kraft gepaarte Geschicklichkeit der Tanzkünstler, die Jeder gesehen haben muß. (Siehe Inserat.)

Wasserstand

vom 6. Oktober 1921.

Ratibor	—	Neisse (Unter-Pegel)	1,40
Krappitz	2,10	Breslau (Ober-Pegel)	4,04
Cosel	—	„ (Unter-Pegel)	—2,44
Brieg (Wasserstrasse)	1,86	Treschen	0,99
Kottwitz	1,24	Pöpelwitz	—0,22
Neisse (Ober-Pegel)	3,82		

Wassertemperatur: 11°.

Es wurden bezahlt für 100 deutsche Reichsmark:

	5. 10.	4. 10.		5. 10.	4. 10.
amerikan. Dollar	0,79	0,80	Schweiz. Franken	4,55	4,64
englische Schilling	4,24	4,32	österr. Kronen	1412,43	1328,02
französ. Franken	11,17	11,37	polnische Mark	—,—	—,—
holländ. Gulden	2,47	2,51	tschechosl. Kronen	76,13	77,16

Parteigenossen und -Genossinnen werbt ständig für die Volkswacht!

Zur gefl. Beachtung!

Die unübertroffene Qualität der **„Halpaus-Rarität"**-Cigaretten hat sich bekanntlich unzählige treue Anhänger erworben und es konnte daher nicht ausbleiben, daß die enorme Nachfrage nach einer so beliebten Cigarette auch interessierte Gegner auftreten ließ.

Seit einiger Zeit wird von gewissenlosen Elementen mit den unglaublichsten Mitteln versucht, das Renommee der **„Halpaus-Rarität"**-Cigaretten durch die unsinnigsten Gerüchte zu beeinträchtigen. Desgleichen werden **minderwertige Nachahmungen** der **„Halpaus-Rarität"**-Cigaretten unter täuschungsfähigen Namen und ähnlicher Ausstattung in den Handel gebracht, gegen welche wir allerdings bereits zivil- und strafrechtliche Verfahren eingeleitet haben. * Dagegen ist es bisher nicht gelungen, die Urheber der Gerüchte zu ermitteln, welche die anerkannte Güte unserer **„Halpaus-Rarität"**-Cigaretten durch ihre wahrheitswidrigen Behauptungen herabzusetzen suchen. 4425

Wir sichern deshalb allen denjenigen Freunden und Anhängern der **„Halpaus-Rarität"**-Cigaretten **hohe Belohnungen** zu, die uns durch geeignete Nachweisungen derart unterstützen, daß wir die das Renommee unserer Firma schädigenden Elemente einer gerichtlichen Bestrafung zuführen können.

Halpaus Cigaretten-Fabrik
Breslau.

Am Montag, den 3. Oktober, verschied nach langem Leiden die Frau unseres Kollegen **Lange,**

Frau Martha Lange

im Alter von 35 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihr

Die Schmiede und Hammerschmiede der Linke-Hofmann Werke Abteilung 5, Hammerschmiede.

Beerdigung: Freitag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Oswitzer Friedhofes aus. 7295

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlichen Mitgefühls und die schönen Kranzspenden anläßlich des Hinscheidens meines geliebten Mannes, des Krankenkassenkontrolleurs **Paul Hennig,** sage ich auf diesem Wege aufrichtigen Dank.

Breslau, den 6. Oktober 1921. 7304

verw. Frau Maria Hennig.

Gaspreis.

Der Gaspreis beträgt von der Ablesung im Monat September 1921 ab bis zur Ablesung im Monat Dezember 1921 einschließlich Meßgebühr 1,80 Mk. für den Kubikmeter. Für Wiedergebrauchnehmer gilt der genannte Preis vom 6. Oktober 1921 ab. 7256

Breslau, den 5. Oktober 1921.

Städtische Betriebsdeputation.

Kohlenhandlung

in kleinerer Stadt am Queis bald oder später zu verkaufen. Gute Geschäftslage, überzeugende Kundschaft und Reserve, passend für tüchtiges Unternehmer-Ehepaar. Offerten unter K. 233 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung. 7301

Anzüge,

fertig und nach Maß in modernster Ausführung und guter Qualität von **300 Mark** an

Albrechtstraße 41, 2. Etg. (Kein Laden).

Allergute Bezugsquelle für Wiederverkäufer

Citrony, Gesundbrunn, Kneipp- und Gesundheitspflegeartikel

beziehen Sie vorteilhaft von 4392

Apotheker Amandus Kaglisch

Breslau II, Gartenstraße 27 — Telefon Ring 4221.

Verlangen Sie heute unverbindlich Offerte und Vertretervorschlag.

Wer sich stählt, lebt am längsten!

Das Beste und billigste Buch heißt „Gesundheit" von S. Kneipp. Eine neue Sammlung von 500 bewährten Mitteln, einfachen Schlafkuren und Bade-Kuren, [illegible] Erfahrungen. Wollen Sie einmal mit [illegible] Ihrer Gesundheit [illegible] werden, so beziehen Sie das [illegible] Buch. Preis [illegible] 7296

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Branche der Elektromonteure, Hilfsmonteure und Hilfsarbeiter.

Sonntag, den 9. Oktober, vormittags 9½ Uhr, im großen Saale von Brüner, Gabitzstraße:

Außerordentliche Branchenversammlung

Tagesordnung:

1. Bericht über die Tarifverhandlungen.
2. Beschlußfassung.

Die Tarifverhandlungen haben bezüglich der Lohn- und Arbeitszeitbestimmungen zu keiner Einigung geführt. Der Schlichtungsausschuß entscheidet und über seine Entscheidung ist Beschluß zu fassen. 7302

Die Branchenleitung.

Jahrelange

Flechten

Habe ich durch Gebrauch von Dr. [illegible] Medizinal-**Herba-Seife** beseitigt, nachdem bei mir alle sich angewandte Mittel versagt hatten. [illegible] 7298

Wiederverkäufer!

Offerieren täglich greifbar große Posten [illegible] 7297

Suche einfach möbliertes Zimmer

Offerten unter K. 224 an die Exped. d. Zeitung.

Ausschneiden

Kauf! Verkauf! Höchste Belohnung. Brillanten jeder Art. Verlangen Sie Sonnenfeld-Spezial-Oberschlesien-Ausschneiden. 7298

Frauen

und Mädchen keine Sorge bei Ausbleiben und Störung der

Monatsregel

Meine unschädlich [illegible] garantiert unschädlich. 4016

Reinigungspillen

bringen Ihnen sicheren Erfolg **ohne Berufsstörung**

Schreiben Sie mir heute. Wochenfluß, Gebärmutter, Verstopfung, Hämorrhoiden, [illegible] 7299

Zum Verkauf

[illegible] 7300

Federbetten

[illegible] Federbettenfabrik, Breslau, Ziegenstraße 11.

Kleine Anzeigen

sind kaufmännisch gewandte [illegible] 7303

Fabrikniederlage Alfred Jlgner, Breslau Friedrich-Wilhelmstr. 30, Fernspr. Ring 3793.

Zu kaufen ges.

Altmetalle

kauft zu höchsten Preisen Jungfer, Gartenstr. 4. 7293

Altmetalle

kauft zu höchsten Tagespreisen **Winter,** Friedrichstraße 61. 7222

Grammophon mit Platten [illegible] 7295 **M. Liedecke,** Stadtgraben 2.

Wir kaufen alte und zerbrochene 6261

Edison- und Grammophon-Platten

sowie auch ganze Fabrikate.

Edison-Musik-Haus, Albrechtstraße 7.

Arbeitsmarkt

Schneider

auf Paletots und Raglans, I und Ia, für dauernde Beschäftigung **gesucht.**

Meldung mit Probearbeit und Zeugnis

Für die Abteilungen

a) Trikotagen

b) Gardinen u. Möbelstoffe

werden zum baldigen Antritt

tüchtige, selbständige

Verkäufer (innen)

gesucht, die gute Fachkenntnisse besitzen, in besseren Spezialgeschäften mit Erfolg tätig waren und im Verkehr mit besserer Kundschaft über gewandte Umgangsformen verfügen.

Schriftliche Angebote mit Bild, Gehaltsansprüchen und Referenzen an 7292

Leinenhaus Bielschowsky,

Nikolaistraße 74.

Maurer werden beim Neubau noch immer eingestellt.

Meldungen bei Polier **Berger, Herderstraße 33.**

Schneider

nur für **Raglans** und **Schlüpfer** für dauernde Beschäftigung sucht 7291

S. Guttentag, Altbüßerstraße 5.

Tüchtige Maurer

werden eingestellt 7294

Neubau Station Wangern.

Kräftige Kesselschmiede und Schmiede

im Alter von 28 bis 40 Jahren werden zum sofortigen Antritt gesucht. 4463

Meldungen beim Arbeitsnachweis, Mitteilgasse 5.

Laufburschen

aus achtbarer Familie melden sich bei 7298

M. Boden, Ring 38.

Zeitungs-Trägerinnen

für Kaiser Wilhelmstr. u. Gräbschener Tor sofort gesucht. Meldungen in der Expedition der „Volkswacht" Junstr. 4/6

Heute abend 7½ Uhr im Gewerkschaftshause:

Oeffentliche Versammlung.

Es spricht Landtagsabgeordneter Kreisschulrat König aus Swinemünde.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 6. Oktober.

Sozialdemokratischer Verein.

Parteigenossen!

Die KPD. hat die Führer der SPD. durch öffentlichen Anschlag in 6 Versammlungen eingeladen. Der Parteivorstand ist von der Unmöglichkeit, mit Kommunisten fruchtbringend zu diskutieren, überzeugt und nimmt an, daß es diesen nur an einer Parole fehlte, die Versammlungen zu füllen, sonst hätten sie nicht von einer bereits vollzogenen Verbrüderung mit der Stinnespartei geschrieben. Der erweiterte Parteivorstand hat infolgedessen niemanden ermächtigt, im Auftrage der Partei in diesen Versammlungen zu reden. Die Partei kann sich unmöglich ihre Taktik von einer kommunistischen Volksversammlung vorschreiben lassen. Hierzu haben die Parteigenossen ausreichende Gelegenheit, in ihren Mitgliederversammlungen. Wir ziehen es vor, im Gewerkschaftshause den Vortrag über „Schulreform und Kulturpolitik" anzuhören.

Der Vorstand.

* * *

Montag, den 10. Oktober, finden die Distriktsversammlungen statt. Vortragsthema: „Wohnungselend, Artikel 155 der Reichsverfassung und die Sozialdemokratie." Näheres in morgiger Nummer.

* * *

Elternbeiräte der Pöpelwitzer Schulen. Freitag, den 7. Oktober, abends 7½ Uhr, Sitzung bei Brendel, Promnitzstraße 30.

Zum Abstinententag in Breslau.

Vom 6.—11. Oktober.

Eine Tagung von großer Bedeutung nimmt morgen in unserer Vaterstadt ihren Anfang. Eine Tagung, deren Beginn von jedem, der für Volkswohl und Volksgesundheit etwas übrig hat, warm begrüßt werden muß. Denn der Alkoholismus, den es im Deutschen Alkoholgegnertag mit allen Mitteln zu bekämpfen gilt, ist eine der schlimmsten Seuchen, die es gibt.

In einer Zeit, wo uns das notwendigste Getreide fehlt und wir es für viele Milliarden vom Ausland kaufen müssen, gehen der Volksernährung jährlich 6 Millionen Zentner Gerste verloren, weil sie in die Brauereien wandern. Und zu Bier gebraut genießt sie der Arbeiter wieder, entschuldigt dann diesen Genuß vielleicht damit, das das Bier ja auch „Nährwert besitze". Hier ist es vielleicht angebracht, ein Urteil des alten Goethe über das Biertrinken zu hören. Er urteilt wie folgt: „Das Rauchen macht dumm, es macht unfähig zum Dichten und Denken. Zum Rauchen gehört auch das Biertrinken. So werden die Nerven abgestumpft und das Blut bis zur Stockung verdickt. Wenn es so fortgehen sollte, wie es den Anschein hat, so wird man nach zwei oder drei Menschenaltern schon sehen, was diese Bierbäuche und Schmauchlümmel aus Deutschland gemacht haben."

Hat sich dieses Wort nicht erfüllt? Wohin uns die Wirtschaft der Bierbäuche geführt hat, zeigt der Wahnsinn des Weltkrieges, den das reinigende Gewitter der Revolution erst beendete.

Und nun soll weiter dem Alkoholgenuß gehuldigt werden? Weiter soll dieses Gift Gesundheit und Denkfähigkeit des Volkes in schlimmster Weise beeinträchtigen und gewaltige Werte verschlingen, die wir in dieser Zeit der Not so dringend brauchen?

Hier sollten sich die Arbeiter ständig ein Wort der „Bayerischen Nationalzeitung" vor Augen halten, die das Vollbier folgendermaßen begrüßte: „Dann erst wird die Revolution in Bayern ganz überwunden sein, wenn jeder Arbeiter des Abends nicht gerade sein Huhn im Topfe, aber doch sein Vollbier im Kopfe hat."

Die Reaktion hofft also, den Arbeiter durch den Alkohol niederzuzwingen! Deshalb heißt es in unserem Interesse und auch zum Wohle derer, die nach uns kommen, der Alkoholgefahr schärfsten Kampf anzusagen! Deshalb muß gerade die Arbeiterschaft den Alkoholgegnertag freudig begrüßen.

Neben einem wissenschaftlich-praktischen Lehrgang über die Alkoholfrage vom 6.—8. Oktober bringt der Alkoholgegnertag noch viele, für die Allgemeinheit wichtige Veranstaltungen, z. B. am Sonntag, den 9. Oktober, eine große Volksversammlung im Zirkus Busch, in der auch Genossinnen und Genossen zu Wort kommen werden.

Am Dienstag, den 11. Oktober, tritt die abstinente Jugend auf den Plan mit einer Kundgebung gegen den Alkohol. Auch die organisierte Arbeiterjugend sieht Enthaltsamkeit im Nikotin- und Alkoholgenuß als selbstverständlich an.

Vom 8.—23. Oktober findet gleichzeitig eine Ausstellung „Volkswohl", Zwingerstraße 14, statt. Sie umfaßt Material über die Bekämpfung des Alkoholismus, der Tuberkulose, der Säuglingssterblichkeit und der Geschlechtskrankheiten. Der Eintrittspreis von 1 Mark ist sehr niedrig. Gewerkschaftsmitglieder zahlen an der Kasse gegen Vorzeigung ihres Mitgliedsausweises nur die Hälfte. Jeder muß nach Möglichkeit diese Ausstellung besuchen.

Arbeiterschaft! Auf zur Teilnahme an dem Kampf gegen einen der schlimmsten Feinde, Vorwärts und Aufwärts im Kampf gegen den Alkohol!

* * *

Es ist eine Reihe von Jahren her, als der Sozialdemokratische Parteitag in Leipzig die Arbeiterschaft aufrief zum Schnaps-Boykott. Vieles ist seitdem an uns vorbeigegangen, nicht nur der verheerende Krieg, sondern auch schwere wirtschaftliche Erschütterungen. Der Kern der Arbeiterbewegung hat sich gehalten, die Masse dagegen ist breit geworden, aber in den Geist von Lassalle, Engels und Marx' noch nicht eingedrungen. Eine Folge davon ist auch der in diesen Tagen festgestellte Alkoholverbrauch von 15 Milliarden im Jahre. Wenn auch nicht gesagt sein soll, daß die Arbeiter den Löwenanteil davon genossen haben, so ist doch unverkennbar, daß ihr Mitverbrauch hindernd auf unsere Fortentwicklung einwirkt.

Der Abstinententag veranlaßt uns Arbeitersportler, die wir seit Jahrzehnten den Kampf gegen den Alkohol mit dem besten Mittel, mit dem Sportbetrieb, führen, auch zum Eintritt in unsere Bewegung aufzurufen, die eine scharfe Trennung zwischen Alkohol, Kapital und Arbeitskraft herbeiführen wird. Am eigenen Körper verspüren wir, welchen Wert der eingeschränkte Alkoholverbrauch für Muskel- und Nerven-System hat, und welchen viel höheren Erfolg für den Einzelnen die volle Entsagung ausgeübt hat. Mit einem Teil der vielen Millionen könnten große, herrliche Rasenplätze für Jung und Alt angelegt

Gewerkschaftler und Klassengenossen! Benützet den Abstinententag zur Einkehr. Heraus aus den bürgerlichen Sportvereinen mit ihren Kneip-Veranstaltungen! Kommt zu unseren Ruderern, Radfahrern, Turnern, Fußballspielern, Schwimmern, Athleten und Wanderern! Wenn Ihr Euch aber dem Alkohol ganz entziehen könnt, dann stärkt die Reihen des Arbeiter-Abstinentenbundes und werdet trotzdem dem Sport nicht untreu.

R. G.

Liebermann verteidigt Dominicus.

Der ehemalige Polizeipräsident Liebermann hat es mit seiner täglichen Versendung von Artikeln an so ziemlich alle hiesigen Zeitungen nun tatsächlich erreicht, daß sein „Fall" wieder interessant geworden ist. Was er in seinen Zuschriften noch nicht bringen konnte, hat er geschickter Weise in dem für ihn sonst nicht gerade angenehmen Kommunistenprozeß Scheyer in seine Zeugenaussage hineingebracht, obwohl, wie er selbst heute schreibt, „die Angelegenheit nichts mit dem Gegenstande des Prozesses zu tun hat". Er hatte für diesen Prozeß nun einmal die Erlaubnis von seinem bisherigen Vorgesetzten Dominicus bekommen, auszusagen, und machte davon geschickt Gebrauch. Am nächsten Tage erhielten die Zeitungen statt des fälligen Artikels von Liebermann über seinen Fall den Wortlaut seiner Aussage von ihm zugeschickt und diesmal lohnte die Einsendung wirklich den Abdruck, da der ehemalige Präsident nicht wieder nur mitzuteilen wußte, daß er eine andere Auffassung vom Verkehr mit verbotenen staatsfeindlichen Organisationen hätte, als wir, sondern da er dasselbe nun mit einem Mal auch vom Minister Dominicus unter Eid behauptete, der ihn doch soeben auf unsere Vorstellungen hin selbst in den einstweiligen Ruhestand befördert hatte und auch im Landtag gegenüber der bekannten sozialdemokratischen Anfrage nicht mehr für ihn eingetreten war. Das war der erste Pfeil, den Herr Liebermann nach seiner Amtsenthebung versandt hatte, der wirklich saß. Herr Dominicus hat sich noch nicht dazu geäußert, wird es aber wohl oder übel tun müssen.

Liebermann hat natürlich Dominicus nicht offen angegriffen. Er hat ausgesagt, daß er die Geheimhaltung des angebandelten Verhältnisses mit der Orgesch vorzog, weil er besorgte, daß dem Minister „ebenso unberechtigte Vorwürfe gemacht werden könnten", wie sie dann ihm gemacht worden seien. Nachdem er seinen derart geölten Pfeil versandt hat, verteidigt Herr Liebermann seinen Minister heute sogar noch in dessen hiesigem Parteiblatt! Es lohnt nicht, auf seinen Artikel einzugehen, da dieser nichts weiter enthält, als die zehnte Wiederholung der deswegen immer noch nicht richtigen Auffassung, daß man mit Staatsverbrechern, sobald sie einmal erklärt haben, sie seien unschuldig, von Amtswegen nur noch vertraulich über die beste Methode des Nachweises ihrer Unschuld zu verhandeln habe. Wieder wird dargelegt, daß der „Heimatschutzverband verfassungstreuer Schlesier", nachdem er seinen Charakter als schlesische Provinzialvertretung der Orgesch durch einen Federstrich geändert hat, absolut harmlos geworden sei. Der Heimatschutzverband besteht ja weiter und wir könnten aus seiner weiteren Tätigkeit auch allerlei wirklich nicht Harmloses berichten. Aber Liebermanns Auffassung ist ja bereits durch seine Amtsenthebung gerichtet, die eben derselbe Minister verfügte, den er wegen dieser Auffassung verteidigt, bezw. das Kabinett Stegerwald-Dominicus, das sozialdemokratischer Neigungen doch wirklich nicht verdächtig ist. Das pikante an Liebermanns neuem Erguß ist wirklich nur, daß ein immer noch „demokratisches" Blatt ihn abdruckt und daß er als Verteidigung von Dominicus erscheinen will. Wir sind wirklich gespannt, ob der Innenminister sich jetzt dieser von ihm gemaßregelten Auffassung in seiner Selbstverteidigung anschließen wird.

* * *

Uns selbst beehrt der ehemalige Polizeipräsident heute natürlich auch wieder mit einem Artikel, den er uns vorsichtshalber jetzt bereits in zwei Ausfertigungen — erstens ausführlich, zweitens für den Fall von Platzmangel gekürzt — zugehen läßt. Wir wollen ihm die zweite Form wieder abdrucken. Er schreibt:

„Ich habe bei meinem Amtsantritt nie den Anschein zu erwecken gesucht, als ob ich Demokrat sei, vielmehr stets betont, ich sei parteilos und führe mein Amt nur im Interesse der staatlichen Sicherheit und öffentlichen Ordnung. Ich habe danach gehandelt und es ist demnach weder eine Einstellung meiner Amtsführung „auf die mitregierende Volkspartei", noch nach anderen Parteirücksichten und Parteikonstellationen noch eine Orientierung nach der Person des jeweiligen Ministers erfolgt.

Der stolze Satz, „Ich habe danach gehandelt", ist leider nach Ansicht auch der bürgerlichen Vorgesetzten des Herrn Liebermann falsch. Für einen Parteidemokraten hat ihn niemand gehalten und daß er auch kein Gesinnungsdemokrat ist, hat er bewiesen, am besten mit seinem Artikel in der „demokratischen" „Breslauer Zeitung" für den „Demokraten" Dominicus. Die Motive seiner nicht nur auf Weisung von oben, sondern, wie er selbst betont, auch aus innerer Ueberzeugung erfolgten Wendung zur Orgesch wollen wir nicht weiter verfolgen. Waren sie nicht politischer Art, so waren sie — da ein Intellektmangel in der Dienstauffassung nicht anzunehmen ist — wohl gesellschaftlicher Art: der Wunsch, trotz des nicht gerade feudalen Namens mit den Kreisen der „Schles. Ztg." in Fühlung zu bleiben? Warum wirft Liebermann diese Frage neu auf?

Spende des Fabrikarbeiterverbandes für Oppau.

Der Hauptvorstand des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands hat zur Linderung der Not, die das gräßliche Explosionsunglück in Oppau über Hunderte von Proletarierfamilien heraufbeschworen hat, 100 000 Mark gespendet.

Eine Reihe von Verwaltungsstellen des Verbandes hat ebenfalls namhafte Summen für diesen Zweck bewilligt, u. a. Berlin 10 000 Mark. In einem Rundschreiben an die Gau- und Zahlstellenleitungen fordert der Verbandsvorstand auf, durch Gewährung möglichst großer Beträge aus den Beständen der Lokalkassen die Hilfsaktion zu unterstützen.

Oberschlesische Ferienkinder.

Den Breslauer Hauptbahnhof passierten in den letzten Tagen größere Transporte oberschlesischer Kinder, die von den Vereinigten Verbänden heimattreuer Oberschlesier zur Erholung in das Reich geschickt werden.

Aus den Gesichtern der Kleinen konnte man vielfach noch die körperliche und seelische Not lesen, die der dritte Polenaufstand hervorgerufen hat. Umsomehr erfreute die Liebe und Fürsorge

Vom Arbeiterbildungsausschuß.

Drei Aufführungen des sozialistischen Volksdramas „Das Gesetz" von Paul Bader.

Die nächste Woche bringt in der Reihe unserer Veranstaltungen etwas ganz besonderes: Endlich kommt — vorläufig in drei Aufführungen, am Mittwoch, Donnerstag und Freitag — auch hier in Breslau die sozialistische Tragödie „Das Gesetz" heraus, die in Berlin bereits über 300 mal, die aber auch in Leipzig, Magdeburg, Halle, Braunschweig, Dessau, Halberstadt usw., und kürzlich auch in Liegnitz mit allergrößtem Erfolg aufgeführt wurde. Alle maßgebenden Kritiker haben bezeugt, daß mit diesem Volksdrama „der deutschen Bühne eines der stärksten sozialen Schauspiele und plötzlich der so lange vergeblich ersehnte echte Volksdichter" geschenkt wurde. Jeder, der die schwere Kampfzeit der deutschen Arbeiterbewegung zur Zeit des Sozialisten-Gesetzes in den großen, klaren Bildern dieser Tragödie miterleben will, jeder, der sich innerlich stärken will an dem Idealismus, dem Opfermut, mit dem die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei diese Zeit durchlitten und durchstritten haben, gehe in diese Aufführungen!

Der eine mache den anderen darauf aufmerksam. Die Aufführungen müssen auch bei uns ein voller Erfolg werden. Wir können nicht wie in Berlin mit Hunderten von Vorstellungen rechnen, wir werden aber gegenüber Liegnitz nicht zurückstehen wollen, wo kürzlich der Bildungsausschuß 12 Aufführungen herausbrachte.

Um jedem den Besuch der Vorstellungen zu ermöglichen, ist der Einheitspreis — trotz der sehr hohen Unkosten, die selbstverständlich durch ein Fachschauspieler-Personal von 18 Personen, durch den Bühnenaufbau im Gewerkschaftshaus usw. entstehen, auf **3 Mark** einschließlich Steuer festgesetzt. Eintrittsprogramme für alle 3 Tage sind von heute ab in den bekannten Vorverkaufsstellen zu haben.

Die Aufführungen beginnen sämtlich um 7 Uhr, um Genossen aus der Provinz den Besuch zu erleichtern.

Die neuen Preise für Gas, Wasser und elektrischen Strom.

Zugleich mit der bereits bekannt gegebenen Erhöhung des Gaspreises auf 1,80 Mk. treten folgende Preiserhöhungen ein: Für Wasser innerhalb des Stadtgebietes auf 1,10 Mk., außerhalb des Stadtgebietes auf 1,25 Mk. für den Kubikmeter; für elektrischen Beleuchtungsstrom auf 3,50 Mk., für Flur- und Treppenbeleuchtung auf 2,95 Mk., für Kraftstrom innerhalb der Sperrstunden auf 3,30 Mk., außerhalb der Sperrstunden auf 2,70 Mk. für die Kilowattstunde.

Für 100 000 Mark Wäsche gestohlen.

In der Nacht zum 9. Oktober wurde in das Malteserkrankenhaus in Trebnitz, das von den Hedwigschwestern verwaltet wird, eingebrochen, und Wäsche und Betten im Werte von 100 000 Mark gestohlen. Die Einbrecher hatten die Sachen in Säcke verpackt und diese mittels Karren in eine benachbarte Scheune gebracht. Von hier wurde dann das Diebesgut abgeholt und nach Breslau geschafft. Die Kriminalpolizei kam aber bald auf die Fährte der Diebe und verhaftete den Ofensetzer Ernst Kade und den Maler Fritz Schatte. Beide standen nun am Dienstag vor der hiesigen Strafkammer, um sich wegen schweren Diebstahls zu verantworten. Kade ist ein alter Verbrecher; er hat zuletzt eine Zuchthausstrafe von 7 Jahren verbüßt. Das Gericht erkannte gegen ihn auf 3 Jahre Gefängnis; Schatte erhielt 2 Jahre, 6 Monate Gefängnis. Der Droschkenbesitzer Paul Bohn hatte die gestohlenen Sachen von Trebnitz nach Breslau geschafft, wofür ihm 600 Mark Fuhrlohn versprochen worden waren, die er aber bis heute noch nicht bekommen hat. Er wurde wegen Begünstigung zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt; da er aber noch unbestraft ist, wurde ihm eine dreijährige Bewährungsfrist zugebilligt.

* **Der Leiter der Volkshochschule** Dr. Alfred Mann, ist bis zum 15. Oktober werktäglich 12—1 und 5—7 Uhr im Volkshochschulamt (Springerstraße 5—9 III, Zimmer 4/5) zu sprechen. Denen, die zum Belegen der Volkshochschul-Lehrgänge Rat brauchen, wird dringend empfohlen, sich ihn beim Leiter in den genannten Sprechstunden zu holen. Im Uebrigen sind auch die Lehrkräfte der Volkshochschule gern bereit, Rat zu erteilen.

* **Alkoholismus und Gegenwartskultur.** Auf dem [illegible] Alkoholgegnertag spricht am Sonnabend, den 8. Okt[illegible] D. Niebergall-Heidelberg über „Alkohol und Pe[illegible]" und Dr. Strehler-Rothenfels a. M. über „Alkohol und Kultur".

* **Freiquartiere für den Deutschen Alkoholgegnertag.** Für den Deutschen Alkoholgegnertag sind vom Blaukreuz-Verein, dem Kreuzbündnis, dem Bund abstinenter Frauen und dem Verein gegen den Alkoholismus eine große Reihe von Freiquartieren zur Verfügung gestellt worden. — Die künstlerische Ausstattung der Festschrift des Deutschen Alkoholgegnertages hat Herr H. M. Avenarius übernommen.

* **Richtlinien für die Besucher der Breslauer Volkshochschule** enthält der neue Plan der Volkshochschule für das Winterhalbjahr. Jedem, der die Volkshochschule besuchen will, muß dringend empfohlen werden, diese Richtlinien zunächst zu lesen. Die Pläne mit den Richtlinien sind im Volkshochschulamt (Springerstraße 5/9, 3. Stock, Zimmer 4), werktäglich 8—3 Uhr, in Volksbibliotheken und Lesehallen, in der Zentralarbeiter-Bibliothek (Gewerkschaftshaus), in der Volkswachtbuchhandlung, im Bureau der Christlichen Gewerkschaften und in dem des Gewerkvereins Deutscher Metallarbeiter, sowie beim Verband für weibliche Angestellte (Garestraße 30) zu haben.

* **5000 Mark entwendet** wurden am 30. September in der Markthalle am Ritterplatz einer Handelsfrau. Das Geld befand sich in einer Ledergeldtasche, die sie in ihrem Stande abgelegt hatte und die gestohlen wurde, als sie für einen Augenblick ihren Stand verließ.

Vereinskalender.

Naturfreunde! Donnerstag, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause Wintersport-Sektion. Volkstänze Sonnabend, 7 Uhr, auf der Bürgwiese (Scheitnig).

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Branche der Elektromonteure, Hilfsmonteure und Hilfsarbeiter. Sonntag, den 9. Oktober, vormittags 9½ Uhr, im großen Saal bei Bräuer, Gabitzstraße Außerordentliche Branchenversammlung. 1. Bericht über die Tarifverhandlungen. 2. Beschlußfassung. (Siehe Inf.)

Deutscher Eisenbahner-Verband. Freitag, den 7. Oktober, abends 7½ Uhr, findet im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung sehr wichtig. Mit

Die „Gassenkönigin“

Vox populi vox dei
Est voluntas directoris

SCHAUBURG VIKTORIA-THEATER

Heute letzter Tag! Beginn: ½5 Uhr!

D.K.

Gewöhnliche Preise!! 3 Sensations-Schlager!

Wiederum ein Schlager-Programm! Erstaufführung! in beiden Theatern: Erstaufführung! Wiederum ein Schlager-Programm!

Die Königin der Gartenstraße oder Duftendes Unkraut Eine Vision eines Künstlergeistes in 6 Akten nach dem Roman: „Die Saison“ [illegible]

Nur in der Schauburg! Der Original-amerik. Film: [illegible] Außerdem: [illegible] Nur im DK-Theater!

Die „gelbe“ Schmach von San Francisco 6 Sensations-Akte, nur von Chinesen gespielt. 4461

Auge um Auge 5 Akte oder: **Im Tal des Schreckens** 5 Akte

Die Höhle von La Christa

Varietéschau: **Gebrüder Krämer**, Musikgenies — **Marx**, Humorist.

Ab Freitag: In beiden Theatern: Der große Hagenbeck-Raubtier-Sensationsfilm (Terra-Konzern) **Eine Schreckensnacht in der Menagerie.** 5 nervenerregende Akte

Varietéschau: **Der Mann, den niemand heben kann.** Die stärksten Männer Breslaus sollen sich melden!

Caro Aß!!

Stadt-Theater.
Donnerstag 7½ Uhr:
Orpheus in der Unterwelt
Freitag 7 Uhr: Aida.
Sonnabend 7 Uhr:
Hans Heiling.

Schauspielhaus.
Operettenbühne. Tel. Ring 3545.
Heute und täglich 7½ Uhr:
Der Opernball.
Sonntag nachm. 3½ Uhr:
Das Dreimäderlhaus.
Montag 7½ Uhr:
Das Hollandweibchen.

Vereinigte Theater in Breslau
Direktion: Paul Barnay.
Lobe-Theater. Tel. 6774 **Thalia-Theater.**
Donnerstag, den 6. Oktober, 7½ Uhr abends:
„Das Weib auf dem Tiere“. | „Der Mann ohne Vergangenheit“.

Der verlorene Sohn
Parabelspiel in 3 Aufzügen von Erich Eckert
aufgeführt durch
Künstler des Kölner Mysterienbundes
und 100 Mitwirkende
im großen Saal des Schießwerders
Montag, den 10., bis Sonnabend, den 15. Oktober, abends 7½ Uhr.
Karten zu 10.—, 8.—, 5.—, 3.— Mk. ohne Steuer Müller & Seiffert, Ritterplatz, König, An der Sandkirche, Reimann und Barasch. [illegible]

Luna-Säle
d. alte Wilhelmshöhe
Hubenstraße, Endstat. Linie 6.
Heut. Donnerstag ringen
Nestrom, Lettland
Pinetzky, der Riesenriese
Meckay, Brandenburg
Koll, Breslau
Schickal, Königsberg
Jahnsen, Litauen 7255
Großer Entscheidungskampf
Kalher, München
Weinert, Deutschland
Vor den Kämpfen
Ia Spezialitäten
Anfang ½8 U. Kämpfe 9 U.

Etabliss. Wilhelmsburg Neudorfstraße 54.
Heute sowie jeden Donnerstag:
Tanzkränzchen. 7254
Nächsten Sonnabend: **Vereinsvergnügen.**

Großer [illegible]
MONTAG DONNERSTAG SONNTAG
TANZ 7407

Piel-Piel-Woche **ZEPTER-KINO** Heute letzter Tag ½5, ½7, ½9 Uhr.

Harry Piel Reiter ohne Kopf
Die Gespenster-Macht 2. Teil, 6 Akte.
Freitag bis Montag: Letzter Teil:
Piel's schwerster Sieg 6 Akte. 7255

Heute sowie täglich:
Im festlich dekor. Sternensaal:
Gr. Weinlese-Fest
verbunden mit
Kabarett
Auftreten der besten Tanz-Trios
Diwa Lu Marge Turidaselef 4445
[illegible]
Eintritt einschl. Tanz Mk. 4.80.

Frühstücks- u. Likörstube
Kulmbacher u. Pilsner Bier
Albrechts-Eck
Inh.: Albert Seifert — Albrechtstraße 12
Bürgerl. Lokal.
Täglich ab 9 Uhr. Gute Spezialitäten
zu wirklich billigen Preisen.
Jeden Mittwoch Eisbeine

Eine Sitten-Razzia im Berliner Scheunenviertel
am Alexanderplatz 7286

brachte die Einleitung zu dem berüchtigsten
Kuppelei-Prozeß
den die Berliner Gerichtsakten kennen unter der gleichen Bezeichnung des fabelhaft kühnen Sittenbildes:
Das Haus in der Dragonergasse
Uraufführung Freitag Ah-Lichtspiele.

Gräbschener Straße 84 a. **Wartburg** Tel. Ohle Nr. 738.
Neuzeitl. Diele
Kein Weinzwang = Angenehmer Aufenthalt
Heute Donnerstag **Vornehmer Ball**
Erstklassige Musik :: Tanz-Vorführungen
Täglich Betrieb.

Deutsches 60° Ia Weizenmehl
1 Pfund nur 3.45 bekannt beste Qualität verkaufe bis auf weiteres
(Bei Abnahme von 25 Pfund à Pfund Mark 3.40)
Prima Hausback-Mehl Pfund nur 2.50
Prima Weizengrieß Pfund nur 3.90
Kleie und Futtermittel billigst.
Alleinniederlage der Weizenmehl-Mühle.
Breslau, Bismarckstr. 37
Ebenda wird nach jeder Posten Getreide u. Mehl (genau wie in der Mühle) umgetauscht.

! Frauen !
Wenden Sie sich sofort bei
krankh. monatl.
Störungen 6654
nur an mich. Langjährige Erfahrung. Glänzende Erfolge d. m. Präparate. Viele freiwillige Dankschreiben. Frau D. schreibt: Heute holte ich mir Ihr Mittel und morgen trat der Erfolg ein. Pr. 9, 15, extra stark 25 M. Gummiwaren, Spülspritzen, Weißflußmittel
Katalog gegen 30 Pfg. Marken
Frau M. Böhm, Breslau II, Gräbschenerstr. 9, 5 Min. v. Hauptbhf.

Schlaf-Zimmer, Küchen etc.
empfehlen preiswert
[illegible]
Karunsky & Co.,
[illegible]

Freitag und Sonnabend
Hasen! Hasen!
Stück von 25.— Mk. an.
Die stärksten ohne Fell 50.— Mk.

Bratgänse und -Enten	Pfd. von	8.— Mk. an
Ia Schlesische Mastgänse	Pfd. von	13.— Mk. an
Masthühner, bratfertig	Pfd. von	9.— Mk. an
Junge Brat- und Backhühnchen	Stck. von	12.— Mk. an
Hähne, bratfertig	Pfd. von	8.— Mk. an
Junge Tauben, die stärksten	Stück	6.— Mk.
Ia Tafelbutter	½ Pfd.	14.50 Mk.
Prima Ziegen- und Zickelfleisch	Pfd.	6.50 u. 8.— Mk.
Rehfleisch	Pfd.	8.— Mk.

sowie Rehrücken, Keulen und Blätter, auch halbe
empfiehlt zu billigsten Tagespreisen
Herbert Böhm, Gartenstr. 62
7296 Telefon Ohle 324.

Malerarbeiten
hier und auswärts (Möbel streichen) werden ausgeführt. Offerten unter G 490 an die Buchhandl. der Volkswacht.

Freitag und Sonnabend:
Preiswerte
Fleisch-Tage

Rinder-Suppenfleisch	Pfd.	10.00
Rindfleisch ohne Knochen	„	13.00
Hammelfleisch	„	11.00
Hammelkeule	„	12.00

sowie folgende
Wurstwaren
zu 7297
Ausnahme-Preisen

Leberwurst	Pfd.	11.00
Knoblauchwurst	„	12.00
Preßwurst	„	13.00

Breslauer Fleisch-Zentrale
Schmiedebrücke 21, 1. Etage.

Private, Händler
finden Gelegenheitsposten in Stoffen, Manschester, Baumwollwaren bei
Kempner, Münzstr. 1, II Ecke Breitestr. 43
Bei Vorzeigung dieses Inserats werden außerdem noch 5% Rabatt gewährt. G 462

Erscheint 4 mal monatlich.

Provinz - Bezugsquellen - Verzeichnis

Den Lesern bei Einkäufen empfohlen.

Canth
Kolonial-, Glas-, Porzellanwaren
Vogel, Bittor, Ring 34
Manufakturwaren, Konfektion
Stein, Adolf, Ring 8

Cawallen
Gastwirtschaft
3. Siegessäule Inh. K. Fuhrke
[illegible] Saal [illegible]

Dyhernfurt
Kolonialwaren, Dest., Früchte.
Weinert, Jacob, Telephon 28
Uhren, Goldwaren
Zöckner, [illegible], Nr. 30

[illegible]

Arbeiter-Bekleidung, Schuhwaren
Brauer, [illegible]
Bäckereien
Friedrich, [illegible]
Günther, Carl, [illegible]
[illegible]
[illegible]
Eisen- und Stahlwaren
[illegible]
[illegible]
[illegible] Friedrich, [illegible]
Gastwirtschaft
[illegible] Otto, [illegible]

Kolonialwaren
Hellwig, [illegible]
Kroeber, [illegible]
Wirt, Carl, [illegible]
Uhren, Goldwaren
[illegible]
Otto, Oskar, [illegible]
Woll-, Weiß-, Kurz-, Spielwaren
Wielisch, G., [illegible]

Frankenstein i. Schl.
Herren- und Knabengarderobe
[illegible]
Schneider, Alfred Ring 13
Kolonialwaren, Weine, Liköre, Spirituosen
L. Seibt, Inhaber: H. Seibt
[illegible]
H. Königer, Ring
[illegible]
Nier, Carl, Ring-Ecke
[illegible]
[illegible], Ludwig, Ring
[illegible]
[illegible]
Uhren, Goldwaren, Optik, [illegible]
Nier, Carl, Ring-Ecke

Glatz
[illegible]

Leder, Paul [illegible] Straße 51
[illegible]
[illegible]
Bonsch, Th., [illegible]
[illegible]
J. [illegible] jun., Ring 9
[illegible]
[illegible]
[illegible]
Laidenitt, J., [illegible]
Uhren, Gold-, Reparat.
Hampel, Franz, [illegible]

Grottkau
Gastwirtschaft
[illegible]

Hermsdorf
Bäckerei
[illegible]
[illegible]
[illegible] [illegible]

Hundsfeld
[illegible]
[illegible]
[illegible]
[illegible]
Gastwirtschaften
[illegible]
[illegible]
[illegible]
Kolonialwaren
[illegible]
[illegible]
[illegible] Hirsch, [illegible]
[illegible] Garten [illegible]
Wagner's Festsäle [illegible]

Koberwitz
Bäckereien
[illegible]
[illegible]
[illegible] O., [illegible]
Gemischtwaren
[illegible]

Kolonial-, Fein- und Schnittwaren
Neumann, D. [illegible]

Margareth
Gastwirtschaften
„[illegible]“, [illegible]

Maria-Höfchen
Gastwirtschaften
[illegible]'s Gasthaus Jeden Sonntag: Tanz.
Gemischtwaren
[illegible]

Marschwitz
Gasthaus zum [illegible] Jeden Sonntag Tanz.

Kl.-Mochbern
Gastwirtschaften
[illegible] Gasthaus Jeden Sonntag: Tanz.

Schuhwaren, Schuhmacherei
Lehmann, Walter, Ring 65
Uhren und Goldwaren
Zelder, Carl, Ring 37

Neukirch
Fleischerei
Geisler, R.
Gastwirtschaften
Gastwirtsch. „Zur Eisenbahn“
„[illegible]“
„Deutsches Haus“
Gemischtwaren
Fritsch, Anna
Schneider, Reinhold
Kolonialwaren
Richter, Herm., Inhaber: Er. Gebhardt

Obernigk
Gastwirtschaften
„Germania“, Villenstraße 34

Oppeln
[illegible]
[illegible]
Spezialhaus für Korbwaren und Kinderwagen
Schreier, Anton Carlstr. 8

Gastwirtschaften
3. Waldesgrund, Inh. Richter

Reichenbach
Klempnerei, Installation
Krause, Adolf, Trentstr. 6
Mode-Bazar
Danziger, Ludw., Ring, Tel. 323
Weißwaren, Damenbekleidung, Posamenten, Wäsche

Rothsürben
Bäckerei
Igel, Reinhold
Gemischtwaren
Elsner, Paul, Nr. 58
Saal- u. Garten-Etabl.
Deutsches Haus, Gasthof

Schmolz
Bäckerei- und Gemischtwaren
Alber, Paul
Gastwirtschaft
Krätz, Otto
Kolonialwaren- u. Schankwirtschaft
Ritter, Paul

Steine
Bäckerei
Schaefer, Alfred
Gemischtwaren
Baumgart, Max
Zimmermann, Richard
Gastwirtschaft

Trachenberg
Destillat., Limonadenfabr., Kolonialwar.
Roßdeutscher, R. Teleph. 56
Eisenhandlung, Baumaterialien, Haus- und Küchengeräte
Berger, Ernst Ring 18
Groß-Destillation
Rißmann, Erich
Kolonialwaren, Zigarren
Tittler, Max, Langestr. 38
Modewarenhaus
Jung, H. Nachflg., Inh. L. Reichel
Modewaren u. Konfektion
Müller, H.
Schuhwaren
Schegulla, Max

Trebnitz
Groß-Destillation
Hiller, W., Langestraße 45
Gastwirtschaften
Konzerthaus, Inh. Kaps Streng solides Familienlokal Jeden Sonntag: Elite-Ball
Modewaren, Konfektion
Bergel, R., Langestr. 36
Kurbe, A., Inh.: Reippert

Wohlau
Kolonialwaren

Donnerstag, den 6. Oktober 1921 Einzelnummer 50 Pf.

Volkswacht

für Schlesien

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 1.10 Mk., auswärts 1.35 Mk. Anzeigen unter Text 1.50 Mk., auswärts 3.60 Mk. Stellenangebote, Familienanzeigen 0.45 Mk., Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 0.45 Mk. Kleine Anzeigen pro Wort 0.50 Mk., das fette Wort 1.00 Mk. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.
Postscheck-Konto: Postscheck-Amt Breslau Nr. 5852.

Bezugspreis: Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Flurstraße 4/6, durch die Buchhandlung der „Volkswacht", Neue Graupenstraße Nr 7, und durch alle Austräger zu beziehen. Wöchentlich 1.50 Mk., monatlich 6.50 Mk., vierteljährlich 19.50 Mk. (einschließlich Bestellgebühr), durch die Post bezogen vierteljährlich 19.80 Mk.

Industriekapital und Valuta.

Nach der Antwort der bürgerlichen Koalitionsparteien

(Drahtbericht unseres Berliner Büros.)

Der „Vorwärts" veröffentlicht die Antwort der Reichstagsfraktion des Zentrum auf die sozialdemokratische Anfrage, betreffend eine Koalitionsbildung mit der USPD. In dem Antwortschreiben heißt es, daß eine Antwort der Zentrumsfraktion erst dann gegeben werden könne, wenn vorher feststehe, ob die Unabhängige Sozialdemokratische Partei auch einer solchen Erweiterung der Koalition nach rechts zustimmt und ob sie bereit ist, auch ihrerseits die nötigen Voraussetzungen dazu zu schaffen.

Das Zentralorgan der Unabhängigen, die Berliner „Freiheit" nimmt in der heutigen Morgenausgabe zu der Antwort der Koalitionsparteien auf die Anfrage der Sozialdemokratischen Partei kurz Stellung und schreibt u. a.: „Die Antworten sollen offenbar eine Nachahmung der unseren sein, aber sie muten uns an, wie die schlechte Kopie eines guten Originals. Vor allem sind sie ein Ausweichen, sie geben keine Auskunft über die von uns gestellten Fragen, sie sagen insbesondere nichts über unsere Mindestforderungen. Sie lassen sehr deutlich erkennen, daß es den bürgerlichen Parteien darauf ankommt, mit der „Deutschen Volkspartei" zusammenzukommen. Da die Deutsche Volkspartei jedes Zusammengehen mit der unabhängigen Sozialdemokratie ablehnt, so stellt sich die schon an sich nicht ernste Frage, ob wir mit dieser Partei zusammengehen würden, als eine Abschiebung der Verantwortung und damit als rein taktisches Manöver hin. Dabei ist dieses Manöver so durchsichtig, daß es wirklich niemanden täuschen kann: der klare Tatbestand ist, daß es den bürgerlichen Koalitionsparteien um die Verbreiterung nach rechts zu tun ist."

An anderer Stelle sagt das Blatt, nachdem es u. a. eine Äußerung des Volksparteilers Prof. Kahl, der die Koalition unter dem Reichskanzler Wirth als unhaltbar und auf das tiefste erschüttert hinstellt: „Ob sie (die Volkspartei) die geeignete Koalitionsgenossin für die Arbeiterpartei ist, das müssen jetzt die Rechtssozialisten entscheiden."

Die „Freiheit" hat in ihrer Kritik an den Antworten der bürgerlichen Parteien im wesentlichen recht. Nur Verlegenheit und der Gedanke an die Volkspartei, die sowohl dem Zentrum wie den Demokraten lieber ist, konnte die bürgerliche Forderung nach „Aufklärung" zustandebringen.

Auch der „Vorwärts" erkennt an, daß die Antwortschreiben der Koalitionsparteien nicht von ehrlichem Inhalt erfüllt sind, sondern in „höflicher Form so recht bestätigen, daß wohl die Verbreiterung nach rechts gewünscht werde, nicht die nach links." Unter diesen Umständen ist nicht abzusehen — so schreibt der „Vorwärts" — wie zwischen der Sozialdemokratie und den bürgerlichen Parteien eine Entscheidung über die Verbreiterung der Koalition erzielt werden soll.

* * *

Die Anfrage unserer Partei an die Unabhängigen und deren Antwort, hat die ganze Koalitionsfrage schon jetzt bei aller Unerfreulichkeit der Verzögerung doch sehr weitgehend geklärt. Nicht nur die Sozialdemokraten, sondern auch die Unabhängigen haben in ihren Koalitionsbedingungen reinsachliche Forderungen aufgestellt, ohne irgend eine Partei wegen ihrer Vergangenheit von vornherein für unfähig zu erklären, diese Forderungen zu erfüllen. Anders die bürgerlichen Parteien! Die Volkspartei hat die Bedingungen der beiden sozialdemokratischen Parteien mit keinem Worte sachlich zurückgewiesen und doch schon das Zusammengehen mit der unabhängigen Partei abgelehnt. Sie war also viel vorurteilsvoller und engherziger und viel mehr von rein parteitaktischen Erwägungen erfüllt, als die Unabhängigen, die doch ihrerseits rein stimmungsmäßig viel Verständnis bei ihren Wählern gefunden hätten, wenn sie in ihren Bedingungen eine Koalition mit der Volkspartei ebenfalls abgelehnt hätten und die das doch nicht taten. Die beiden bürgerlichen Koalitionsparteien zeigen jetzt leider ebenfalls Interesse zunächst nicht für die sachlichen Programmforderungen, sondern nur für die parteitaktische Konstellation, die sie nach rechts schieben möchten. Wenn in dieser Situation die Kommunisten schon heute so tun, als ob die Volkspartei mit uns in die Koalition käme, so werden sie wohl in ihren Versammlungen auf die entsprechenden Telegramme aus Berlin erst noch warten müssen. Da die Kommunisten die sachlichen Bedingungen der beiden sozialdemokratischen Parteien für den Regierungseintritt wohl ebenso wenig kritisieren können, wie die Rechtsparteien — aus blinder Unkenntnis un-

Die Bedingungen der Landtagsfraktion für Regierungseintritt.

Die sozialdemokratische Fraktion des preußischen Landtages beschloß für die interfraktionellen Beratungen über die Regierungsbildung, die am Dienstag morgen stattfinden, folgende Forderungen zu stellen:

1. Anerkennung und Verteidigung der Republik,
2. Sicherung des demokratischen Selbstbestimmungsrechts der Bevölkerung in Staat und Gemeinde,
3. Demokratisierung der Verwaltung und Republikanisierung der Schutzpolizei,
4. Sicherung und Ausbau der sozialen Gesetzgebung,
5. Förderung einer grundlegenden Justizreform,
6. Schaffung eines zeitgemäßen Disziplinarrechts,
7. Scharfe Heranziehung des Besitzes zum Ausgleich des Staatshaushalts.

Die Fraktion hält es für selbstverständlich, daß die Unterhändler die einzelnen Punkte in geeigneter Weise erläutern, damit nicht eine Zustimmung nach dem Grundsatz: „Wie ich sie auffasse" erfolgen kann, sondern die Durchführung dieser Forderungen in ehrlicher Weise gesichert wird.

England und das Abkommen Rathenau-Loucheur.

Wie Reuter erfährt, wird das von Rathenau und Loucheur geschlossene Uebereinkommen von den englischen Finanzsachverständigen geprüft. Aus politischen Gründen kann England gegen das Uebereinkommen keinen Einwand erheben. Jeder Plan, der Frankreich bei dem Wiederaufbau seiner verwüsteten Gebiete unterstützt, sollte so wenig wie möglich Widerstand finden. Bis jedoch eine eingehende Prüfung des Abkommens stattgefunden habe, ist es unmöglich festzustellen, wie weit das Abkommen die Verteilung der Reparationen unter die Alliierten in Mitleidenschaft zieht, und ob es mit dem Reparationseinkommen in Einklang zu bringen ist. Bis hierüber Klarheit geschaffen ist, könne man in seinem Urteil nur sehr zurückhaltend sein. Obgleich Loucheur und Rathenau erneut zusammentreffen, um das Abkommen zu unterzeichnen, wird es dennoch erst in Kraft treten, wenn es die Billigung der Reparationskommission gefunden hat.

Die rasende Notenpresse.

Die Entwertung des deutschen Geldes, die sich im Tiefstand der deutschen Valuta am Auslandsmarkt und in den steigenden Preisen im Inlande neuerdings wieder schärfer bemerkbar macht, hat auch auf den Umlauf an Papiergeld zurückgewirkt. In der letzten Septemberwoche wurden 4,2 Milliarden Mark neue Banknoten in den Verkehr gegeben. Da außerdem noch für 7,6 Milliarden Darlehnskassenscheine im Umlauf sind, beziffert sich der Betrag des deutschen Papiergeldes auf insgesamt rund 94 Milliarden Mark. Wenn auch an den Quartalsterminen und insbesondere um den ersten Oktober regelmäßig ein Anwachsen des Notenumlaufes zu beobachten ist, war er doch in diesem Jahre besonders stark und die diesmal erreichten Ziffern stellen Rekordziffern dar. Sie erklären sich zu einem guten Teil daraus, daß noch immer keine neuen Steuern dem steigenden Defizit des Reiches gegenüberstehen, und aus den Reparationsverpflichtungen. Eine schärfere Heranziehung des Besitzes zu den Steuern ist die erste Voraussetzung für eine wirklich durchgreifende Abhilfe, die mit der Stillegung der jetzt überangestrengt arbeitenden Notenpresse beginnen muß. Die zweite, die Abänderung des Friedensvertrages.

Eine aufsehenerregende Verhaftung.

Wie wir zuverlässig erfahren, ist der frühere Landrat von Trebnitz und demokratische Vertreter im schlesischen Provinziallandtage, jetzige Regierungsrat in Schleswig, Dr. Menzel, dort, und zwar auf Anordnung der Strafkammer Oels, verhaftet worden. Die Verhaftung liegt bereits acht Tage zurück. Trotzdem ist der Oeffentlichkeit bisher nicht bekannt, unter welchem Verdacht die Verhaftung erfolgt ist. Dr. Menzel hat sich wegen seiner energischen Tätigkeit in der Entwaffnung und in der Kleinsiedlung mächtige politische Gegner geschaffen, an deren Wirken gegen ihn man unwillkürlich denken muß, wenn man Näheres über diese Aufsehen erregende Verhaftung nicht hört, die übrigens gewissen Stellen schon im Voraus bekannt gewesen sein muß.

Erst freilassen — dann Steckbrief schreiben.

Der Fall Ruge.

Der Oberstaatsanwalt Breslau veröffentlicht einen Steckbrief gegen den deutschvölkischen früheren Privatdozenten Dr. Ruge aus Heidelberg, der als Geheimrat Berger in Schlesien rechtsputschistische Geheimorganisationen leitete. Der Steckbrief erfolgt wegen Verdacht der Geheimbündelei des unbefugten Waffenbesitzes, der Amtsanmaßung, Urkundenfälschung und des versuchten Mordes. Die angeblich so haltlosen Nachrichten der sozialdemokratischen Presse über die Wirksamkeit dieser Organisation, die mit Münchener Stellen in engster Verbindung arbeitete, fin-

Devisenhilfe und Steuern.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Die Steuerkonferenz der Parteiführer, die am Montag beim Reichskanzler stattfand, ist ziemlich resultatlos auseinandergegangen, weil über die Frage der sogenannten Devisenhilfe keine Klarheit herrschte und insbesondere auch nicht über die Frage, wie diese Devisenhilfe mit den neuen Steuern in Verbindung zu bringen sei. In den nächsten Tagen will der Reichskanzler mit Vertretern der Industrie, des Handels und der Landwirtschaft eine Sitzung abhalten, in der die Frage geklärt werden soll, auf welche Weise und in welcher Höhe und zu welchem Termin die Vertreter des Großkapitals und des Großgrundbesitzes dem Reich ausländische Zahlungsmittel zur Erfüllung seiner Zahlungsverpflichtungen zur Verfügung stellen können und wollen. Erst danach, etwa in der Mitte der nächsten Woche, soll eine neue Parteiführerkonferenz beim Reichskanzler entscheidende Beschlüsse fassen.

Daß der Gedanke der Devisenhilfe überhaupt auftauchte, ist eine Folge des vom Reichswirtschaftsminister, Genossen Robert Schmidt, verfolgten Planes der sogen. Heranziehung der Goldwerte zu den Verpflichtungen des Reiches. Die Unternehmer fühlten sich durch diesen Plan stark beunruhigt und glaubten in dem Angebot einer freiwilligen Devisenhilfe das Mittel gefunden zu haben, um seine Ausführung zu verhindern. Der starke Bedarf des Reiches an auswärtigen Zahlungsmitteln muß, wenn nicht die unerwünschtesten Folgen auf dem Gebiet der auswärtigen Politik entstehen sollen, auf dem kürzesten Weg befriedigt werden. Ein solcher Weg würde sich, wenigstens für den Anfang, bieten, wenn der Plan der freiwilligen Devisenhilfe in weitgehendem Maße zur Verwirklichung gelangen würde. Es ist daher begreiflich, daß dieser Plan etwas Verlockendes hat auch für diejenigen, die weit davon entfernt sind, sein privategoistisches Ziel, die Erleichterung der Großunternehmer von drohenden Steuerlasten, in irgend einer Weise fördern zu wollen.

Eines muß aber von vornherein feststehen, nämlich, daß das Reich auf keinen Fall für ein ihm gespendetes [illegible] auf die Rechte verzichten kann, [illegible] aus seiner Steuerhoheit erwachsen [illegible] muß auf alle Fälle verhindert werden, daß der [illegible] auf bloße Versprechungen hin oder für einen verhältnismäßig nicht ins Gewicht fallenden Betrag von seinen Steuerpflichten gegenüber dem Reiche irgendwie entlastet wird.

Aus dieser Betrachtungsweise könnte man zu dem Ergebnis kommen, daß es überhaupt falsch sei, Steuern und Devisenhilfe miteinander zu verquicken. Und doch besteht zwischen den beiden eine notwendige Verbindung gerade auch für denjenigen, der die Devisenhilfe auf keinen Fall als ein Mittel zur Erleichterung der Steuerlasten betrachten will. Das Reich will ja von den Großbesitzern kein Geschenk haben und darf keines von ihnen annehmen. Was der Großbesitz hingibt, das gibt er hin in Erfüllung seiner Pflichten gegenüber dem Reich, allenfalls als Vorleistung auf diejenigen Leistungen, die aus seiner Steuerverpflichtung erwachsen. Daraus ergibt sich: Es besteht wohl eine Verbindung zwischen Devisenhilfe und Steuern, freilich nicht in dem Sinne, daß sich das Reich für Gefälligkeiten, die man ihm auf dem Gebiete der Devisenhilfe erweist, auf dem Gebiete der Steuern erkenntlich zeigen müßte. Sie besteht nur in dem Sinne, daß die Devisenhilfe irgendwie auf die Steuerleistungen des Großbesitzes in Anrechnung gebracht werden muß.

Die Schwierigkeit der Situation besteht darin, daß das Reich schnell Geld, das heißt ausländische Zahlungsmittel, haben muß, und daß der Weg der Freiwilligkeit ein wesentlich kürzerer ist als der über die Gesetzgebung, die Finanzämter, den Steuereinnehmer. Das Reich kann, wenn es notwendig ist und wenn er sich gangbar erweist, diesen kürzeren Weg gehen, aber die Verrechnung auf dem umständlicheren Wege wird dabei immer notwendig bleiben. Man kann, um einen Vergleichsfall heranzuziehen, daran erinnern, daß unter der Zwangswirtschaft

Vox populi clamnis Est voluntas directoris

SCHAUBURG VIKTORIA-THEATER — Heute letzter Tag! Beginn: 1/2 5 Uhr! — **DK**

Gewöhnliche Preise!! 3 Sensations-Schlager!

Wiederum ein Schlager-Programm! Erstaufführung! In beiden Theatern: Erstaufführung! Wiederum ein Schlager-Programm!

Die Königin der Gartenstraße oder Duftendes Unkraut

Eine Vision eines Künstlergeistes in 6 Akten nach dem Roman: „Die Gassenkönigin".

Nur in der Schauburg! Der Original-amerik. Film — Außerdem: — Nur im DK-Theater!

Die „gelbe" Schmach von San Francisco 6 Sensations-Akte, nur von Chinesen gespielt. 4461

Auge um Auge 5 Akte oder: **Im Tal des Schreckens** 5 Akte — **Die Höhle von La Christa**

Variétéschau: **Gebrüder Krämer**, Musikgenies — **Marx**, Humorist.

Ab Freitag: In beiden Theatern: Der große Hagenbeck-Raubtier-Sensationsfilm (Terra-Konzern) **Eine Schreckensnacht in der Menagerie.** 5 nervenerregende Akte

Variétéschau: **Der Mann, den niemand heben kann.** Die stärksten Männer Breslaus sollen sich melden!

Stadt-Theater.

Donnerstag 7 1/2 Uhr: **Orpheus in der Unterwelt**
Freitag 7 Uhr. Aida.
Sonnabend 7 Uhr: Hans Heiling.

Schauspielhaus.

Operettenbühne. Tel. Ring 2545.
Heute und täglich 7 1/2 Uhr: **Der Opernball.**
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr: **Das Dreimäderlhaus.**
Montag 7 1/2 Uhr: **Das Hollandweibchen.**

Vereinigte Theater in Breslau.

Direktion: Paul Barnay.
Lobe-Theater. Tel. 8774 **Thalia-Theater.**
Donnerstag, den 6. Oktober, 7 1/2 Uhr abends:
„Das Weib auf dem Tiere". | „Der Mann ohne Vergangenheit".

Der verlorene Sohn

Paradelspiel in 3 Aufzügen von **Erich Eckert**
aufgeführt durch
Künstler des Kölner Musterienbundes
und 100 Mitwirkende
im großen Saal des Schießwerders
Montag, den 10., bis Sonnabend, den 15. Oktober, abends 7 1/2 Uhr.
Karten zu 10.—, 8.—, 5.—, 3.— Mk. ohne Steuer Müller & Seiffert, Hinterplatz, König, An der Sandkirche, Heimann und Barasch. 7272

Luna-Säle

d. alte Wilhelmshöhe
Rabenstraße, Endstat. Linie 6.
Heut Donnerstag ringen
Bestram, Lettland
Pinotzky, der Ringerriese
Mocksy, Bromberg
Kalt, Breslau
Schickat, Königsberg
Jahnsen, Litauen 7255
Großer Entscheidungskampf
Reiner, München
Weinert, Breslau
Vor den Kämpfen
Ia Spezialitäten
Anfang ½8 U. Kämpfe 9 U.

Etabliss. Wilhelmsburg Neudorfstraße 54.

Heute sowie jeden Donnerstag:
Tanzkränzchen. 7254
Nächsten Sonnabend: **Vereinsvergnügen.**

Großer Weidendamm

MONTAG DONNERSTAG SONNTAG
TANZ

Piel-Woche — **ZEPTER-KINO** — Heute letzter Tag 5, 7, 9 Uhr.

Harry Piel

Reiter ohne Kopf
Die Gespenster-Macht
2. Teil, 6 Akte.
Freitag bis Montag: Letzter Teil:
Piel's schwerster Sieg
6 Akte. 7255

Heute sowie täglich:
Im festlich dekor. Riesensaal:
Gr. Weinlese-Fest
verbunden mit
Kabarett
Auftreten des beliebten Tanz-Trios
Diva Lu Margo Teridusalef 4449
[illegible]
Eintritt einschl. Tanz Mk. 4.80.

Frühstücks- u. Likörstube

Kulmbacher u. Pilsner Bier

Albrechts-Eck
Albrechtstraße 12
Inh.: Albert Seifert

7346

Bürgerl. Lokal.
Täglich ab 9 Uhr. **Gute Spezialitäten**
zu wirklich billigen Preisen.
Jeden Mittwoch Eisbeine

Eine Sitten-Razzia im Berliner Scheunenviertel

am Alexanderplatz

7286

brachte die Einleitung zu dem berüchtigsten

Kuppelei-Prozeß

den die Berliner Gerichtsakten kennen unter der gleichen Bezeichnung des fabelhaft kühnen Sittenbildes:

Das Haus in der Dragonergasse

Uraufführung Freitag Ah-Lichtspiele.

Wartburg

Gräbschener Straße 84a. Tel. Ohle Nr. 736.
Mandolinen-Diele
Kein Weinzwang :: Angenehmer Aufenthalt
Heute Donnerstag **Vornehmer Ball**
Erstklassige Musik :: Tanz-Vorführungen
Täglich Betrieb.

! Frauen !

Wenden Sie sich sofort bei
krankh. monatl. Störungen 6654
nur an mich. Langjährige Erfahrung. Glänzende Erfolge d. m. Präparate. Viele freiwillige Dankschreiben. Frau D. schreibt: Heute hole ich mir Ihr Mittel und morgen trat der Erfolg ein. Pr. 9, 15, extra stark 25 M. Gummiwaren, Spülspritzen, Weißflußmittel
Katalog gegen 30 Pfg. Marken
Frau M. Böhm, Breslau II, Grünstr. 9, 5 Min. v. Hauptbhnh.

Deutsches 60%. Ia Weizenmehl

1 Pfund nur 3.45 bekannt beste Qualität verkauft bis auf weiteres
[illegible]
Prima Hausback-Mehl Mittelweiß 1 Pfund nur 2.50
Prima Weizengrieß 1 Pfund nur 3.90
Kleie und Futtermittel billigst.
Niederlage der [illegible] Mühle
Breslau, Bismarckstr. 37
Ebenda wird auch jeder Posten Getreide in Mehl genau wie in der Mühle umgetauscht.

Schlaf-Zimmer, Küchen etc.

empfehlen preiswert
[illegible]
Karunsky & Co.,
[illegible]

Hasen! Hasen!

Freitag und Sonnabend
Stück von 25.— Mk. an.
Die stärksten ohne Fell 50.— Mk.

Bratgänse und -Enten	Pfd. von 9.— Mk. an
Ia Schlesische Mastgänse	Pfd. von 13.— Mk. an
Masthühner, bratfertig	Pfd. von 9.— Mk. an
Junge Brat- und Backhühnchen	Stck. von 12.— Mk. an
Hähne, bratfertig	Pfd. von 8.— Mk. an
Junge Tauben, die stärksten	Stück 6.— Mk.
Ia Tafelbutter	½ Pfd. 14.50 Mk.
Prima Ziegen- und Zickelfleisch	Pfd. 6.50 u. 8.— Mk.
Rehfleisch	Pfd. 8.— Mk.

sowie Rehrücken, Keulen und Blätter, auch halbe
empfiehlt zu billigsten Tagespreisen
Herbert Böhm, Gartenstr. 62
7296 Telefon Ohle 324.

Malerarbeiten

hier und auswärts (Möbel streichen) werden ausgeführt. Offerten unter **G 490** an die Buchhandl. der Volkswacht.

Freitag und Sonnabend: Preiswerte Fleisch-Tage

Rinder-Suppenfleisch	Pfd.	**10.00**
Rindfleisch ohne Knochen	„	**13.00**
Hammelfleisch	„	**11.00**
Hammelkeule	„	**12.00**

sowie folgende

Wurstwaren

zu 7297

Ausnahme-Preisen

Leberwurst	Pfd.	**11.00**
Knoblauchwurst	„	**12.00**
Preßwurst	„	**13.00**

Breslauer Fleisch-Zentrale
Schmiedebrücke 21, 1. Etage.

Private, Händler

finden Gelegenheitsposten in Stoffen, Manchester, Baumwollwaren bei
Kempner, Münzstr. 1, II Ecke Breitestr. 43
Bei Vorzeigung dieses Inserats werden außerdem noch 5% Rabatt gewährt. G 462

Erscheint 4 mal monatlich.

Provinz-Bezugsquellen-Verzeichnis

Den Lesern bei Einkäufen empfohlen.

Canth
Kolonial-, Glas-, Porzellanwaren
Vogel, Silber, Ring 34
Manufakturwaren, Konfektion
Stein, Adolf, Ring Nr. 6

Cosel [illegible]

Gastwirtschaft
3. Siegessäule Inh. E. [illegible]
[illegible]

Dyhernfurt
Kolonialwaren, Dest., Fruchte
[illegible], Telephon 25
Uhren, Goldwaren
[illegible], Oder-Str. 30

Bl.-Lissa, Stabelwitz, Kotten, Goldschmieden
[illegible]
Brauer, [illegible]
Bäckereien
[illegible]
Eisen- und Stahlwaren
[illegible], Breslauerstr. 27
[illegible]
Doss, Friedrich, [illegible]
Gastwirtschaften
[illegible]

Kolonialwaren
[illegible], Breslauerstr. 23
[illegible]
Wirt, Carl, [illegible]
Uhren, Goldwaren
[illegible], Breslauerstr. 35
Otto, Oskar, Breslauerstr. 31
Woll-, Weiß-, Kurz-, Spielwaren
Weitsch, G., Kirchstraße 2

Frankenstein i. Schl.
Herren- und Knabengarderobe Spez.: Anfertigung nach Maß
Schneider, Alfred Ring 13
Kolonialwaren, Weine, Liköre, Spirituosen
L. Seibt, Inhaber: H. Seibt
[illegible]
H. Königer, Ring
[illegible]
Kürz, Carl, Ring-Ecke
[illegible]
[illegible], Ring
[illegible]
Uhren, Goldwaren, Optik, Reparat.
Kürz, Carl, Ring-Ecke

Glatz
[illegible]

Leder, Paul [illegible]
[illegible]
Bosuch, Th., [illegible]
[illegible]
J. Reißmeyer jun., Ring 9
[illegible]
Laidenitt, J., [illegible]
Uhren, Goldw., Reparat.
Hampel, Franz, [illegible]

Grottkau
Gastwirtschaft
[illegible]

Herrnstadt
[illegible]
Kah, Joh. [illegible]

Hundsfeld
[illegible]
Kober Hirsch [illegible]
Schießhaus Garten [illegible]
Wagner's Festsäle [illegible]

Koberwitz
[illegible]

Ernten, Putz- und Schuhwaren
Neumann, D., [illegible]

Margareth
Gastwirtschaften
„Jägerheim", [illegible]

Maria-Höfchen
Gastwirtschaften
Miller's Gasthaus Jeden Sonntag: Tanz.
Gemischtwaren
[illegible]

Marschwitz
Gasthaus zum [illegible] Jeden Sonntag Tanz.

Kl.-Mochbern
Gastwirtschaften
[illegible] Gasthaus Jeden Sonntag: Tanz.

Schuhwaren, Schuhmacherei
Lehmann, Walter, Ring 66
Uhren und Goldwaren
Zelder, Carl, Ring 37

Neukirch
Fleischereien
Geisler, R.
Gastwirtschaften
Gastwirtsch. „Zur Eisenbahn"
„Weidmannsruh"
„Deutsches Haus"
Gemischtwaren
[illegible]
Schreiber, Reinhold
Kolonialwaren
Richter, Herm., Inhaber: Er. [illegible]

Obernigk
Gastwirtschaften
„Germania", [illegible] 24

Oppeln
[illegible]
[illegible]
Schreier, Anton [illegible]

Gastwirtschaften
3. Weidegrund, Inh. Richter

Reichenbach
Klempnerei, Installation
Krause, Adolf, [illegible] 6
Mode-Bazar
Danziger, Ludw., Ring
Modewaren, Damenkonfektion, Posamenten, Wäsche

Rothsürben
Bäckerei
Igel, Reinhold
Gemischtwaren
Elsner, Paul, Nr. 58
Saal- u. Garten-Etabl.
Deutsches Haus, Gasthof

Schmolz
Bäckerei- und Gemischtwaren
Alber, Paul
Gastwirtschaft
Rakitz, Otto
Kolonialwaren- u. Schuhwaren
[illegible], Paul

Steine
Bäckerei
[illegible], Alfred
Gemischtwaren
Baumgart, Max
Zimmermann, Richard
Gastwirtschaft

Trachenberg
Destillat., Limonadenfabr., Kolonialwar.
Roßdeutscher, R. Teleph. 56
Eisenhandlung, Baumaterialien, Haus- und Küchengeräte
Berger, Ernst Ring 18
Groß-Destillation
Rißmann, Erich
Kolonialwaren, Zigarren
Tittler, Max, Langestr. 35
Modewarenhaus
Jung, H. Nachflg. Inh. L. Reichel
Modewaren u. Konfektion
Müller, H.
Schuhwaren
Schegulla, Max

Trebnitz
Groß-Destillation
Hiller, W., Langestraße 45
Gastwirtschaften
Konzerthaus, Inh. [illegible] Streng solides Familienlokal Jeden Sonntag: Elite-Ball
Modewaren, Konfektion
Bargel, R., Langestr. 36
Karbe, A., Inh.: Reippert

Wohlau
Kolonialwaren

Donnerstag, den 6. Oktober 1921 Einzelnummer 80 Pf. Das Tagesgespräch

Volkswacht

für Schlesien

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 1.10 Mk., auswärts 1.35 Mk. Anzeigen unter Text 3.30 Mk. auswärts 3.60 Mk. Stellenangebote, Familienanzeigen 0.45 Mk., Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 0.45 Mk. Kleine Anzeigen pro Wort 0.50 Mk., das fette Wort 1.00 Mk. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.
Postscheck-Konto: Postscheck-Amt Breslau Nr. 5852.

Bezugspreis: Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Flurstraße 4/6, durch die Buchhandlung der „Volkswacht", Neue Graupenstraße Nr 5, und durch alle Austräger zu beziehen. Wöchentlich 1.50 Mk., monatlich 6.50 Mk., vierteljährlich 19.50 Mk. (einschließlich Bestellgebühr), durch die Post bezogen vierteljährlich 19.30 Mk.

Industriekapital und Valuta.

Nach der Antwort der bürgerlichen Koalitionsparteien

(Drahtbericht unseres Berliner Büros.)

Der „Vorwärts" veröffentlicht die Antwort der Reichstagsfraktion des Zentrums auf die sozialdemokratische Anfrage, betreffend eine Koalitionsbildung mit der USPD. In dem Antwortschreiben heißt es, daß eine Antwort der Zentrumsfraktion erst dann gegeben werden könne, wenn vorher feststehe, ob die Unabhängige Sozialdemokratische Partei auch einer solchen Erweiterung der Koalition nach rechts zustimmt und ob sie bereit ist, auch ihrerseits die nötigen Voraussetzungen dazu zu schaffen.

Das Zentralorgan der Unabhängigen, die Berliner „Freiheit" nimmt in der heutigen Morgenausgabe zu der Antwort der Koalitionsparteien auf die Anfrage der Sozialdemokratischen Partei kurz Stellung und schreibt u. a.: „Die Antworten sollen offenbar eine Nachahmung der unseren sein, aber sie muten uns an, wie die schlechte Kopie eines guten Originals. Vor allem sind sie ein Ausweichen, sie geben keine Auskunft über die von uns gestellten Fragen, sie sagen insbesondere nichts über unsere Mindestforderungen. Sie lassen sehr deutlich erkennen, daß es den bürgerlichen Parteien darauf ankommt, mit der „Deutschen Volkspartei" zusammenzukommen. Da die Deutsche Volkspartei jedes Zusammengehen mit der unabhängigen Sozialdemokratie ablehnt, so stellt sich die schon an sich nicht ernste Frage, ob wir mit dieser Partei zusammengehen würden, als eine Abschiebung der Verantwortung und damit als rein taktisches Manöver hin. Dabei ist dieses Manöver so durchsichtig, daß es wirklich niemanden täuschen kann: der klare Tatbestand ist, daß es den bürgerlichen Koalitionsparteien um die Verbreiterung nach rechts zu tun ist."

An anderer Stelle sagt das Blatt, nachdem es u. a. eine Äußerung des Volksparteilers Prof. Kahl, der die Koalition unter dem Reichskanzler Wirth als unhaltbar und auf das tiefste erschüttert hinstellt: „Ob sie (die Volkspartei) die geeignete Koalitionsgenossin für die Arbeiterpartei ist, das müssen jetzt die Rechtssozialisten entscheiden."

Die „Freiheit" hat in ihrer Kritik an den Antworten der bürgerlichen Parteien im wesentlichen recht. Nur Verlegenheit und der Gedanke an die Volkspartei, die sowohl dem Zentrum wie den Demokraten lieber ist, konnte die bürgerliche Forderung nach „Aufklärung" zustandebringen.

Auch der „Vorwärts" erkennt an, daß die Antwortschreiben der Koalitionsparteien nicht von ehrlichem Inhalt erfüllt sind, sondern in „höflicher Form so recht bestätigen, daß wohl die Verbreiterung nach rechts gewünscht werde, nicht die nach links." Unter diesen Umständen ist nicht abzusehen — so schreibt der „Vorwärts" — wie zwischen der Sozialdemokratie und den bürgerlichen Parteien eine Entscheidung über die Verbreiterung der Koalition erzielt werden soll.

* * *

Die Anfrage unserer Partei an die Unabhängigen und deren Antwort, hat die ganze Koalitionsfrage schon jetzt bei aller Unerfreulichkeit der Verzögerung doch sehr weitgehend geklärt. Nicht nur die Sozialdemokraten, sondern auch die Unabhängigen haben in ihren Koalitionsbedingungen reinsachliche Forderungen aufgestellt, ohne irgend eine Parteiwegen ihrer Vergangenheit von vornherein für unfähig zu erklären, diese Forderungen zu erfüllen. Anders die bürgerlichen Parteien! Die Volkspartei hat die Bedingungen der beiden sozialdemokratischen Parteien mit keinem Worte sachlich zurückgewiesen und doch schon das Zusammengehen mit der unabhängigen Partei abgelehnt. Sie war also viel vorurteilsvoller und engherziger und viel mehr von rein parteitaktischen Erwägungen erfüllt, als die Unabhängigen, die doch ihrerseits rein stimmungsmäßig viel Verständnis bei ihren Wählern gefunden hätten, wenn sie in ihren Bedingungen eine Koalition mit der Volkspartei ebenfalls abgelehnt hätten und die das doch nicht taten. Die beiden bürgerlichen Koalitionsparteien zeigen jetzt leider ebenfalls Interesse zunächst nicht für die sachlichen Programmforderungen, sondern nur für die parteitaktische Konstellation, die sie nach rechts schieben möchten. Wenn in dieser Situation die Kommunisten schon heute so tun, als ob die Volkspartei mit uns in die Koalition käme, so werden sie wohl in ihren Versammlungen auf die entsprechenden Telegramme aus Berlin erst noch warten müssen. Da die Kommunisten die sachlichen Bedingungen der beiden sozialdemokratischen Parteien für den Regierungseintritt wohl ebenso wenig kritisieren können, wie die Rechtsparteien — aus blinder Unkenntnis un-

Die Bedingungen der Landtagsfraktion für Regierungseintritt.

Die sozialdemokratische Fraktion des preußischen Landtages beschloß für die interfraktionellen Beratungen über die Regierungsbildung, die am Dienstag morgen stattfinden, folgende Forderungen zu stellen:

1. Anerkennung und Verteidigung der Republik,
2. Sicherung des demokratischen Selbstbestimmungsrechts der Bevölkerung in Staat und Gemeinde,
3. Demokratisierung der Verwaltung und Republikanisierung der Schutzpolizei,
4. Sicherung und Ausbau der sozialen Gesetzgebung,
5. Förderung einer grundlegenden Justizreform,
6. Schaffung eines zeitgemäßen Disziplinarrechts,
7. Scharfe Heranziehung des Besitzes zum Ausgleich des Staatshaushalts.

Die Fraktion hält es für selbstverständlich, daß die Unterhändler die einzelnen Punkte in geeigneter Weise erläutern, damit nicht eine Zustimmung nach dem Grundsatz: „Wie ich sie auffasse" erfolgen kann, sondern die Durchführung dieser Forderungen in ehrlicher Weise gesichert wird.

England und das Abkommen Rathenau-Loucheur.

Wie Reuter erfährt, wird das von Rathenau und Loucheur geschlossene Uebereinkommen von den englischen Finanzsachverständigen geprüft. Aus politischen Gründen kann England gegen das Uebereinkommen keinen Einwand erheben. Jeder Plan, der Frankreich bei dem Wiederaufbau seiner verwüsteten Gebiete unterstützt, sollte so wenig wie möglich Widerstand finden. Bis jedoch eine eingehende Prüfung des Abkommens stattgefunden habe, ist es unmöglich festzustellen, wie weit das Abkommen die Verteilung der Reparationen unter die Alliierten in Mitleidenschaft zieht, und ob es mit dem Reparationseinkommen in Einklang zu bringen ist. Bis hierüber Klarheit geschaffen ist, könne man in seinem Urteil nur sehr zurückhaltend sein. Obgleich Loucheur und Rathenau erneut zusammentreffen, um das Abkommen zu unterzeichnen, wird es dennoch erst in Kraft treten, wenn es die Billigung der Reparationskommission gefunden hat.

Die rasende Notenpresse.

Die Entwertung des deutschen Geldes, die sich im Tiefstand der deutschen Valuta am Auslandsmarkt und in den steigenden Preisen im Inlande neuerdings wieder schärfer bemerkbar macht, hat auch auf den Umlauf an Papiergeld zurückgewirkt. In der letzten Septemberwoche wurden 4,2 Milliarden Mark neue Banknoten in den Verkehr gegeben. Da außerdem noch für 7,6 Milliarden Darlehnskassenscheine im Umlauf sind, beziffert sich der Betrag des deutschen Papiergeldes auf insgesamt rund 94 Milliarden Mark. Wenn auch an den Quartalsterminen und insbesondere um den ersten Oktober regelmäßig ein Anwachsen des Notenumlaufes zu beobachten ist, war er doch in diesem Jahre besonders stark und die diesmal erreichten Ziffern stellen Rekordziffern dar. Sie erklären sich zu einem guten Teil daraus, daß noch immer keine neuen Steuern dem steigenden Defizit des Reiches gegenüberstehen, und aus den Reparationsverpflichtungen. Eine schärfere Heranziehung des Besitzes zu den Steuern ist die erste Voraussetzung für eine wirklich durchgreifende Abhilfe, die mit der Stillegung der jetzt überangestrengt arbeitenden Notenpresse beginnen muß. Die zweite, die Abänderung des Friedensvertrages.

Eine aufsehenerregende Verhaftung.

Wie wir zuverlässig erfahren, ist der frühere Landrat von Trebnitz und demokratische Vertreter im schlesischen Provinziallandtage, jetzige Regierungsrat in Schleswig, Dr. Menzel, dort, und zwar auf Anordnung der Strafkammer Oels, verhaftet worden. Die Verhaftung liegt bereits acht Tage zurück. Trotzdem ist der Oeffentlichkeit bisher nicht bekannt, unter welchem Verdacht die Verhaftung erfolgt ist. Dr. Menzel hat sich wegen seiner energischen Tätigkeit in der Entwaffnung und in der Kleinsiedlung mächtige politische Gegner geschaffen, an deren Wirken gegen ihn man unwillkürlich denken muß, wenn man Näheres über diese Aufsehen erregende Verhaftung nicht hört, die übrigens gewissen Stellen schon im Voraus bekannt gewesen sein muß.

Erst freilassen — dann Steckbrief schreiben.

Der Fall Ruge.

Der Oberstaatsanwalt Breslau veröffentlicht einen Steckbrief gegen den deutschvölkischen früheren Privatdozenten Dr. Ruge aus Heidelberg, der als Geheimrat Berger in Schlesien rechtsputschistische Geheimorganisationen leitete. Der Steckbrief erfolgt wegen Verdacht der Geheimbündelei des unbefugten Waffenbesitzes, der Amtsanmaßung, Urkundenfälschung und des versuchten Mordes. Die angeblich so haltlosen Nachrichten der sozialdemokratischen Presse über die Wirksamkeit dieser Organisation, die mit Münchener Stellen in engster Verbindung arbeitete, finden hier eine Erhärtung, die doch manchem zu denken geben wird.

Devisenhilfe und Steuern.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Die Steuerkonferenz der Parteiführer, die am Montag beim Reichskanzler stattfand, ist ziemlich resultatlos auseinandergegangen, weil über die Frage der sogenannten Devisenhilfe keine Klarheit herrschte und insbesondere auch nicht über die Frage, wie diese Devisenhilfe mit den neuen Steuern in Verbindung zu bringen sei. In den nächsten Tagen will der Reichskanzler mit Vertretern der Industrie, des Handels und der Landwirtschaft eine Sitzung abhalten, in der die Frage geklärt werden soll, auf welche Weise und in welcher Höhe und zu welchem Termin die Vertreter des Großkapitals und des Großgrundbesitzes dem Reich ausländische Zahlungsmittel zur Erfüllung seiner Zahlungsverpflichtungen zur Verfügung stellen können und wollen. Erst danach, etwa in der Mitte der nächsten Woche, soll eine neue Parteiführerkonferenz beim Reichskanzler entscheidende Beschlüsse fassen.

Daß der Gedanke der Devisenhilfe überhaupt auftauchte, ist eine Folge des vom Reichswirtschaftsminister, Genossen Robert Schmidt, verfolgten Planes der sogen. Heranziehung der Goldwerte zu den Verpflichtungen des Reiches. Die Unternehmer fühlten sich durch diesen Plan stark beunruhigt und glaubten in dem Angebot einer freiwilligen Devisenhilfe das Mittel gefunden zu haben, um seine Ausführung zu verhindern. Der starke Bedarf des Reiches an auswärtigen Zahlungsmitteln muß, wenn nicht die unerwünschtesten Folgen auf dem Gebiet der auswärtigen Politik entstehen sollen, auf dem kürzesten Weg befriedigt werden. Ein solcher Weg würde sich, wenigstens für den Anfang, bieten, wenn der Plan der freiwilligen Devisenhilfe in weitgehendem Maße zur Verwirklichung gelangen würde. Es ist daher begreiflich, daß dieser Plan etwas Verlockendes hat auch für diejenigen, die weit davon entfernt sind, sein privategoistisches Ziel, die Erleichterung der Großunternehmer von drohenden Steuerlasten, in irgend einer Weise fördern zu wollen.

Eines muß aber von vornherein feststehen, nämlich, daß das Reich auf keinen Fall für ein ihm gespendetes Almosen auf die Rechte verzichten kann, die seiner Steuerhoheit erwachsen. D[illegible] auf alle Fälle verhindert werden, daß der Groß[illegible] bloße Versprechungen hin oder für einen verhältnismäßig nicht ins Gewicht fallenden Betrag von seinen Steuerpflichten gegenüber dem Reiche irgendwie entlastet wird.

Aus dieser Betrachtungsweise könnte man zu dem Ergebnis kommen, daß es überhaupt falsch sei, Steuern und Devisenhilfe miteinander zu verquicken. Und doch besteht zwischen den beiden eine notwendige Verbindung gerade auch für denjenigen, der die Devisenhilfe auf keinen Fall als ein Mittel zur Erleichterung der Steuerlasten betrachten will. Das Reich will ja von den Großbesitzern kein Geschenk haben und darf keines von ihnen annehmen. Was der Großbesitz hingibt, das gibt er hin in Erfüllung seiner Pflichten gegenüber dem Reich, allenfalls als Vorleistung auf diejenigen Leistungen, die aus seiner Steuerverpflichtung erwachsen. Daraus ergibt sich: Es besteht wohl eine Verbindung zwischen Devisenhilfe und Steuern, freilich nicht in dem Sinne, daß sich das Reich für Gefälligkeiten, die man ihm auf dem Gebiete der Devisenhilfe erweist, auf dem Gebiete der Steuern erkenntlich zeigen müßte. Sie besteht nur in dem Sinne, daß die Devisenhilfe irgendwie auf die Steuerleistungen des Großbesitzes in Anrechnung gebracht werden muß.

Die Schwierigkeit der Situation besteht darin, daß das Reich schnell Geld, das heißt ausländische Zahlungsmittel, haben muß, und daß der Weg der Freiwilligkeit ein wesentlich kürzerer ist als der über die Gesetzgebung, die Finanzämter, den Steuereinnehmer. Das Reich kann, wenn es notwendig ist und wenn er sich gangbar erweist, diesen kürzeren Weg gehen, aber die Verrechnung auf dem umständlicheren Wege wird dabei immer notwendig bleiben. Man kann, um einen Vergleichsfall heranzuziehen, daran erinnern, daß unter der Zwangswirtschaft die Landwirte zu bestimmten Leistungen gegen be-

[illegible] in ausländischen Geldsorten zu veranlassen, so wird man sich damit abfinden können. Auf entschiedenen Widerspruch müßte aber der Versuch stoßen, dem Großbesitz für seine vorzeitigen Leistungen noch besondere Privilegien zuzubilligen.

In der allernächsten Zeit muß sich herausstellen, ob vom Großbesitz überhaupt vorzeitige Leistungen in solcher Höhe zu erwarten sind, daß das Reich bei der Erfüllung seiner Reparationspflichten erheblichen Vorteil haben könnte. Es sind sehr verschiedene Beträge genannt worden, zum Teil sehr hohe, zum Teil auch so niedrige, daß es sich überhaupt nicht verlohnen würde, dem Gedanken weiter nachzugehen. Es muß also noch klare Antwort geschaffen werden auf die Fragen, was, wann, wie und wieviel. Erst dann wird man weiter reden können.

—r.

Handwerkertöchter, Kartoffelpreise und Lehrlingsarbeit im Landtag.

Wer vieles bringt, wird jedem etwas bringen. — Nach diesem Gesichtspunkt waren offenbar die Redner der heutigen Landtagsdebatte orientiert. Man glaubt gar nicht, worüber sich bei so einer Haushaltsdebatte alles reden läßt. Da versichert der würdige Herr Esser mit dem wallenden Zentrumsbart, daß er auch schon davon gehört habe, die Handwerkertöchter heiraten neuerdings lieber Beamte, als junge Handwerkersöhne. Man denke auch schon daran, hiergegen etwas zu tun. Die armen Handwerkertöchter! Minister Fischbeck bot dann in einer ellenlangen Rede erst recht ein Leipziger Allerlei und leistete sich dabei vielfach recht veraltete Anführen, über die sich auch mancher seiner Parteifreunde etwas wundern dürfte. Der deutschnationale Janssen, eine erheiternde Erscheinung, von stellenweise recht unfreiwilliger Komik, wollte seinen Parteifreund v. d. Osten, dessen klassischen Ausspruch, daß ein höherer Kartoffelpreis als 25 Mark offenbarer Wucher sei, sich die Linke gut gemerkt hat, gern heraushauen. Er stotterte aber vornehmlich dabei und erzielte lediglich einen Heiterkeitserfolg. Einig waren sich alle Redner in der Verurteilung der landesverräterischen Devisenspekulation, aber mit platonischem Bedauern ist da nichts getan, wenn man sich nicht entschließen kann, diesen Burschen mit energischen Maßnahmen ihr unsauberes Handwerk zu legen.

Eine Verschärfung der Börsenbesteuerung.

Die Reichstagsfraktion der USPD. brachte laut „Freiheit" einen Gesetzentwurf ein, nach dem aller Handel an der Börse der Umsatzsteuer unterworfen werden soll. Der Entwurf unterscheidet drei Steuerklassen: Besteuerung von Händlergeschäften, wobei sämtliche Vertragsteilnehmer Händler sind, Besteuerung von Kundengeschäften, wenn nur der eine Vertragsteil inländischer Händler ist, und Besteuerung von Privatgeschäften. Händlergeschäfte sind am niedrigsten, Kundengeschäfte höher und Privatgeschäfte am höchsten zu besteuern. Die Steuer ist von beiden vertragschließenden Teilen je zur Hälfte zu tragen. Auch der finanzpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates wird sich in der nächsten Zeit mit derselben Frage befassen, und zwar insbesondere mit Maßnahmen, die geeignet sind, durch eine Kontrolle des Devisenverkehrs und der Umsätze in ausländischen Zahlungsmitteln die Spekulation einzudämmen.

Der Schutz der Uniform.

In den jetzt vom Reichskanzler erlassenen Ausführungsbestimmungen zur Verordnung des Reichspräsidenten betreffend das Verbot des Tragens der Militäruniform vom 30. August wird bestimmt, daß die zum Tragen der Militäruniform berechtigten ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Macht dieses Recht in folgenden Fällen ausüben dürfen: A) Bei Kirchgängen und hohen kirchlichen und gesetzlichen Feiertagen. B) Bei wichtigen Familienfeierlichkeiten und Dienstjubiläen. C) Bei Leichenbegängnissen von Kameraden. D) Bei Teilnahme an Festlichkeiten und kameradschaftlichen Zusammenkünften von Reichswehrangehörigen. E) Bei solchen feierlichen Veranstaltungen unpolitischer Vereine, hinsichtlich deren der zuständige Wehrkreiskommandeur (Marine-Stations-Chef) die Teilnahme von Reichswehrangehörigen ausdrücklich genehmigt hat. Die Uniform muß mit den für ehemalige Heeres- und Marineangehörigen vorgeschriebenen Abzeichen versehen sein. Verboten ist das Tragen von Bändern, Armbinden, Vereinsabzeichen u. dergl., deren Tragen zur Militäruniform nicht ausdrücklich genehmigt ist. Die Bekleidungsbestimmungen, die für die im Dienst der Friedenskommissionen stehende inaktive Offiziere gegeben sind, werden hierdurch nicht berührt. Das bisherige Recht der Generalfeldmarschälle zum Tragen der Uniform bleibt unberührt.

U. S.-Parteitag.

Das Zentralkomitee der USPD. hat, laut „Freiheit", beschlossen, den nächsten Parteitag zum 8. Januar 1922 nach Leipzig einzuberufen.

Auf der Tagesordnung steht u. a. auch: „Bericht der Programmkommission".

Ein unpolitischer Beschluß der Pazifisten.

Heute hielt die deutsche Friedensgesellschaft als Auftakt zum pazifistischen Kongreß in Essen ihre Hauptversammlung ab. Professor Quidde äußerte sich über die verschiedenen Strömungen des Pazifismus. Anstelle des erkrankten Abgeordneten Ströbel sprach Hans Schwann aus Berlin über Pazifismus und Bürgerkrieg. Die Regierung müsse sich auf eine militärische Macht stützen, wenn sie sich behaupten wolle. Die Gefahren nationalistischer Putsche seien zwar vorhanden, aber nicht groß. Die deutsche Friedensgesellschaft fordert von der Reichsregierung, daß sie die besitzenden Klassen in erster Linie zur Steuer heranziehe. Ein Vertreter der Berliner Ortsgruppe brachte einen Antrag ein auf Abschaffung der Reichswehr, die ein Herd der Reaktion sei, und die Arbeiterschaft provoziere, überflüssig sei und große Geldopfer erfordere. Herr von Gerlach trat energisch gegen den Berliner Antrag auf. Jede Regierung müsse sich auf eine bewaffnete Macht stützen können, weil sonst die Gefahr reaktionärer und revolutionärer Putsche uns zwingen würde, die Schutzpolizei noch mehr als bisher zu militarisieren. Bei der Abstimmung über den Antrag ergaben sich 134 Stimmen für den Antrag und 42 dagegen. Professor Quidde erklärte hierauf, daß er nicht mehr in der Lage sei, nach Annahme des Berliner Antrages die Geschäfte weiter zu führen. Ihm schloß sich mit der gleichen Erklärung Herr von Gerlach an. Unter großer Unruhe endete die Versammlung. —

Ein sozialdemokratisches Finanz-Programm für Oesterreich.

Aus Wien wird uns geschrieben:

Man glaubt in Deutschland die Katastrophe, der Oesterreich zueilt — ja mitten in der Oesterreich bereits steht — zu verstehen, wenn man sich unser Elend als eine Vervielfachung des deutschen Elends vorstellt. Die deutsche Mark sinkt, die österreichische Krone sinkt noch stärker. Deutschland wird infolgedessen allmählich von dem Kapital der Siegerländer aufgekauft, zu einem Kolonialland des Ententeimperialismus, Oesterreich desgleichen oder noch etwas mehr. Der Unterschied ist nur graduell, ist in Ziffern und Prozenten zu erfassen. Wenn aber irgendwo, so schlägt hier die Quantität in die Qualität um. Wenn in Zürich am 2. Oktober die Mark 4.75 Centimes notierte, die österreichische Krone aber nur ein Viertel eines Centimes (genau 0,26), wenn die österreichische Krone also nicht weit von Null entfernt ist, muß man doch den qualitativen Unterschied zwischen dem deutschen und dem österreichischen Elend erkennen. Noch genauer vielleicht, wenn wir die Verschiebungen der Kurse der ausländischen Valuten in Oesterreich im Verlauf weniger Monate zusammenstellen. Es kostete in Wien:

	Mitte Mai		28. September	
ein Dollar (im Frieden gleich 5 Kronen)	547	Kronen	2357	Kronen
ein Pfund Sterling (= 24 Kronen)	2015	„	9600	„
ein schweizer Franc (= 95 Heller)	88	„	435	„
ein französischer Franc (= 95 Heller)	46.40	„	182.50	„
eine Mark (= 1 Krone 20 Heller)	9.24	„	20.58	„
eine [illegible] Krone	8.07	„	25.95	„

Im Verlaufe von viereinhalb Monaten ist also die Krone auf ein Drittel bis ein Fünftel ihres Wertes gesunken, der damals bereits als der tiefste angesehen wurde und noch ist ein Ende nicht abzusehen. Dabei ist der Anfangstermin, Mitte Mai, nicht willkürlich gewählt, sondern es ist gerade jener Zeitpunkt, da die Entente mit der Sanierung Oesterreichs Ernst zu machen erklärte, da die Delegierten des Völkerbundes in Wien ihre Studien beendet hatten und ihr Rettungsprogramm veröffentlichten.

Mag man immerhin aus diesen Ziffern schließen wollen, daß, wenn die Mark 20 österreichischen Kronen entspricht, das Elend Oesterreichs eben zwanzigmal so groß, wie das Deutschlands, also noch mit diesem vergleichbar ist, so wird man dieses Messen aber aufgeben, wenn man die Gründe des beiderseitigen Elends betrachtet. Gewiß entspringt das Elend beider deutscher Staaten aus dem Friedensdiktat der Sieger. Nur mit dem Unterschied, daß der Friedensvertrag von Versailles dieses Elend hervorgerufen hat, indem er Deutschland unerträgliche Lasten auferlegte, während das Verbrechen des Vertrags von St. Germain nicht nur in den unerträglichen Lasten liegt, die es Oesterreich auferlegte, sondern darin, daß er Oesterreich von vornherein als einen lebensunfähigen Staat einrichtete, als einen Staat, der weder Getreide, noch Kohle, noch Rohstoffe in nennenswerter Menge erzeugt, dessen Einfuhr also rund fünfmal so groß ist, als seine Ausfuhr, dessen Valuta also infolgedessen ständig sinken muß.

Nun wäre es allerdings möglich, das Defizit der Handelsbilanz durch die Steigerung des Exportes hochwertiger Industrieerzeugnisse allmählich herabzudrücken, indem ausländische Kapitalisten uns die Rohstoffe liefern, die wir dann verarbeitet wieder exportieren würden, sodaß also der Staat in der Form eines Lohnarbeiters des ausländischen Kapitals notdürftig existieren könnte. Bis aber dieses System der Lohnknechtschaft eingerichtet ist, müßte ihm das Leben durch ausreichende Kredite nicht nur zur Deckung des staatlichen Defizits sondern auch zum Einkauf der Lebensmittel und der Rohstoffe ermöglicht werden. Das ist der Sinn der Kreditaktion, die die Entente mit so großem Tamtam eingeleitet hat, die aber bisher über Versprechungen nicht hinausgekommen ist. Zuerst wurden Kredite versprochen, die uns über zwei Jahre hinweghelfen sollten, innerhalb welcher wir zugleich durch innere Maßnahmen den Staatshaushalt in Ordnung bringen sollten. Während man anfangs einen Kredit von fünf Millionen Pfund in Aussicht stellte — der für den angeführten Zweck viel zu gering ist — hat man dann, als man sah, daß man auch diese fünf Millionen nicht aufzubringen vermochte, uns mit der Hoffnung auf Vorschüsse hingehalten und diese Vorschüsse dem Finanzminister, als er nach Paris, London und Genf fuhr, mit zwei Millionen in Aussicht gestellt. Aus diesem Vorschuß wurde allmählich ein „Vorschuß auf den Vorschuß" im Betrage von 500 000 Pfund. Aber selbst dieser blieb ein Versprechen und nicht besser wurde es mit dem „zwischenweiligen" Vorschuß von 200 000 Pfund, bei dem man zuletzt angelangt ist und den man als unmittelbar bevorstehend verspricht.

Unter solchen Umständen ist es nicht zu verwundern, daß die Krone auf jenem katastrophalen Tiefstand angelangt ist, der kaum mehr eine Verschleierung des Bankerotts darstellt. In demselben Maße, in dem die Krone sinkt, steigen die Preise aller Lebensmittel und das Ergebnis sind Lohnkämpfe der Arbeiter und Angestellten und Beamten, ist auch eine wilde Valutaspekulation, da jeder Mensch, der halbwegs kann, die wertlose Krone in fremden Valuten umtauscht. Das wirkt natürlich wieder auf die Krone zurück und bringt den ganzen Staatshaushalt in noch größere Unordnung.

In diesem Augenblick, da die Regierung sich außerstande zeigt, den katastrophalen Sturz in den Abgrund zu verhindern und die Entente mit der Erfüllung ihrer Versprechungen zögert, ist die Sozialdemokratische Partei gemeinsam mit den Gewerkschaften und Genossenschaften mit einem Finanzprogramm an die Oeffentlichkeit getreten, um aus der heimischen Volkswirtschaft und namentlich aus dem heimischen Kapital alles hervorzuholen, was den Zusammenbruch noch im letzten Augenblick verhindern kann.

Dieses Finanzprogramm fußt im wesentlichen auf folgende Prinzipien:

An die Spitze wird eine vollständige Reorganisation des eingerosteten und nicht mehr leistungsfähigen Apparates der Steuerbehörden gestellt: die Reorganisation soll einem mit besonderen Vollmachten ausgestatteten, dem Nationalrat unmittelbar verantwortlichen Beamten übertragen werden; worin die bürgerliche Presse mit Recht ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung erblickt. Unmittelbar daran schließt sich die Forderung nach einer Novellierung des Gesetzes über die Vermögensabgabe im Sinne der seinerzeit abgelehnten sozialdemokratischen Anträge. Diese gingen damals auf das, was man in Deutschland die Erfassung der Sachwerte nennt: auf Gratisaktien von den Aktiengesellschaften und Hypotheken vom Grundbesitz. Das Gesetz über die Vermögens-

---

100%

Roman eines Patrioten.

Von Upton Sinclair.

Amerikanisches Copyright by Malik-Verlag, Berlin-Halensee.

8] (Nachdruck verboten.)

IX.

Peter entdeckte, daß er im Spital etwas wie eine Berühmtheit sei. Er war der „Zeugenstar" im [illegible] Fall Gardner, über den die ganze Stadt, ja das ganze Land sprach. Es war bekannt, daß er „Staatszeuge" geworden, [illegible] er jedoch sagte und was er verraten [illegible], blieb ein dunkles Geheimnis, und Peter „hielt das Maul", [illegible] gewichtig drein und freute sich seiner Bedeutsamkeit.

Doch lag kein Grund vor, [illegible] er nicht den Reden der anderen lauschen, kein Grund, weshalb er sich nicht über den [illegible] Fall informieren sollte, auf daß er künftighin für sich selbst [illegible]. Er hörte an, was der „Alte" Dachmann zu sagen [illegible], was Jen Christian, der schwedische Wäscher, dazu meinte, [illegible] was Gerald Leslies, des Kohlenziehers, Ansichten waren. [illegible] Leute und auch noch andere Insassen des Spitals hatten [illegible] Freunde, die etwas „Genaues" wußten. Die einen [illegible] das eine, die anderen das gerade Gegenteil; Peter [illegible], verband die Naben, bewahrte seinen scharfen Verstand und glaubte bald, nun wisse er die Wahrheit über den Fall.

Jim Gardner war ein bekannter Arbeiterführer. Er hatte [illegible] organisiert, hatte einen großen Streik [illegible] und durchgeführt. Er hatte auch [illegible] organisiert, etliche Leute behaupteten, er habe [illegible] Gebäuden Dynamit [illegible]; [illegible] Witz. Jedenfalls [illegible] unterbringen, wo er sie nicht mehr [illegible], und da ein [illegible] die Parade gegen den [illegible] gemacht hatte, glaubten die [illegible] günstige Gelegenheit gekommen. [illegible], der sich mit Peter [illegible] hatte, [illegible]

[illegible], und die Zeitungen der Stadt betrieben eifrige Propaganda, um das Publikum auf die Hinrichtung aller fünf vorzubereiten.

All dies war natürlich [illegible]. Jim Gardner war [illegible] ein Name für Peter, weit weniger wichtig, als eine einzige von Gussys Mahlzeiten. Peter begriff Guffeys Vorgehen, nahm ihm bloß übel, daß er ihm nicht gleich die Geschichte erzählt und ihm so die Schmerzen erspart habe. Wahrscheinlich aber, dachte Peter, wollte Guffey ihm eine Lektion geben, um sich seiner zu vergewissern. Peter hatte die Lektion gelernt, nun galt es Guffey und Dachmann dies zu beweisen.

„Halten Sie das Maul", hatte Guffey gesagt, und Peter sprach kein Wort über den Fall Gardner. Aber er redete selbstverständlich über andere Dinge. Man konnte doch nicht den ganzen Tag über [illegible] wie eine Mumie umhergehen; außerdem gehörte es zu Peters Schwächen, daß er gerne von seinen Erfahrungen sprach, von den [illegible] Kniffen, vermittels welcher er den letzten „Alten" [illegible] hatte. So kam es, daß er Gerald Leslie, dem Kohlenzieher, die Geschichte von Pericles Priam erzählte; berichtete, wie er geholfen hatte, dem Publikum viele tausend Dollars zu entlocken und wie er und Pericles zweimal wegen Betrugs verhaftet worden waren. Auch sprach er vom Tempel des [illegible] und von den [illegible] und unglaublichen Dingen, die sich dort zugetragen hatten. [illegible], der sich den Hauptmeister des [illegible] nannte, behauptete seinen Anhängern gegenüber, [illegible] Jahre zu zählen, tatsächlich aber war er noch unter dreißig. Er gab sich als persischer Prinz aus, doch war er in einer kleinen Stadt Indianas geboren und hatte seine Laufbahn als Austräger in einem Kolonialwarengeschäft begonnen. Es wurde erzählt, er lebe bloß von einer Handvoll Früchte, aber Peter mußte jeden Tag helfen, ein großes Beefsteak oder ein gebratenes Huhn zuzubereiten. Dies seien Opferspeisen, erklärte der Prophet seinen Jüngern; Peter erhielt die Ueberreste der Opferspeisen und verzehrte sie andächtig hinter der Tür des Dienerzimmers. Dies war ein Teil seiner Priesterbelohnung gewesen, die ihm gewährt ward, weil er vor dem Vermögen die [illegible] des Majordomus Tröchfer [illegible].

Dieser Tempel des [illegible] war ein wunderbarer Ort [illegible], es gab dort [illegible]

ihren Automobilen zum Tempel gefahren kamen. Zum Tempel hatte auch eine Schule gehört, in der Kinder in die Geheimnisse des Kultus eingeweiht wurden. Der Prophet führte diese Kinder auch in seine Privatgemächer und schreckliche Gerüchte entstanden — die schließlich dazu führten, daß die Polizei auf den Tempel eine Razzia veranstaltete, der Prophet floh, mit ihm der Majordomus und auch Peter Gudge, Küchenjunge und Helfershelfer.

Es belustigte Peter, Gerald Leslie seine Abenteuer aus der „Apostolischen Kirche" zu erzählen, in deren Kirchengemeinschaft er zufällig geraten war, als er nach einer Beschäftigung suchte. Peter hatte sich der Sekte angeschlossen, hatte die Kunst: „in Zungen zu reden" erlernt, verstand gar bald, in verkrampfter Verzückung über die himmlische Glorie von seinem Stuhl zu fallen. Es gelang ihm, das Vertrauen des hochwürdigen Gamaliel Lunk zu erwerben, der ihn im Geheimen dazu verwendete, Propaganda für seine Gehaltserhöhung zu treiben. Doch erfuhr Peter gewisse Dinge, die ihn veranlaßten, zu der Partei des Schusters Smither überzugehen, der der Gemeinde einzureden versuchte, er vermöge krampfhafter und stärker zu „rollen", als der hochwürdige Gamaliel. Peter hatte seinen Posten erst wenige Tage innegehabt, als man ihn hinauswarf wegen eines Pfannkuchens, den er gestohlen hatte.

X.

All dieses und noch anderes berichtete Peter in dem Glauben, er sei jetzt, unter dem Schutze der Behörden, völlig sicher. Nach zwei im Spital verbrachten Monaten jedoch wurde er eines Tages ins Büro gerufen, wo Guffey stand und ihn voll schwarzer Wut anstarrte. „Sie verdammter Esel!" waren Guffeys erste Worte.

Peters Knie knickten ein, seine Zähne schlugen gegeneinander. „Wie?" rief er.

„Sagte ich Ihnen denn nicht, Sie sollten das Maul halten?" Guffey sah drein, als wolle er abermals Peters Gelenk umdrehen.

„Herr Guffey, ich habe keiner Menschenseele ein Wort gesagt, habe über den Fall Gardner kein einziges Wort gesprochen."

Sturzflutartig kamen Peters Proteste, aber Guffey fiel ihm ins Wort:

„Halten Sie das Maul, Sie Narr. Vielleicht haben Sie nicht über den Fall Gardner geredet, jedenfalls aber haben Sie [illegible]

abgabe hatte aber noch einen weiteren entscheidenden Fehler darin, daß es als Stichtag für den Stand des Vermögens den 30. Juni vorigen Jahres festsetzte, an welchem Tage die Krone einen relativ besonders hohen Kurs von vier Schweizer Centime hatte. Da sie jetzt auf ein Sechzehntel dieses Wertes gesunken ist und die Abstallungsfristen sehr lang bemessen wurden, verlangt der Finanzplan neben der Verkürzung der Fristen einen der Geldentwertung entsprechenden Zuschlag, der auf einmal, und zwar in barem, von Aktiengesellschaften auf Verlangen in Gratisaktien, von Grundbesitzern in Hypotheken zu zahlen ist. Im Anschluß hieran ist auch eine ausgiebige Heranziehung des Grundbesitzes zu den Lasten des Staates vorgesehen, da die Grundsteuer bloß das Dreifache des Friedensbetrages beträgt, während das Einkommen der Bauern auf das Dreihundertfache gestiegen ist. Es wird also zunächst eine Erhöhung der Grundsteuer auf das Hundertfache und die Vorbereitung der Schaffung einer progressiven Gutsertragssteuer verlangt. Ganz neu ist die Art der Besteuerung der Industrie, wobei sich das Programm an die von dem bürgerlichen Nationalökonomen Dr. Stolper propagierten Ideen hält, durch die die Arbeit der Steuerbehörden nahezu vollständig ausgeschlossen wird. Die einzelnen Industriezweige werden in Industrieverbänden organisiert, die von einem aus Unternehmern, Arbeitern und Konsumenten paritätisch zusammengesetzten Verwaltungsausschuß geleitet werden. Der Staat legt der gesamten Industrie eine Gesamtsteuer auf, die von ihr auf die einzelnen Industrieverbände, von diesen auf die einzelnen Unternehmungen aufgeteilt wird — wobei auf die Exportfähigkeit und die Verhältnisse jeder Industrie leicht Rücksicht genommen werden kann. Die bestehenden Bundesbetriebe (Bahnen, Post, Telegraph, Telephon, Forste, Domänen und Monopole) sind in gemeinwirtschaftliche Anstalten mit kaufmännischer Leitung und Buchführung umzuwandeln. Ebenso sind auch die neuen Monopole — es werden solche für den Großhandel mit Spiritus und Petroleum, sowie für die Zündhölzererzeugung vorgeschlagen — als gemeinwirtschaftliche Anstalten, in besonderen Fällen, wo eine Beteiligung ausländischen Kapitals nützlich ist, als gemischtwirtschaftliche Anstalten, einzurichten.

Um die ausländischen Valuten und Devisen zu erfassen, ist eine Zwangsanleihe in der Form einer Anforderung von Valuten, Devisen und ausländischen Effekten auszuschreiben, wofür die Eigentümer Staatsschuldverschreibungen erhalten, die innerhalb zehn Jahren ausgelost und in der abgelieferten Valuta zurückgezahlt werden, während die Zinsen in Kronen nach dem Kurs der betreffenden Valuta gezahlt werden. Durch Auslandskredite soll ein großes Investitionsprogramm, das vor allem den Wohnungsbau berücksichtigt, ermöglicht werden.

Es ist klar, daß dieses Programm allein Oesterreich noch nicht lebensfähig macht; es soll aber den weiteren Sturz unserer Volkswirtschaft, und damit den drohenden Zusammenbruch, verhindern. Man wird ja sehen, wie sich die Regierung und wie sich die bürgerlichen Parteien zu diesem Programm verhalten werden. Sollten die bürgerlichen Klassen zu dem Opfer, das ihnen da zugemutet wird, nicht bereit sein, ist der Zusammenbruch unvermeidlich, der ihnen noch weit größere Opfer auferlegen wird.

G. P.

Vom Völkerbund.

Die Völkerbundsversammlung hat verschiedene Kommissionsanträge über die neue Fassung des Artikels 16 angenommen. Danach steht dem Rate das Recht zu, ein Gutachten darüber abzugeben, ob der Bruch des Paktes vorliegt oder nicht, wobei die des Paktbruches angeklagten Völkerbundsmitglieder und die Mitglieder, gegen die sich die kriegerische Aktion richtet, nicht mitstimmen dürfen. Der Rat hat die Zwangsmaßnahmen mitzuteilen, kann jedoch gewissen Mitgliedern eine Verschiebung der Maßnahmen gestatten, falls damit der Zweck besser erreicht wird. Schließlich wurde ein Kommissionsantrag angenommen, in dem der Abbruch der Beziehungen nicht mit den Staatsangehörigen des paktbrüchigen Landes überhaupt, gleichviel in welchem Lande sie leben, sondern nur mit den Bewohnern des betreffenden Staates gefordert wird, entgegen dem Antrage des französischen Delegierten Regnault. Vor der Abstimmung wies besonders eindringlich der schweizerische Delegierte Motta auf die Unmöglichkeit, dem französischen Antrag Folge zu leisten, hin. Bei der Abstimmung enthielt sich die französische Delegation der Stimme. Nach der neuen Fassung sind die Beschlüsse der Versammlung nach spätestens innerhalb 22 Monaten vorzunehmender Ratifikation giltig. Bis dahin sollen die wirtschaftlichen Sanktionen im Geiste der heutigen Beschlüsse gehandhabt werden.

In der Sitzung nahm die Völkerbundsversammlung nach Erledigung des Blockadeartikels einen Antrag der ersten Kommission (Rechts- und Verfassungsfragen) an, der die Beratung des argentinischen Antrages auf Abänderung des Artikels 1 des Paktes auf das nächste Jahr verschiebt. Im Zusammenhang mit dem Fernbleiben Argentiniens berührten die Delegierten der südamerikanischen Staaten auch die Frage des Beitritts der Vereinigten Staaten, der, gleichviel in welcher Form, ein erstrebenswertes Ideal sei. In der ersten Kommission (Rechts- und Verfassungsfragen) setzte sich der französische Delegierte Noblemaire für die Beibehaltung der gegenwärtigen Mitgliederzahl und der gegenwärtigen Mitglieder des Völkerbundsrates ein, das sei schon aus Rücksicht auf die oberschlesische Frage empfehlenswert, denn die Lösung dieses Problems müßte von der Autorität des Völkerbundsrates getragen sein. Er kam im übrigen noch einmal auf seine große Rede vom Sonnabend zurück und erklärte, wie schon früher, daß Frankreich grundsätzlich der Aufnahme Deutschlands nicht feindlich gegenüberstehe, daß Frankreich aber nicht auf Artikel 1 des Paktes verzichten könne, der die Einhaltung der übernommenen Verpflichtungen fordert.

Urteil im Tiszaprozeß.

Die „Vossische Zeitung“ meldet aus Budapest: Nach fünfmonatigem Verfahren wurde das Urteil im Tisza-Prozeß gefällt. Paul Keri wurde wegen Anstiftung zur Ermordung Tiszas zum Tode, Marcel Gärtner wegen Mitschuld an der Ermordung zu 14 Jahren Zuchthaus verurteilt; die übrigen wurden freigesprochen. (Die übrigen waren z. T. bekannte, heute reak-

Gewerkschaftsbewegung.

Der Kampf gegen das Trinkgeld.

Die Reichshauptstadt steht augenblicklich im Zeichen eines Streikes, der weit über ihre Grenzen hinaus Bedeutung hat. Es handelt sich bei ihm nicht so sehr um Lohnerhöhung oder Arbeitszeitverkürzung, das eigentliche Streikobjekt ist von grundsätzlicher Bedeutung, denn es handelt sich um die Abschaffung des Trinkgeldunwesens im Gastwirtsgewerbe.

Unmittelbar nach der Revolution gelang es, den Gastwirtsgehilfen in vielen Städten, das Trinkgeld zu beseitigen. Diese Art der Entlöhnung wurde von der Gehilfenschaft als unwürdig empfunden und man forderte daher feste Löhne, die die Existenz der Kellner und andere im Gastwirts- und Hotelgewerbe beschäftigter Personen unabhängig macht von der Güte oder dem Geldbeutel des Gastes. Den Unternehmern war das Trinkgeldwesen natürlich sehr bequem, weil sie dadurch für das Personal keine besonderen Aufwendungen zu machen hatten und weil die Kellner und übrigen Angestellten dadurch geradezu gezwungen waren, bis an die äußerste Grenze ihrer Leistungsfähigkeit zu schaffen. Das Trinkgeldwesen ist und bleibt einer der gefährlichsten Gegner des Achtstundentages.

Im Laufe der Zeit gelang es den Unternehmern, die Trinkgelder wieder einzuführen und somit die Bezahlung ihres Personals den Gästen zur Last zu legen. In diesem Sommer war es das erste Mal, daß verschiedene Unternehmerverbände, besonders die der Badeorte, mit ihrem Personal Abmachungen trafen, in denen ausdrücklich betont wurde, daß man keinen Garantielohn zahle, sondern daß das Personal ganz auf Trinkgelder angewiesen sei. Die guten Erfolge, die die Unternehmer damit offenbar gehabt haben, haben nun auch die Berliner bestimmt, den Kampf mit ihrem Personal aufzunehmen. Um von vornherein die Front der Arbeitnehmer zu teilen, wurde dem Küchenpersonal der Lohn bedeutend erhöht. Den Kellnern aber machte man keine Zugeständnisse, man bestand darauf, daß sie von der Zeche ihrer Gäste 10 Prozent als Bedienungsgeld abziehen sollten. Da eine Einigung nicht zu erzielen war, wurde der Schlichtungsausschuß angerufen, der einen Schiedsspruch fällte, wonach ein bestimmter Lohn und 3 Prozent des Umsatzes dem Personal zusteht. Die Arbeitnehmer nahmen, weil in dieser Situation ein günstigeres Ergebnis nicht zu erzielen war, den Schiedsspruch an, aber die Arbeitgeber, die sich vorher kartelliert hatten, lehnten den Schiedsspruch ab. Daraufhin wurde am Sonnabend der letzten Woche der Streik erklärt und seitdem ruht in Berlin fast der Betrieb aller großen Hotels, Kaffeehäuser und Bierlokale.

Die Gründe, die die Unternehmer veranlassen, so hartnäckig am Trinkgeldsystem festzuhalten, sind bekannt. Es nimmt auch nicht Wunder, daß die Kellner der Luxuslokale mit dem Trinkgeldwesen ganz zufrieden sind, da ihre Einnahmen nicht unbeträchtlich sein dürften. Die organisierte Arbeiterschaft aber hat an diesem Entlohnungssystem kein Interesse und alle Veranlassung, die Gastwirtsgehilfen im ganzen Reiche in diesem Kampf zu unterstützen. Wie der Arbeiter in der Fabrik, der Angestellte oder Beamte im Kontor, so leistet auch der Gastwirtsgehilfe Arbeit für seinen Arbeitgeber und dieser hat natürlich die Verpflichtung, ihn auch seiner Leistung entsprechend zu bezahlen. Es ist noch keinem Unternehmer in der Industrie oder sonstwo eingefallen, seine Arbeiter anzuweisen auf das Trinkgeld, das der Käufer einer Maschine oder sonst eines Gegenstandes zahlen müßte. Wie in Industrie und Handel feste Löhne gezahlt werden, so muß auch im Gastwirtsgewerbe endlich dieses System der Lohnzahlung eingeführt werden.

Das liegt nicht nur im Interesse der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft. Das ist eine dringende soziale Forderung, die auch dem Kellner eine gesicherte Existenz und vor allen Dingen eine Bezahlung bringen soll, die eines freien Arbeiters würdig ist.

* * *

Zum Streik im Gastwirtsgewerbe wird mitgeteilt, daß die Arbeitgeber Verhandlungen mit den Angestellten weiterhin ablehnen, solange die Terrorakte der Ausstän...

gestern abgehaltene Funktionärversammlung der Gastwirtsangestellten hat beschlossen, die Durchführung der Notstandsarbeiten, sowie die Bedienung der Mitglieder der Ententekommissionen durch die Streikenden selbst zu übernehmen, sodaß ein Eingreifen der technischen Nothilfe sich erübrigen würde.

Zum Streik der Bäcker im Breslauer Konsum-Verein.

Die Vereinigung Breslauer Arbeitgeberverbände berichtet in der Mittwochnummer der „Breslauer Morgenzeitung“ über den Streik, und stellt dabei unwahre Behauptungen auf.

Sie sagt unter anderem: Der Schlichtungsausschuß Breslau habe unter dem 30. September den Standpunkt der Direktion gutgeheißen oder anerkannt.

Dieses trifft keineswegs zu. Der Schlichtungsausschuß Breslau hat in dieser Streitsache überhaupt keine Beschlüsse gefaßt und auch seine Stellungnahme keineswegs präzisiert.

Der Schlichtungsausschuß hat sich lediglich unter dem Vorsitz des Herrn Dr. Thiede die größte Mühe gegeben, einen Vergleich herbeizuführen, der aber an der Hartnäckigkeit der Direktion des Breslauer Konsumvereins und ferner an der Stellungnahme des Vertreters der Arbeitgeberverbände, Herrn Krüger, scheiterte.

Ferner muß richtig gestellt werden, daß nicht die Arbeitnehmer Tarifbruch begangen haben, sondern die Direktion des Breslauer Konsumvereins. Im bestehenden Tarif sind die 8stündige tägliche Arbeitszeit und die Wochenlöhne festgelegt, und diese Regelung sollte durch die willkürliche Verkürzung der Arbeitszeit von 8 Stunden auf 5½ Stunden beseitigt werden.

Also nicht die Arbeitnehmer haben den Tarif gebrochen, sondern die Arbeitgeber. Wir überlassen somit der Bevölkerung Breslaus das Urteil.

Landarbeiterversammlung in Kleitendorf.

In einer sehr gut besuchten Landarbeiterversammlung sprach am Dienstag, den 4. Oktober, der Gauleiter Bienst aus Liegnitz über das Thema „Die Landarbeiter einst und jetzt“.

Zeigte schon der zahlreiche Besuch, daß die Landproletarier erwacht sind, so kam dies während des Vortrages noch mehr zum Ausdruck. Der Redner wurde oftmals durch lebhaften Beifall unterbrochen. Er beleuchtete die rechtliche und wirtschaftliche Lage der Landarbeiter. Ausgehend von der Gesindeordnung zeigte er den Zuhörern, mit welcher Gewalt sie niedergehalten durch die Willkür der Junker wurden, und ging dann zur Gesetzgebung der Neuzeit über. Eingehend besprach der Vortragende die wirtschaftliche Lage der Land- und Forstarbeiter, Guts-Handwerker und Schweizer. Skandalös sind die Zustände an den Orten, wo Kapital und Junkertum die von der Arbeiterschaft erzeugten Güter und Reichtümer verprassen. Eine Lohnzulage für die Landarbeiter soll bei der schlechten Ernte nicht möglich sein, zumal der Staat auch mit Steuerforderungen an den Besitz herantritt. Daß der Redner den Zuhörern aus dem Herzen gesprochen hatte, zeigte der reiche

Rosenthal. Aus der Partei. Am Sonnabend, den 1. Oktober cr., fand beim Gastwirt Genossen Müller die Generalversammlung der Ortsgruppe statt. Den Geschäftsbericht erstattete Genosse Gierſch. Hervorzuheben ist, daß die Ortsgruppe über 200 Genossinnen und Genossen mustern kann. So groß auch die Zahl der Mitglieder ist, muß leider festgestellt werden, daß es noch eine ganze Anzahl Gleichgesinnter gibt, die den Weg zur Partei noch nicht gefunden haben. Bei der letzten Wahl hatten wir über 700 Stimmen aufgebracht. Aufgabe für die nächste Zeit muß es sein, diese Wähler auch für die Partei als Mitglieder zu gewinnen. Es gilt, die Schläfrigen aufzurütteln und ihnen klar zu machen, daß zum Schutz der Republik und der Verfassung, zur Verwirklichung unserer Ideale, noch viele Streiter notwendig sind.

Die Vorstandswahl zeitigte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Genosse Zander, Stellvertreter Genosse Gierſch, Hauptkassierer Genosse Schmidt, Schriftführer die Genossen Dybek und Huhn, Hauptkassierer Genosse Hanuska, Revisoren die Genossen Hein und Makiol, Berichterstatter Genosse Kottusch.

Unter Verschiedenem wurde u. a. auch der Streik bei Gebr. Huber besprochen. Den im Streik Befindlichen wurde die Sympathie ausgesprochen. Stark verurteilt wurde die Besetzung des Betriebes durch Landjäger.

Da in der nächsten Vorstandssitzung unser Delegierter zum Parteitag Bericht erstatten wird, empfiehlt es sich, die nächste Monatsversammlung bestimmt zu besuchen, um sich mit den Görlitzer Beschlüssen bekannt zu machen.

Aus der Provinz Schlesien.

Kreiskonferenz der sozialdemokratischen Vereine des Kreises Schweidnitz.

Allen Vorständen zur Kenntnis, daß am Sonntag, den 16. Oktober, vormittags 8½ Uhr, in Schweidnitz, im Gasthof zum Rosenthal eine Kreiskonferenz stattfindet.

Jeder Ortsverein muß durch ein Vorstandsmitglied vertreten sein. Besondere Einladungen ergehen nicht.

Tagesordnung: 1. Berichterstattung vom Görlitzer Parteitag vom Genossen Daubenthaler-Striegau. 2. Berichterstattung der Kreistagsmitglieder. 3. Verschiedenes.

Die Vorstands- und Kreistagsmitglieder werden ersucht, bestimmt zu erscheinen. Die Kreisleitung.

Arbeiter-Wohnungsbau in O.-S.

Aus dem Reichsarbeitsministerium erhalten wir eine Zuschrift, die wir gern wiedergeben, wenn wir auch gewünscht hätten, sie schon vor einem Jahre veröffentlichen zu können. Sie lautet:

„Auf Anregung oberschlesischer Kreise fanden am 29. September im Reichsarbeitsministerium in Gegenwart des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns und des Preußischen Ministerpräsidenten Stegerwald und im Preußischen Landwirtschaftsministerium Verhandlungen über die Förderung der Siedlung und die Verbesserung der Wohnungsverhältnisse in Oberschlesien statt.

Bei der Besprechung im Reichsarbeitsministerium führte der Reichsarbeitsminister zur Frage der Schaffung von Bergmannssiedlungen aus, es werde für den Fall einer für Deutschland günstigen Entscheidung über das Schicksal Oberschlesiens mit der Begründung von Bergmannsheimstätten alsbald begonnen werden können, da von den später aus der Kohlenabgabe zurückzuzahlenden Vorschüssen des Reiches für den Bergarbeiterwohnungsbau 160 Millionen Mark zugunsten Oberschlesiens zurückbehalten worden seien. Ein gleicher Betrag werde jährlich aus den Erträgnissen der Kohlenabgabe für denselben Zweck gewonnen werden. Für den Landarbeiterwohnungsbau seien aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge für den besetzten Teil Oberschlesiens 10 Millionen Mark bereitgestellt worden. Ministerpräsident Stegerwald teilte u. a. mit, daß auch aus den Landesbaudarlehen Beihilfemittel für den Wohnungsbau in Oberschlesien verfügbar gehalten würden. Es wurde allseitig als notwendig angesehen, zur Durchführung obiger Aufgaben und der Aufgaben auf dem Gebiete des ländlichen Siedlungswesens ein einheitliches besonderes gemeinnütziges Siedlungsunternehmen für Oberschlesien ins Leben zu rufen.“

Versorgungsamt oder Bezirkskommando?

Aus Wohlau schreibt man uns:

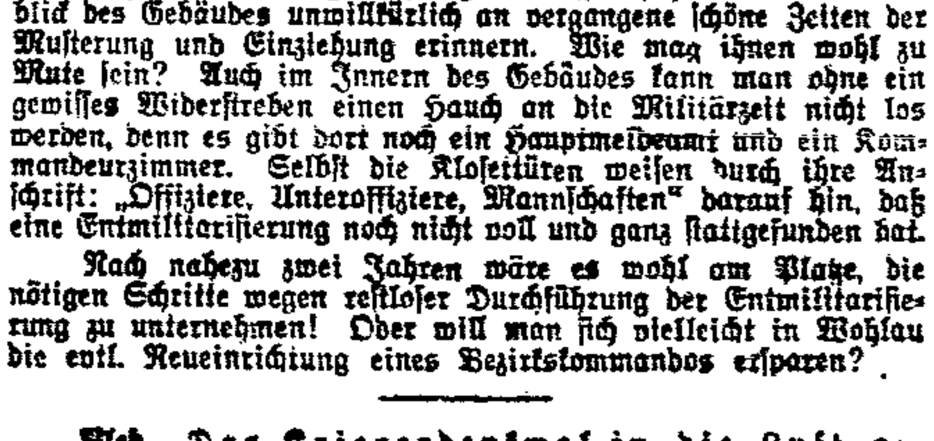
Seit dem 1. November 1919 sind, soviel bekannt, die ehemaligen Bezirkskommandos in Versorgungsämter umgewandelt und Zivilbehörden geworden.

Daß dies beim Bezirkskommando Wohlau geschehen, kann man noch nicht recht erkennen, denn immer noch prangt in alter Frische und Schönheit die eingemeißelte Inschrift: „Bezirkskommando“ an der Straßenfront des Gebäudes. Die täglich aus- und eingehenden Kriegsbeschädigten müssen sich beim ersten Anblick des Gebäudes unwillkürlich an vergangene schöne Zeiten der Musterung und Einziehung erinnern. Wie mag ihnen wohl zu Mute sein? Auch im Innern des Gebäudes kann man ohne ein gewisses Widerstreben einen Hauch an die Militärzeit nicht los werden, denn es gibt dort noch ein Hauptmeldeamt und ein Kommandeurzimmer. Selbst die Klosettüren weisen durch ihre Anschrift: „Offiziere, Unteroffiziere, Mannschaften“ darauf hin, daß eine Entmilitarisierung noch nicht voll und ganz stattgefunden hat.

Nach nahezu zwei Jahren wäre es wohl am Platze, die nötigen Schritte wegen restloser Durchführung der Entmilitarisierung zu unternehmen! Oder will man sich vielleicht in Wohlau die evtl. Neueinrichtung eines Bezirkskommandos ersparen?

Pleß. Das Kriegerdenkmal in die Luft gesprengt. Dienstag, früh gegen 5½ Uhr, wurde das Kriegerdenkmal am Ring von Unbekannten in die Luft gesprengt. Der durch die Explosion angerichtete Sachschaden an den umliegenden Häusern ist erheblich.

Beuthen. 22 000 Mark Lohngelder geraubt. Der Bauführer eines hiesigen Baugeschäftes erhielt Sonnabend nachmittag den Auftrag, Lohngelder in Höhe von 22 000 Mark für die auf der Blei-Charleygrube beschäftigten Arbeiter herbeizuschaffen. In der Nähe des Zollhauses traten ihm vier Wegelagerer in den Weg, rissen ihn vom Rade und raubten die Aktentasche, in der sich das Geld befand und das Rad.



Läuse Schwaben Flöhe Holzwurm Wanzen

Mitteilungen der Direktionen:

Vereinigte Theater. Am Donnerstag wiederholt das Lobe-Theater Bruno Franks „Weib auf dem Tiere", das Thalia-Theater den musikalischen Schwank „Der Mann ohne Vergangenheit". Die Gesangsposse „Er und seine Schwester", die am Freitag ihre Erstaufführung erlebt, ist besetzt mit den Damen Knaack, Meller, Nordheim, den Herren Bar, Frech, Habel, Honna, Leopold, Meyn, Rothe, Schyki Thieck.

Der Vorverkauf für sämtliche Vorstellungen des Lobe- und Thalia-Theaters findet von jetzt ab außer an den beiden Theaterkassen und dem Verkehrsbüro Barasch, Ring, noch im Zigarren-Spezialhaus Herrmann, Schweidnitzer Straße 7, und Neue Schweidnitzer Straße 19, statt.

Vom Luna-Park-Kabarett. Das gegenwärtig im Sternensaal auftretende Tanz-Trio Diwa Lu Margo Paridujalef — frühere tagende Leistungen auf dem Gebiete der Tanzakrobatik, wie sie nicht oft zu sehen sind. Ein reizender Sketsch „Die Badepuppen von Zoppot", womit eine allerliebste Entkleidungsszene verknüpft ist, zeigt die mit Anmut und Kraft gepaarte Geschicklichkeit der Tanzkünstler, die Jeder gesehen haben muß. (Siehe Inserat.)

Wasserstand

vom 6. Oktober 1921.

Ratibor	—	Neiße (Unter-Pegel)	1,40
Krappitz	2,10	Breslau (Oder-Pegel)	4,04
Tosel	—	(Unter-Pegel)	—2,44
Brieg (Kastenkahn)	1,36	Treschen	0,99
Kottwitz	1,24	Pöpelwitz	—0,22
Neiße (Oder-Pegel)	3,82		

Wassertemperatur: 11°.

Es wurden bezahlt für 100 deutsche Reichsmark:

	5. 10.	4. 10.		5. 10.	4. 10.
amerikan. Dollar	0,79	0,80	Schweiz. Franken	4,55	4,64
englische Schilling	4,24	4,32	österr. Kronen	1412,43	1328,02
französ. Franken	11,17	11,37	polnische Mark	—,—	—,—
holländ. Gulden	2,47	2,51	tschechosl. Kronen	76,13	77,16

Parteigenossen und -Genossinnen werbt ständig für die Volkswacht!

Zur gefl. Beachtung!

Die unübertroffene Qualität der ***„Halpaus-Rarität"***-Cigaretten hat sich bekanntlich unzählige treue Anhänger erworben und es konnte daher nicht ausbleiben, daß die enorme Nachfrage nach einer so beliebten Cigarette auch interessierte Gegner auftreten ließ.

Seit einiger Zeit wird von gewissenlosen Elementen mit den unglaublichsten Mitteln versucht, das Renommee der ***„Halpaus-Rarität"***-Cigaretten durch die unsinnigsten Gerüchte zu beeinträchtigen. Desgleichen werden ***minderwertige Nachahmungen*** der ***„Halpaus-Rarität"***-Cigaretten unter täuschungsfähigen Namen und ähnlicher Ausstattung in den Handel gebracht, gegen welche wir allerdings bereits zivil- und strafrechtliche Verfahren eingeleitet haben. * Dagegen ist es bisher nicht gelungen, die Urheber der Gerüchte zu ermitteln, welche die anerkannte Güte unserer ***„Halpaus-Rarität"***-Cigaretten durch ihre wahrheitswidrigen Behauptungen herabzusetzen suchen. 4425

Wir sichern deshalb allen denjenigen Freunden und Anhängern der ***„Halpaus-Rarität"***-Cigaretten ***hohe Belohnungen*** zu, die uns durch geeignete Nachweisungen derart unterstützen, daß wir die das Renommee unserer Firma schädigenden Elemente einer gerichtlichen Bestrafung zuführen können.

Halpaus Cigaretten-Fabrik
Breslau.

Am Montag, den 3. Oktober, verschied nach langem Leiden die Frau unseres Kollegen **Lange.**

Frau Martha Lange

im Alter von 35 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihr

Die Sanitäts- und Krankenkasse der Lichtbildner Vereine
Abteilung 5, Hauptverschiedene.

Beerdigung: Freitag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Oswitzer Friedhofes aus. 7308

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlichen Mitgefühls und die schönen Kranzspenden anläßlich des Hinscheidens meines geliebten Mannes, des Krankenkassenkontrolleurs **Paul Hennig,** sage ich auf diesem Wege aufrichtigen Dank.

Breslau, den 6. Oktober 1921. 7304

verw. Frau Maria Hennig.

Gaspreis.

Der Gaspreis beträgt von der Ablesung im Monat November 1921 ab bis zur Ablesung im Monat Dezember 1921 einschließlich Meßgebühr 1,80 M. für den Kubikmeter. Für Mitgasentnehmer gilt der genannte Preis vom 6. Oktober 1921 ab. 7295

Breslau, den 5. Oktober 1921.

Städtische Betriebsdeputation.

Wohnhaus mit Buchhandlung

in kleinerer Stadt am Ausgang hoch oder höher umzugshalber zu verkaufen. Gute Geschäftslage, überwiegend Arbeiterschaft und Beamte, passend für jüngeres Unternehmen. Eventuell verpachten. Offerten unter **H. 233** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung. 7301

Anzüge,

neu und nach Maß in moderner Ausführung und guter Qualität von **300 Mark** an

Albrechtstraße 41, 2. Etg. (Kein Laden).

Billigste
Bezugsquelle für Wiederverkäufer

Chirurg. Gummiwaren, Kranken- und Gesundheitspflegeartikel

beziehen Sie vorteilhaft von 6332

Apotheker Amandus Englisch
Breslau II, Gartenstraße 37 – Telephon Ring 3324.

Verlangen Sie bitte unverbindlich Offerte und Vertreterbesuch.

Wer sich informiert, kauft am günstigsten!

Das tiefste und inhaltsreichste Buch heißt „Sternkunde und Weltall". Eine kurze Gesamtdarstellung an 300 interessanten Bildern, zahlreichen Schaubildern und farbigen Kunstdruck-Tafeln. Wollen Sie einmal mehr wissen, oder der Spielzeugel der Gelehrsamkeit werden, so holen Sie das intime Buch. Dann [illegible]

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Branche der Elektromonteure, Hilfsmonteure und Hilfsarbeiter.

Sonntag, den 9. Oktober, vormittags 11½ Uhr, im großen Saale von Brüner, Gabitzstraße:

Außerordentliche Branchenversammlung

Tagesordnung:

1. Berichte über die Tarifverhandlungen.
2. Beschlußfassung.

Die Tarifverhandlungen haben bezüglich der Lohn- und Akkordgemeinschaftsfragen zu keiner Einigung geführt. Der Schlichtungsausschuß entscheidet und über diese Entscheidung ist Beschluß zu fassen. 7302

Die Branchenleitung.

Jahrelange

Flechten

habe ich durch Gebrauch von Albermann's Medizinal-**Herbes Seife** beseitigt, nachdem bis [illegible]

Wiederverkäufer!

Offeriere laufend gutes [illegible] Posten [illegible] Artikel: Spielwaren, Bürstenbinderei, Bürsten, Stricknadeln, Nähe Kurzwaren-Artikel. — Fragen unter [illegible] Kleingummi, Kämmen, Seifen, Bürsten. 7287

Beispiel: Kämme, 1000 in auf Preis nur 3 M. [illegible]

Gratis-Preisliste gratis.

Muster per Nachnahme.

L. Lehnert, Breslau
Poststraße 7.

Frauen

und Mädchen leine Sorge bei Ausbleiben und Störung der

Monatsregel 7297

Meine unfehlbar bewährten garantiert unschädlichen

Kräuterblutspeisekur

bringen Ihnen sicher Erfolg **ohne Berufsstörung**

Schreiben Sie mir sofort.

Weißflußleidende, Spülungen, Mutterleiden, [illegible] empfiehlt

Suche einzelnes möbliertes

Zimmer

Offerten unter **M. 224** an die Exped. d. Zeitung.

Ausschneiden

kauft! verkauft! höchste Belohnung für Brillanten jeder Art, Perlen, Edelsteine, Gold, Silber, Platin, Uhren, Ketten, Ringe, Bestecke, Zahngebisse, Alte Brillen

Zum Verkauf

Neuwertige [illegible] Zweitür, [illegible] Straße 16, im Laden.

Gesucht **Heimarbeiter** [illegible] Wollen, Dreilinsgasse 11.

Kleine Anzeigen

sind kompetent gratis einzusenden v. Verkäufen, Kaufgesuchen [illegible]

Fabrikniederlage Alfred Jigner, Breslau
Friedrich-Wilhelmstr. 30, Fernspr. Ring 3793.

Zu kaufen gef.

Altmetalle

[illegible] zu höchsten Preisen [illegible] Gartenstr. 4. 7253

Altmetalle

[illegible] zu höchsten Tagespreisen

Winkler, 7222
Friedrichstraße 61.

Grammophon-Platten [illegible] 7294 **M. Liebecke, Stadtgraben 3.**

Wir kaufen alte und zerbrochene 6261

Odeon- und Grammophon-Platten

sowie auch auf. Fabrikate.

Odeon-Musik-Haus,
Albrechtstraße 7.

Für die Abteilungen

a) Trikotagen
b) Gardinen u. Möbelstoffe

werden zum baldigen Antritt

tüchtige, selbständige

Verkäufer (innen)

gesucht, die gute Fachkenntnisse besitzen, in besseren Spezialgeschäften mit Erfolg tätig waren und im Verkehr mit besserer Kundschaft über gewandte Umgangsformen verfügen.

Schriftliche Angebote mit Bild, Gehaltsansprüchen und Referenzen an 7292

Leinenhaus Bleischowsky,
Nikolaistraße 74.

Maurer werden beim Neubau noch immer eingestellt.

Meldungen bei Polier **Berger, Herderstraße 33.**

Schneider

nur für **Raglans** und **Schlüpfer** für dauernde Beschäftigung sucht 7291

S. Guttentag, Altbüßerstraße 5.

Tüchtige Maurer

werden eingestellt 7294

Neubau Station Wangern.

Kräftige Kesselschmiede und Schmiede

im Alter von 28 bis 40 Jahren werden zum sofortigen Antritt gesucht. 4463

Meldungen beim Arbeitsnachweis, Mittelgasse 5.

Laufburschen

aus achtbarer Familie melden sich bei 2793

M. Boden, Ring 38.

Zeitungs-Trägerinnen

für Kaiser Wilhelmstr. u. Gräbschener Tor sofort gesucht. Meldungen in der Expedition der „Volkswacht" Flurstr. 4/6.

Arbeitsmarkt

Schneider

auf Kostüme und Mäntel, I und Ia, für dauernde Beschäftigung **gesucht.**

Meldung mit Referenzen und Zeugnis

Heute abend 7½ Uhr im Gewerkschaftshause:

Oeffentliche Versammlung.

Es spricht Landtagsabgeordneter Kreisschulrat König aus Swinemünde.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 6. Oktober.

Sozialdemokratischer Verein.

Parteigenossen!

Die KPD. hat die Führer der SPD. durch öffentlichen Anschlag in 6 Versammlungen eingeladen. Der Parteivorstand ist von der Unmöglichkeit, mit Kommunisten fruchtbringend zu diskutieren, überzeugt und nimmt an, daß es diesen nur an einer Parole fehlte, die Versammlungen zu füllen, sonst hätten sie nicht von einer bereits vollzogenen Verbrüderung mit der Stinnespartei geschrieben. Der erweiterte Parteivorstand hat infolgedessen niemanden ermächtigt, im Auftrage der Partei in diesen Versammlungen zu reden. Die Partei kann sich unmöglich ihre Taktik von einer kommunistischen Volksversammlung vorschreiben lassen. Hierzu haben die Parteigenossen ausreichende Gelegenheit, in ihren Mitgliederversammlungen. Wir ziehen es vor, im Gewerkschaftshause den Vortrag über „Schulreform und Kulturpolitik" anzuhören. Der Vorstand.

* * *

Montag, den 10. Oktober, finden die Distriktsversammlungen statt. Vortragsthema: „Wohnungselend, Artikel 155 der Reichsverfassung und die Sozialdemokratie." Näheres in morgiger Nummer.

* * *

Elternbeiräte der Pöpelwitzer Schulen. Freitag, den 7. Oktober, abends 7½ Uhr, Sitzung bei Brendel, Promnitzstraße 30.

Zum Abstinententag in Breslau.

Vom 6.—11. Oktober.

Eine Tagung von großer Bedeutung nimmt morgen in unserer Vaterstadt ihren Anfang. Eine Tagung, deren Beginn von jedem, der für Volkswohl und Volksgesundheit etwas übrig hat, warm begrüßt werden muß. Denn der Alkoholismus, den es im Deutschen Alkoholgegnertag mit allen Mitteln zu bekämpfen gilt, ist eine der schlimmsten Seuchen, die es gibt.

In einer Zeit, wo uns das notwendigste Getreide fehlt und wir es für viele Milliarden vom Ausland kaufen müssen, gehen der Volksernährung jährlich 6 Millionen Zentner Gerste verloren, weil sie in die Brauereien wandern. Und zu Bier gebraut genießt sie der Arbeiter wieder, entschuldigt dann diesen Genuß vielleicht damit, das das Bier ja auch „Nährwert besitze". Hier ist es vielleicht angebracht, ein Urteil des alten Goethe über das Biertrinken zu hören. Er urteilt wie folgt: „Das Rauchen macht dumm, es macht unfähig zum Dichten und Denken. Zum Rauchen gehört auch das Biertrinken. So werden die Nerven abgestumpft und das Blut bis zur Stockung verdickt. Wenn es so fortgehen sollte, wie es den Anschein hat, so wird man nach zwei oder drei Menschenaltern schon sehen, was diese Bierbäuche und Schmauchlümmel aus Deutschland gemacht haben."

Hat sich dieses Wort nicht erfüllt? Wohin uns die Wirtschaft der Bierbäuche geführt hat, zeigt der Wahnsinn des Weltkrieges, den das reinigende Gewitter der Revolution erst beendete.

Und nun soll weiter dem Alkoholgenuß gehuldigt werden? Weiter soll dieses Gift Gesundheit und Denkfähigkeit des Volkes in schlimmster Weise beeinträchtigen und gewaltige Werte verschlingen, die wir in dieser Zeit der Not so dringend brauchen?

Hier sollten sich die Arbeiter ständig ein Wort der „Bayerischen Nationalzeitung" vor Augen halten, die das Vollbier folgendermaßen begrüßte: „Dann erst wird die Revolution in Bayern ganz überwunden sein, wenn jeder Arbeiter des Abends nicht gerade sein Huhn im Topfe, aber doch sein Vollbier im Kopfe hat."

Die Reaktion hofft also, den Arbeiter durch den Alkohol niederzuzwingen! Deshalb heißt es in unserem Interesse und auch zum Wohle derer, die nach uns kommen, der Alkoholgefahr schärfsten Kampf anzusagen! Deshalb muß gerade die Arbeiterschaft den Alkoholgegnertag freudig begrüßen.

Neben einem wissenschaftlich-praktischen Lehrgang über die Alkoholfrage vom 6.—8. Oktober bringt der Alkoholgegnertag noch viele, für die Allgemeinheit wichtige Veranstaltungen, z. B. am Sonntag, den 9. Oktober, eine große Volksversammlung im Zirkus Busch, in der auch Genossinnen und Genossen zu Wort kommen werden.

Am Dienstag, den 11. Oktober, tritt die abstinente Jugend auf den Plan mit einer Kundgebung gegen den Alkohol. Auch die organisierte Arbeiterjugend sieht Enthaltsamkeit in Nikotin- und Alkoholgenuß als selbstverständlich an.

Vom 8.—23. Oktober findet gleichzeitig eine Ausstellung „Volkswohl", Zwingerstraße 14, statt. Sie umfaßt Material über die Bekämpfung des Alkoholismus, der Tuberkulose, der Säuglingssterblichkeit und der Geschlechtskrankheiten. Der Eintrittspreis von 1 Mark ist sehr niedrig. Gewerkschaftsmitglieder zahlen an der Kasse gegen Vorzeigung ihres Mitgliedsausweises nur die Hälfte. Jeder muß nach Möglichkeit diese Ausstellung besuchen.

Arbeiterschaft! Auf zur Teilnahme an dem Kampf gegen einen der schlimmsten Feinde, Vorwärts und Aufwärts im Kampf gegen den Alkohol!

* * *

Es ist eine Reihe von Jahren her, als der Sozialdemokratische Parteitag in Leipzig die Arbeiterschaft aufrief zum Schnaps-Boykott. Vieles ist seitdem an uns vorbeigegangen, nicht nur der verheerende Krieg, sondern auch schwere wirtschaftliche Erschütterungen. Der Kern der Arbeiterbewegung hat sich gehalten, die Masse dagegen ist breit geworden, aber in den Geist von Lassalle, Engels und Marx noch nicht eingedrungen. Eine Folge davon ist auch der in diesen Tagen festgestellte Alkoholverbrauch von 15 Milliarden im Jahre. Wenn auch nicht gesagt sein soll, daß die Arbeiter den Löwenanteil davon genossen haben, so ist doch unverkennbar, daß ihr Mitverbrauch hindernd auf unserere Fortentwicklung einwirkt.

Der Abstinententag veranlaßt uns Arbeitersportler, die wir seit Jahrzehnten den Kampf gegen den Alkohol mit dem besten Mittel, mit dem Sportbetrieb, führen, auch zum Eintritt in unsere Bewegung aufzurufen, die eine scharfe Trennung zwischen Alkohol, Kapital und Arbeitskraft herbeiführen wird. Am eigenen Körper verspüren wir, welchen Wert der eingeschränkte Alkoholverbrauch für Muskel- und Nerven-System hat, und welchen viel höheren Erfolg für den Einzelnen die volle Entsagung ausgeübt hat. Mit einem Teil der vielen Milliarden könnten große, herrliche Rasenplätze für Jung und Alt angelegt werden. Es würde viel Geld erspart werden, das für Medikamente ausgegeben werden muß. Mit den Ersparnissen an Bier

Gewerkschaftler und Klassengenossen! Benützet den Abstinententag zur Einkehr. Heraus aus den bürgerlichen Sportvereinen mit ihren Kneip-Veranstaltungen! Kommt zu unseren Ruderern, Radfahrern, Turnern, Fußballspielern, Schwimmern, Athleten und Wanderern! Wenn Ihr Euch aber dem Alkohol ganz entziehen könnt, dann stärkt die Reihen des Arbeiter-Abstinentenbundes und werdet trotzdem dem Sport nicht untreu.

N. G.

Liebermann verteidigt Dominicus.

Der ehemalige Polizeipräsident Liebermann hat es mit seiner täglichen Versendung von Artikeln an so ziemlich alle hiesigen Zeitungen nun tatsächlich erreicht, daß sein „Fall" wieder interessant geworden ist. Was er in seinen Zuschriften noch nicht bringen konnte, hat er geschickter Weise in dem für ihn sonst nicht gerade angenehmen Kommunistenprozeß Scheyer in seine Zeugenaussage hineingebracht, obwohl, wie er selbst heute schreibt, „die Angelegenheit nichts mit dem Gegenstande des Prozesses zu tun hat". Er hatte für diesen Prozeß nun einmal die Erlaubnis von seinem bisherigen Vorgesetzten Dominicus bekommen, auszusagen, und machte davon geschickt Gebrauch. Am nächsten Tage erhielten die Zeitungen statt des fälligen Artikels von Liebermann über seinen Fall den Wortlaut seiner Aussage von ihm zugeschickt und diesmal lohnte die Einsendung wirklich den Abdruck, da der ehemalige Präsident nicht wieder nur mitzuteilen wußte, daß er eine andere Auffassung vom Verkehr mit verbotenen staatsfeindlichen Organisationen hätte, als wir, sondern da er dasselbe nun mit einem Mal auch vom Minister Dominicus unter Eid behauptete, der ihn doch soeben auf unsere Vorstellungen hin selbst in den einstweiligen Ruhestand befördert hatte und auch im Landtag gegenüber der bekannten sozialdemokratischen Anfrage nicht mehr für ihn eingetreten war. Das war der erste Pfeil, den Herr Liebermann nach seiner Amtsenthebung versandt hatte, der wirklich saß. Herr Dominicus hat sich noch nicht dazu geäußert, wird es aber wohl oder übel tun müssen.

Liebermann hat natürlich Dominicus nicht offen angegriffen. Er hat ausgesagt, daß er die Geheimhaltung des angebandelten Verhältnisses mit der Orgesch vorzog, weil er besorgte, daß dem Minister „ebenso unberechtigte Vorwürfe gemacht werden könnten", wie sie dann ihm gemacht worden seien. Nachdem er seinen derart geölten Pfeil versandt hat, verteidigt Herr Liebermann seinen Minister heute sogar noch in dessen hiesigem Parteiblatt! Es lohnt nicht, auf seinen Artikel einzugehen, da dieser nichts weiter enthält, als die zehnte Wiederholung der deswegen immer noch nicht richtigen Auffassung, daß man mit Staatsverbrechern, sobald sie einmal erklärt haben, sie seien unschuldig, von Amtswegen nur noch vertraulich über die beste Methode des Nachweises ihrer Unschuld zu verhandeln habe. Wieder wird dargelegt, daß der „Heimatschutzverband verfassungstreuer Schlesier", nachdem er seinen Charakter als schlesische Provinzialvertretung der Orgesch durch einen Federstrich geändert hat, absolut harmlos geworden sei. Der Heimatschutzverband besteht ja weiter und wir könnten aus seiner weiteren Tätigkeit auch allerlei wirklich nicht Harmloses berichten. Aber Liebermanns Auffassung ist ja bereits durch seine Amtsenthebung gerichtet, die eben derselbe Minister verfügte, den er wegen dieser Auffassung verteidigt, bezw. das Kabinett Stegerwald-Dominicus, das sozialdemokratischer Neigungen doch wirklich nicht verdächtig ist. Das pikante an Liebermanns neuem Erguß ist wirklich nur, daß ein immer noch „demokratisches" Blatt ihn abdruckt und daß er als Verteidigung von Dominicus erscheinen will. Wir sind wirklich gespannt, ob der Innenminister sich jetzt dieser von ihm gemaßregelten Auffassung in seiner Selbstverteidigung anschließen wird.

* * *

Uns selbst beehrt der ehemalige Polizeipräsident heute natürlich auch wieder mit einem Artikel, den er uns vorsichtshalber jetzt bereits in zwei Ausfertigungen — erstens ausführlich, zweitens für den Fall von Platzmangel gekürzt — zugehen läßt. Wir wollen ihm die zweite Form wieder abdrucken. Er schreibt:

„Ich habe bei meinem Amtsantritt nie den Anschein zu erwecken gesucht, als ob ich Demokrat sei, vielmehr stets betont, ich sei parteilos und führe mein Amt nur im Interesse der staatlichen Sicherheit und öffentlichen Ordnung. Ich habe danach gehandelt und es ist demnach weder eine Einstellung meiner Amtsführung „auf die mitregierende Volkspartei", noch nach anderen Parteirücksichten und Parteikonstellationen noch eine Orientierung nach der Person des jeweiligen Ministers erfolgt.

Der stolze Satz, „Ich habe danach gehandelt", ist leider nach Ansicht auch der bürgerlichen Vorgesetzten des Herrn Liebermann falsch. Für einen Parteidemokraten hat ihn niemand gehalten und daß er auch kein Gesinnungsdemokrat ist, hat er bewiesen, am besten mit seinem Artikel in der „demokratischen" „Breslauer Zeitung" für den „Demokraten" Dominicus. Die Motive seiner nicht nur auf Weisung von oben, sondern, wie er selbst betont, auch aus innerer Ueberzeugung erfolgten Wendung zur Orgesch wollen wir nicht weiter verfolgen. Waren sie nicht politischer Art, so waren sie — da ein Intellektmangel in der Dienstauffassung nicht anzunehmen ist — wohl gesellschaftlicher Art: der Wunsch, trotz des nicht gerade feudalen Namens mit den Kreisen der „Schles. Ztg." in Fühlung zu bleiben? Warum wirft Liebermann diese Frage neu auf?

Spende des Fabrikarbeiterverbandes für Oppau.

Der Hauptvorstand des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands hat zur Linderung der Not, die das gräßliche Explosionsunglück in Oppau über Hunderte von Proletarierfamilien heraufbeschworen hat, 100 000 Mark gespendet.

Eine Reihe von Verwaltungsstellen des Verbandes hat ebenfalls namhafte Summen für diesen Zweck bewilligt, u. a. Berlin 10 000 Mark. In einem Rundschreiben an die Gau- und Zahlstellenleitungen fordert der Verbandsvorstand auf, durch Gewährung möglichst großer Beträge aus den Beständen der Lokalkassen die Hilfsaktion zu unterstützen.

Oberschlesische Ferienkinder.

Den Breslauer Hauptbahnhof passierten in den letzten Tagen größere Transporte oberschlesischer Kinder, die von den Vereinigten Verbänden heimattreuer Oberschlesier zur Erholung in das Reich geschickt werden.

Aus den Gesichtern der Kleinen konnte man vielfach noch die körperliche und seelische Not lesen, die der dritte Polenaufstand hervorgerufen hat. Umsomehr erfreute die Liebe und Fürsorge, mit der die Kinder von ihren Führern und der Breslauer Empfangsstation betreut wurden. Die Vereinigten Verbände heimattreuer

Vom Arbeiterbildungsausschuß.

Drei Aufführungen des sozialistischen Volksdramas „Das Gesetz" von Paul Bader.

Die nächste Woche bringt in der Reihe unserer Veranstaltungen etwas ganz besonderes: Endlich kommt — vorläufig in drei Aufführungen, am Mittwoch, Donnerstag und Freitag — auch hier in Breslau die sozialistische Tragödie „Das Gesetz" heraus, die in Berlin bereits über 300 mal, die aber auch in Leipzig, Magdeburg, Halle, Braunschweig, Dessau, Halberstadt usw., und kürzlich auch in Liegnitz mit allergrößtem Erfolg aufgeführt wurde. Alle maßgebenden Kritiker haben bezeugt, daß mit diesem Volksdrama „der deutschen Bühne eines der stärksten sozialen Schauspiele und plötzlich der so lange vergeblich ersehnte echte Volksdichter" geschenkt wurde. Jeder, der die schwere Kampfzeit der deutschen Arbeiterbewegung zur Zeit des Sozialisten-Gesetzes in den großen, klaren Bildern dieser Tragödie miterleben will, jeder, der sich innerlich stärken will an dem Idealismus, dem Opfermut, mit dem die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei diese Zeit durchlitten und durchstritten haben, gehe in diese Aufführungen!

Der eine mache den anderen darauf aufmerksam. Die Aufführungen müssen auch bei uns ein voller Erfolg werden. Wir können nicht wie in Berlin mit Hunderten von Vorstellungen rechnen, wir werden aber gegenüber Liegnitz* nicht zurückstehen wollen, wo kürzlich der Bildungsausschuß 12 Aufführungen herausbrachte.

Um jedem den Besuch der Vorstellungen zu ermöglichen, ist der Einheitspreis — trotz der sehr hohen Unkosten, die selbstverständlich durch ein Fachschauspieler-Personal von 18 Personen, durch den Bühnenaufbau im Gewerkschaftshaus usw. entstehen, auf **3 Mark** einschließlich Steuer festgesetzt. Eintrittsprogramme für alle 3 Tage sind von heute ab in den bekannten Vorverkaufsstellen zu haben.

Die Aufführungen beginnen sämtlich **um 7 Uhr,** um Genossen aus der Provinz den Besuch zu erleichtern.

Die neuen Preise für Gas, Wasser und elektrischen Strom.

Zugleich mit der bereits bekannt gegebenen Erhöhung des Gaspreises auf 1,80 Mk. treten folgende Preiserhöhungen ein: Für Wasser innerhalb des Stadtgebietes auf 1,10 Mk., außerhalb des Stadtgebietes auf 1,25 Mk. für den Kubikmeter; für elektrischen Beleuchtungsstrom auf 3,50 Mk., für Flur- und Treppenbeleuchtung auf 2,95 Mk., für Kraftstrom innerhab der Sperrstunden auf 3,30 Mk., außerhalb der Sperrstunden auf 2,70 Mk. für die Kilowattstunde.

Für 100 000 Mark Wäsche gestohlen.

In der Nacht zum 9. Oktober wurde in das Malteserkrankenhaus in Trebnitz, das von den Hedwigschwestern verwaltet wird, eingebrochen, und Wäsche und Betten im Werte von 100 000 Mark gestohlen. Die Einbrecher hatten die Sachen in Säcke verpackt und diese mittels Karren in eine benachbarte Scheune gebracht. Von hier wurde dann das Diebesgut abgeholt und nach Breslau geschafft. Die Kriminalpolizei kam aber bald auf die Fährte der Diebe und verhaftete den Ofensetzer Ernst Kade und den Maler Fritz Schatte. Beide standen nun am Dienstag vor der hiesigen Strafkammer, um sich wegen schweren Diebstahls zu verantworten. Kade ist ein alter Verbrecher; er hat zuletzt eine Zuchthausstrafe von 7 Jahren verbüßt. Das Gericht erkannte gegen ihn auf 3 Jahre Gefängnis; Schatte erhielt 2 Jahre, 6 Monate Gefängnis. Der Droschkenbesitzer Paul Bohn hatte die gestohlenen Sachen von Trebnitz nach Breslau geschafft, wofür ihm 600 Mark Fuhrlohn versprochen worden waren, die er aber bis heute noch nicht bekommen hat. Er wurde wegen Begünstigung zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt; da er aber noch unbestraft ist, wurde ihm eine dreijährige Bewährungsfrist zugebilligt.

* **Der Leiter der Volkshochschule** Dr. Alfred Mann, ist bis zum 15. Oktober werktäglich 12—1 und 5—7 Uhr im Volkshochschulamt (Springerstraße 5—9 III. Zimmer 4/5) zu sprechen. Denen, die zum Belegen der Volkshochschul-Lehrgänge Rat brauchen, wird dringend empfohlen, sich ihn beim Leiter in den genannten Sprechstunden zu holen. Im Uebrigen sind auch die Lehrkräfte der Volkshochschule gern bereit, Rat zu erteilen.

* **Alkoholismus und Gegenwartskultur.** Auf dem Deutschen Alkoholgegnertag spricht am Sonnabend, den 8. Oktober D. Niebergall-Heidelberg über „Alkohol und Persön[illegible] und Dr. Strehler-Rothenfels a. M. über „Alkohol [illegible] Kultur".

* **Freiquartiere für den Deutschen Alkoholgegnertag.** Für den Deutschen Alkoholgegnertag sind vom Blaukreuz-Verein, dem Kreuzbündnis, dem Bund abstinenter Frauen und dem Verein gegen den Alkoholismus eine große Reihe von Freiquartieren zur Verfügung gestellt worden. — Die künstlerische Ausstattung der Festschrift des Deutschen Alkoholgegnertages hat Herr H. M. Avenarius übernommen.

* **Richtlinien für die Besucher der Breslauer Volkshochschule** enthält der neue Plan der Volkshochschule für das Winterhalbjahr. Jedem, der die Volkshochschule besuchen will, muß dringend empfohlen werden, diese Richtlinien zunächst zu lesen. Die Pläne mit den Richtlinien sind im Volkshochschulamt (Springerstraße 5/9, 3. Stock, Zimmer 4), werktäglich 8—3 Uhr, in Volksbibliotheken und Lesehallen, in der Zentralarbeiter-Bibliothek (Gewerkschaftshaus), in der Volkswachtbuchhandlung, im Bureau der christlichen Gewerkschaften und in dem des Gewerkvereins Deutscher Metallarbeiter, sowie beim Verband für weibliche Angestellte (Gartenstraße 30) zu haben.

* 506[illegible] **Mark entwendet** wurden am 30. September in der Markthalle am Ritterplatz einer Handelsfrau. Das Geld befand sich in einer Ledergeldtasche, die sie in ihrem Stande abgelegt hatte und die gestohlen wurde, als sie für einen Augenblick ihren Stand verließ.

Vereinskalender.

Naturfreunde! Donnerstag, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause Wintersport-Sektion. Volkstänze Sonnabend, 7 Uhr, auf der Blitzwiese (Scheitnig).

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Branche der Elektromonteure, Hilfsmonteure und Hilfsarbeiter. Sonntag, den 9. Oktober, vormittags 9½ Uhr, im großen Saal bei Bräuer, Gabitzstraße. Außerordentliche Branchenversammlung. 1. Bericht über die Tarifverhandlungen. 2. Beschlußfassung. (Siehe Ins.)

Deutscher Eisenbahner-Verband. Freitag, den 7. Oktober, abends 7½ Uhr, findet im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung sehr wichtig. Mitgliedsbuch dient als Ausweis. Die Ortsverwaltung.

Deutscher Bauarbeiter-Verband. Zweigverein [illegible]

Vox populi clauis Est voluntas directoris

SCHAUBURG VIKTORIA-THEATER — Beginn: ½5 Uhr! — **DK**

Gewöhnliche Preise!! 3 Sensations-Schlager!

Wiederum ein Schlager-Programm! Erstaufführung! In beiden Theatern: Erstaufführung! Wiederum ein Schlager-Programm!

Die Königin der Gartenstraße oder Duftendes Unkraut

Eine Vision eines Künstlergeistes in 6 Akten nach dem Roman: „Die Gassenkönigin".

Nur in der Schauburg! Der Original-amerik. Film: **Die „gelbe" Schmach von San Francisco** 6 Sensations-Akte, nur von Chinesen gespielt. 4461

Außerdem: Nur im DK-Theater! **Auge um Auge** 5 Akte oder: **Im Tal des Schreckens** 5 Akte — **Die Höhle von La Christa**

Variétéschau: **Gebrüder Krämer,** Musikgenies — **Marx,** Humorist.

Ab Freitag: In beiden Theatern: Der große Hagenbeck-Raubtier-Sensationsfilm (Terra-Konzern) **Eine Schreckensnacht in der Menagerie.** 5 nervenerregende Akte

Variétéschau: **Der Mann, den niemand heben kann.** Die stärksten Männer Breslaus sollen sich melden!

Stadt-Theater.

Donnerstag 7½ Uhr: Orpheus in der Unterwelt
Freitag 7 Uhr: Aida.
Sonnabend 7 Uhr: Hans Heiling.

Schauspielhaus.

Operettenbühne. Tel. Ring 2545.
Heute und täglich 7½ Uhr: **Der Opernball.**
Sonntag nachm. 3½ Uhr: **Das Dreimäderlhaus.**
Montag 7½ Uhr: **Das Hollandweibchen.**

Vereinigte Theater in Breslau.

Direktion: Paul Barnay.

Lobe-Theater. Tel. 8774 **Thalia-Theater.**

Donnerstag, den 6. Oktober, 7½ Uhr abends:
„Das Weib auf dem Tiere". | „Der Mann ohne Vergangenheit".

Der verlorene Sohn

Wandelspiel in 3 Aufzügen von **Erich Eckert** aufgeführt durch Künstler des Kölner Mysterienbundes und 100 Mitwirkende im großen Saal des Schießwerders Montag, den 10., bis Sonnabend, den 15. Oktober, abends 7½ Uhr.

Karten zu 10.—, 8.—, 5.—, 3.— Mk. ohne Steuer Müller & Seiffert, Ring. König, An der Schweidnitzer Haus und Barasch. [illegible]

Luna-Säle

d. alte Wilhelmshöhe
[illegible]
Heut. Donnerstag ringen
Bazirum, [illegible]
Pinetzky, [illegible]
Mockay, [illegible]
Kalt, Breslau
Schickal, [illegible]
Jahnson, [illegible]
[illegible]
Rolber, [illegible]
Weimura, [illegible]
Vor den Kämpfen: Ia Spezialitäten
Anfang ½8 U. Kämpfe 9 U.

Großer Bockdamm — Montag Donnerstag Sonntag **Tanz**

Heute sowie täglich: Im festlich dekor. Saal: **Gr. Weinlese-Fest** verbunden mit **Kabarett**
Auftreten des besten Tanz-Trios **Diwa La Margo Turidusslef** 4443
[illegible]
[illegible] Mk. 4.80.

Etabliss. Wilhelmsburg Neudorfstraße 54.

Heute sowie jeden Donnerstag: **Tanzkränzchen.** 7264

Nächsten Sonnabend: **Vereinsvergnügen.**

Piel-Woche — **ZEPTER-KINO** Klosterstr. 47 — Heute letzter Tag ½5, ½7, ½9 Uhr.

Harry Piel

Die Gespenster-Macht 2. Teil, 6 Akte. — Reiter ohne Kopf

Freitag bis Montag: Letzter Teil: **Piel's schwerster Sieg** 6 Akte. 7235

Frühstücks- u. Likörstube
Kulmbacher u. Pilsner Bier

Albrechts-Eck

Inh.: Albert Seifert — Albrechtstraße 12

7346

Bürgerl. Lokal
Täglich ab 9 Uhr Gute Spezialitäten zu wirklich billigen Preisen.
Jeden Mittwoch Eisbeine

Eine Sitten-Razzia im Berliner Scheunenviertel

am Alexanderplatz

7286

brachte die Einleitung zu dem berüchtigsten

Kuppelei-Prozeß

den die Berliner Gerichtsakten kennen unter der gleichen Bezeichnung des fabelhaft kühnen Sittenbildes:

Das Haus in der Dragonergasse

Uraufführung Freitag Ah-Lichtspiele.

Gräbschener Straße 84 a. **Wartburg** Tel. Ohle Nr. 738.
[illegible]
Heute Donnerstag **Vornehmer Ball**
[illegible]
Täglich Betrieb.

! Frauen !

Wenden Sie sich sofort bei krankh. monatl. Störungen 6684 nur an mich. Langjährige Erfahrung. Glänzende Erfolge d. m. Präparate. Viele freiwillige Dankschreiben. Frau D. schreibt: Heute holte ich mir Ihr Mittel und morgen trat der Erfolg ein. Pr. 9, 15, extra stark 26 M. Gummiwaren, Spülspritzen, Weißflußmittel. Katalog gegen 30 Pfg. Marken **Frau M. Böhm, Breslau II,** Gräbschnerstr. 9, 5 Min. v. Hauptbhnh.

Deutsches 60% Ia Weizenmehl
1 Pfund nur 3.45 bekannt beste Qualität verkauft bis auf weiteres
[illegible]
Prima Hausback-Mehl bisher weiß 1 Pfund nur 2.50
Prima Weizengrieß 1 Pfund nur 3.90
Kleie und Futtermittel billigst.
[illegible]
Breslau, Bismarckstr. 37
[illegible]

Schlaf- Zimmer, Küchen etc. empfehlen preiswert [illegible] **Karunsky & Co.,** [illegible]

Freitag und Sonnabend

Hasen! Hasen!

Stück von 25.— Mk. an.
Die stärksten ohne Fell 50.— Mk.

Bratgänse und Enten	Pfd. von 9.— Mk. an
Ia Schlesische Mastgänse	Pfd. von 13.— Mk. an
Masthühner, bratfertig	Pfd. von 9.— Mk. an
Junge Brat- und Backhühnchen	Stck. von 12.— Mk. an
Hähne, bratfertig	Pfd. von 8.— Mk. an
Junge Tauben, die stärksten	Stück 6.— Mk.
Ia Tafelbutter	½ Pfd. 14,50 Mk.
Prima Ziegen- und Zickelfleisch	Pfd. 6.50 u. 8.— Mk.
Rehfleisch	Pfd. 8.— Mk.

sowie Rehrücken, Keulen und Blätter, auch halbe empfiehlt zu billigsten Tagespreisen

Herbert Böhm, Gartenstr. 62
7296 Telefon Ohle 324.

Malerarbeiten

hier und auswärts (Möbel streichen) werden ausgeführt. Offerten unter **G 490** an die Buchhandl. der Volkswacht.

Freitag und Sonnabend: Preiswerte

Fleisch-Tage

Rinder-Suppenfleisch	Pfd. 10.00
Rindfleisch ohne Knochen	„ 13.00
Hammelfleisch	„ 11.00
Hammelkeule	„ 12.00

sowie folgende

Wurstwaren zu **Ausnahme-Preisen** 7297

Leberwurst	Pfd. 11.00
Knoblauchwurst	„ 12.00
Preßwurst	„ 13.00

Breslauer Fleisch-Zentrale
Schmiedebrücke 21, 1. Etage.

Private, Händler

finden Gelegenheitsposten in Stoffen, Manchester Baumwollwaren bei

Kempner, Münzstr. 1, II Ecke Breitestr. 4

Bei Vorzeigung dieses Inserats werden außerdem noch 5% Rabatt gewährt. G 4[illegible]

Erscheint 4 mal monatlich — **II. Fortsetzung des Bezugsquellen-Verzeichnis** — Den Lesern bei Einkäufen empfohlen

Zigarren, Zigaretten, Tabake
Eduard Levinthal Tabakfabrikate, Generalst. und Engroslager [illegible]. Detailgeschäfte: [illegible]
[illegible]
Müller, R., Blücher-Str. 20.
[illegible]
Zigarren, Zigaretten en gros — en detail **Erich Nordbruch** [illegible] 10.
[illegible]
Julius Preuss [illegible]
[illegible]
Schirdewan, Max [illegible] 22
[illegible]
Zigarren, Zigaretten [illegible] **W. Simon,** [illegible]
[illegible]

Zigarren, Zigaretten, Tabake
Erich Tautz [illegible] 2 und [illegible] 16 [illegible]
Vecita-Zigarren in den Geschäften erhältlich: **C. Grunenberg,** [illegible]; **[illegible]**; **W. Bürger,** [illegible]; **[illegible]** Preisw. Bezugsquelle auch für Wiederverkäufer
[illegible]
Lehmgrubenstr. 73
[illegible]
Zigarren-Vogt [illegible]
[illegible]
Wagner, R., [illegible]
Welgung, [illegible]

Zöpfe, Haararbeiten
Lehmberg, H., [illegible]
Zöpfe sowie sämtl. Haararbeiten fertigt zu billigsten Preisen [illegible]
Lokale a. d. Oder
[illegible]
Hofjäger [illegible] Schattiger Garten an der Oder. Jed. Sonnt. u. Dienstag Tanz
Konzerthaus KROKER [illegible]
[illegible]
WOLLINS Festsäle Jed. Sonntag u. Dienstag **T·A·N·Z**

Scheitniger Lokale
Fürstengarten [illegible]
[illegible]
Nähere Umgebung Breslaus.
[illegible]
Brockau
[illegible]
Volksgarten früher Deutscher Kaiser [illegible] Jeden Sonntag Tanz
[illegible]
Carlowitz
[illegible]
Lindenhof [illegible]
Cosel

Gastwirtschaften
[illegible]
Klein-Gandau
Gastwirtschaften.
Kaiser-Friedrich-Park Klein-Gandau [illegible] Tanz
[illegible] Jeden Sonntag Tanz
[illegible]
Gräbschen
Gräbschener Lokale
[illegible]
Fritz Frey Gesellschaftshaus Hopf & Görcke [illegible]
Groß-Mochbern

Schuhwaren, Kolonialwaren
Engel, Max, Groß-Mochbern
Hartlieb
Fahrradhandlungen
[illegible], Paul, Reparatur-Werkstatt
Gastwirtschaften
[illegible]
Hünern
Gastwirtschaften
[illegible] Gasthaus Sonntag: Tanzvergnügen
[illegible]
Schultz's Gasthaus [illegible]
Klettendorf
Fahrradhandlungen
[illegible] Reparatur-Werkstatt [illegible] 20
Gastwirtschaften
[illegible] Telefon 3060
Krietern

Kl.-Masselwitz
Gemischtwaren
Hoch, Luise
Oltaschin
Gastwirtschaften
Zentral-Gasthaus Inh.: Karl Scholz Jeden Sonntag: Tanz
Deutsches Haus Inhaber: Paul Schreiber Jeden Sonntag Tanz.
Kolonialwaren
Gutsche, Gustav
Oswitz
Kolonialwaren
[illegible], Kolonialwaren Drogen, Farben, Oswitz Nr. 14
Restaurateure
Bensch Etablissement Sonntag u. Donnerstag Tanz
Bürgergarten Oswitz Jed. Sonntag u. Donnerstag: Vornehmer Tanz.
Döring's Festsäle Jed. Sonnt. u. Donnerst.: Tanz
Hoffmanns Garten [illegible] Jd. Sonnt. u. Donnerst. Tanz
[illegible]

Tivoli Inhaber: **Gnoth** Jed. Sonntag u. Donnerstag Tanz.
Pyka's Etablissement früh. Grünast. Jed. Sonntag u. Donnerstag: Tanz. Saal für kleine Vereine zu vergeb.
Pilsnitz
Kolonialwaren
Märtin, August, Pilsnitz [illegible]
Gr.-Tschansch
Gastwirtschaften
Reichsadler Inhaber Peter. Jeden Sonntag Tanz.
Gemischtwaren.
Wenzel, Pauline, Chausseestr. 3
Kolonialwaren
Dalibor, Marie, Dorfstr. 64
Kolonialwaren aller Art **Johann Rendzig** [illegible]
[illegible]
Möbel u. Ladeneinricht.
P. Wenzel Breslau Gr.-Tschansch [illegible] 11248.
Kl.-Tschansch
Fleischereien
Weiß, Wilhelm, Chausseestr. 21
Kolonialwaren.
Fleischer, Agnes, Dorfstr. 18
Schuhwar. u. Schuhmach.
Barsian, Paul, Chausseestr. 25